

AIB

D7426 E

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Nr.9/September 1984

15. Jahrgang

2,50 DM



Wahlen in Israel Peres oder Schamir?

Guatemala ● Südafrika
Verschuldung
Chile

Inhalt

Aktueller Kommentar Bonner Trennungslinie in Mittelamerika	3
Israel Knesseth-Wahl ohne eindeutigen Sieger	4
Ergebnisse der Knesseth-Wahlen 1984	5
Zusammenarbeit Israel-USA weiter vertieft	6
Palästina Krise und Ausweg der PLO (Teil 3)	7
Gespräch mit Yassir Arafat	9
Die Aden-Vereinbarung	10
Persischer Golf Wende im Golfkrieg?	13
Südafrika/Moçambique Gebrochene Versprechungen	16
Gespräch mit Oliver Tambo(ANC)	17
Was will die UDF?	18
Uruguay Die Diktatur vor dem Ende	20
Chile Pinochet wieder fester im Sattel?	22
Brasilien Massenbewegungen wie seit 1964 nicht mehr	29
Guatemala Rechte bei den Wahlen unter sich	32
Mittelamerika/Karibik Abschlußerklärung des Treffens antiimperialistischer Organisationen	34
Südatlantik Der Südatlantik im Fadenkreuz imperialistischer Interessen (Teil 1)	36
Lateinamerika Rebellion der Schuldner?	41
Frauen Sextourismus und Frauenhandel am Beispiel Thailand	44
Frieden und Dritte Welt AAPSO-Erklärung zur Abrüstung	47
Kultur Dokumentarfilm: „Chile, ich rufe Deinen Namen nicht vergebens“	48
Infodienst zur Solidarität	49
Kurzinformationen Libanon, Nahostkonflikt, Hongkong, Iran-BRD, Türkei, Bolivien, Nikaragua, Namibia, Weltbevölkerung	50



Israel

S. 4

Wider Erwarten brachten die Parlamentswahlen vom Juli d.J. in Israel keinen klaren Sieger. Der sozialdemokratische Oppositionsführer Peres müht sich um eine große Koalition mit ihm als Premier. Der noch regierende konservative Likud-Block spielt auf Zeit.

Wir informieren über den Wahlausgang und die Unterschiede zwischen den Hauptkontrahenten.

Südafrika-Moçambique

S. 16

Mit dem Nkomati-Nichtangriffspakt vom März 1984 hatte Pretoria versprochen, die Operationen der Sabotagegrupps der RNM von südafrikanischem Boden aus gegen Moçambique zu stoppen. Was ist aus diesen Versprechungen geworden? Und was meint Oliver Tambo, Präsident der Befreiungsbewegung ANC, dazu?

Verschuldungskrise

S. 41

Die Verschuldung der Entwicklungsländer ist inzwischen auf die astronomische Summe von 810 Mrd Dollar angewachsen. Die Länder Lateinamerikas, die den größten Schuldenanteil auf sich vereinen, taten sich jüngst in Cartagena zusammen. Sie wollen der Hochzinspolitik Washingtons und der Banker vereint entgegenreten. Wie sieht ihr Gegenkonzept aus? Vermögen sie einen Ausweg aus der Verschuldungskrise anzubahnen?

Impressum

AIB (Antiimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Bernd Gäbler, Prof. Günter Giesenfeld, Mechtild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Werner Stürmann, Elisabeth Thölke-Sommer, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

Redaktion: Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Rainer Falk, Pia Grund, Marianne Koltter, Andreas Krajczek, Hans-Erich Schäfer, Ludger Schmitz

Ständige Mitarbeiter: Georg Diederichs, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, U. Kampmann, Ivesa Lübben-Pistofidis, Fiaza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Hans Mayer, Nima Mina, Jürgen Ostrowsky, Christoph Sodemann, Rainer Werning

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: A. J. Arndt, F. Bushin, M. Fey, D. Knabe, U. Rupp, P. Sittig, E. Schneider, U. Wöhrmann

Namentlich gezeichnete **Beiträge** geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Jahresabonnement (inklusive Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 30,- DM, Luftpost Europa 35,- DM, übrige Länder 50,- DM; Förderabos 50,- DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 5,- DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Kündigungen nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November. Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312 093-607, Postscheckamt Frankfurt/M., oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg, Telefon 0 64 21/2 46 72

Anzeigen: ASB, Dialog, Peripherie, Istmo, Blätter des iz3w, Nahua, Solidaritätsshop 3. Welt, Horizont, Linke Zeitung, MOZ, ISSA

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Redaktionsschluß: 10. 8. 1984

In Bonn geben sich „diese unsere Freunde“ (H. Kohl) die Klinke in die Hand. Vom 16.-18. Juli d.J. wandelte der frisch gekürte salvadorianische Präsident José Napoleon Duarte auf den Spuren seines südafrikanischen Amtskollegen Pieter Botha.

„Demokrat“, dessen Humanismus zu Tränen rührt: „Immer wenn ich ein Kind sehe, das nichts zu essen hat und keine Ausbildung erhält und ohne Hoffnung leben muß, fühle ich den Wunsch, ihm zu helfen. Um dies tun zu können, bin ich Präsident geworden, dafür habe ich gekämpft, und dafür werde ich weiter kämpfen.“

Moralist Duarte

Zu diesem Zweck gründete „Napo“ bereits 1960 die salvadorianische Christlich-Demokratische Partei (PDC) und agierte er schon einmal, nämlich 1981-82 als salvadorianischer Präsident. Und damals wurden immerhin 20.000 Menschen durch die Armee und die Todesschwadronen umgebracht. Inzwischen ist man bei 50.000 ermordeten Zivilisten gelangt.

In den 20 Tagen nach dem Machtantritt Duartes vom 1. Juni d.J. waren es allein 133. Nichtsdestotrotz stellt man sowohl in Washington, als auch in Bonn eine Verbesserung der Menschenrechtslage fest. Und Duarte bestätigt: „Wir bewegen uns in diese Richtung. In den letzten 30 Tagen, seit ich das Amt übernahm, sind mir keine Erklärungen oder Forderungen über Amtsmissbrauch zugegangen.“

Duarte ist auch ein „Friedensfreund“. In seinem Wahlkampf hatte er angekündigt, daß er Verhandlungen mit der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) aufzunehmen gedenke. Heute redet er zwar weiter vom Dialog, macht aber zur Voraussetzung, daß die FMLN die Waffen niederlegen solle. Da die Befreiungsbewegung jedoch nicht bereit ist, dieses Todesurteil für ihre Kämpfer zu unterschreiben, läßt Duarte weiter morden.

Die Mordinstrumente liefern die Freunde in Washington. Noch am 10. August d.J. wurden dem salvadorianischen Regime zusätzlich zu bereits bewilligten 126 Mio Dollar weitere 70 Mio Dollar Militärhilfe für dieses Jahr zugestanden. Erklärt wird diese Spenderfreudigkeit mit dem „guten Eindruck“, den Reagans Wunschpräsident bei mittlerweile zwei Besuchen in Washington hinterlassen hat.

Einen guten Eindruck brauchte er allerdings in Bonn nicht mehr zu machen.

In einem langwierigen Manöver hatte Bonn die Wende in der Mittelamerikapolitik längst vollzogen.

Der bundesdeutsche Botschafter war nach San Salvador zurückgekehrt. 23 Mio DM Wirtschaftshilfe waren bereits bewilligt und weitere 27,6 Mio DM, die 1979 eingefroren worden waren, aufgetaut. 20 Mio DM sind bereitgestellt für Infrastrukturmaßnahmen. Damit wird der salvadorianischen Armee direkte Schützenhilfe geleistet.

Gleichzeitig war Nicaragua endgültig der Geldhahn zugedreht worden, denn, so Entwicklungshilfeminister Jürgen Warnke (CSU): „...anders als in El Salvador geht von Nicaragua eine destabilisierende Wirkung aus, von Nicaragua aus wird Ideologie, beispielsweise nach Kostarika, exportiert. Es wird auch Gewalt und Revolution exportiert. Und hier ist für uns die entscheidende Trennungslinie.“ Bei diesem Seitenwechsel ist anscheinend auch die Trennungslinie zwischen Dichtung und Wahrheit überschritten worden. Parallel zum Hohelied auf die salvadorianische Demokratie pfeift man in Bonn auch, was Nicaragua betrifft, die Melodie Washingtons.

Nach Reagans Melodie

Wie die Reagan-Administration entdeckt man, daß die Sandinistas Waffen an die FMLN liefern, daß sie in Nicaragua die Kirche und die Opposition unterdrücken. Wie Washington unterstützt man formal die Contadora-Verhandlungen und macht gleichzeitig Nicaragua für ihr Scheitern verantwortlich.

Geflissentlich übersieht man dabei, daß Reagan bereits heute mit Hilfe der „Contras“ einen Krieg führt, der bisher mehr als 7.000 Nicaraguanern das Leben gekostet hat.

Wenig verwunderlich ist deshalb die Reaktion Managuas. So erklärte Regierungskoordinator Daniel Ortega am 7. Juli d.J., daß die USA in ihrer Politik nicht von ihren Alliierten unterstützt würden „mit einer Ausnahme, der christdemokratischen Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die zu einem Komplizen der verbrecherischen Politik Reagans in Mittelamerika geworden ist“. Die Regierung Kohl fand diese Anschuldigung sehr ungerecht. Und der Staatsgast aus El Salvador mühte sich in Bonn, den Sandinistas den Schwarzen Peter zuzuschieben. Weil eine Woche vor seinem Besuch Daniel Ortega in einem Interview

mit dem bundesdeutschen Fernsehen seine Solidarität mit der FMLN bekundet hatte, bezichtigte ihn Duarte der „Einmischung in innere Angelegenheiten“ El Salvadors. Er drohte gar, Nicaragua vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag zu bringen.

Duarte drängte in Bonn außerdem darauf, daß die BRD und die Europäische Gemeinschaft (EG) eine aktivere Rolle in Mittelamerika spielen. Diesem Zweck dienten auch seine Besuche in London, Lissabon, Brüssel und Paris.

Zwar wurde er dort nicht wie in Bonn mit Millionen überschüttet. Doch gelang es ihm, dank der Bonner Hilfe die EG sowie Spanien und Portugal für eine gemeinsame Konferenz mit den mittelamerikanischen Staaten am 28./29. 1984 in Kostarika zu gewinnen.

Die von Bonn initiierte Konferenz soll offiziell die Friedensbemühungen der dort teilnehmenden Contadora-Gruppe (Mexiko, Venezuela, Kolumbien, Panama) unterstützen und Mittelamerika mehr Wirtschaftshilfe bewilligen.

Doch angesichts der Anerkennung, die das Duarte-Regime mittlerweile in Westeuropa genießt, scheint sich diese Konferenz fast nahtlos in die US-Strategie einzuordnen. Nicht von ungefähr war im Bericht der Kissinger-Kommission gefordert worden, daß Westeuropa mit Wirtschaftshilfe seinen Teil zur Stabilisierung der Region (mit Ausnahme Nicaraguas) beitragen sollte.

Durch Kohls Besuch vom Juli d.J. in Mexiko ist ein weiterer Schritt in diese Richtung zurückgelegt worden. Dank wirtschaftlichen Drucks aus Washington und finanzieller Versprechungen aus Bonn scheint man in Mexiko von der Unterstützung Nicaraguas abzurücken und stattdessen dem Regime in El Salvador unter die Arme zu greifen.

So bleibt abzuwarten, ob bislang anti-interventionistische Regierungen wie die Griechenlands, Frankreichs oder Spaniens den Bonner Wendemanövern auf EG-Ebene etwas entgegenzusetzen haben.

Nico Biver





Shimon Peres (l.) und Yitzhak Shamir zu Beginn der Gespräche über eine große Koalition

Ivesa Lübben-Pistofidis
**Knesseth-Wahl
 ohne eindeutigen Sieger**

Im Anschluß an die israelischen Parlamentswahlen vom Juli d.J. wurde der sozialdemokratische Oppositionsführer Shimon Peres von Staatspräsident Cheim Herzog mit der Regierungsbildung beauftragt. Ob Peres eine große Koalition mit dem seit 1977 regierenden Likud-Block zustandebringen wird, ist zur Stunde offen. Sollte ihm bis Mitte September die Regierungsbildung nicht gelingen, dann wäre der noch amtierende konservative Ministerpräsident Yatzik Schamir (Likud) am Zug.

Die „Weimarisierung Israels“ — so beschrieben Kommentatoren das amtliche Endergebnis der Wahlen zur israelischen Knesseth vom 23. Juli 1984. Kein eindeutiger Sieger — kein Verlierer. Noch 1 Monat vor den Wahlen waren dem Ma'arach-Bündnis aus der Arbeiter-

partei (MAPAI) und der kleineren, sich selbst als „linkszionistisch“ bezeichnenden MAPAM ein Erdrutschsieg vorausgesagt worden. Man prophezeite ihrem Spitzenkandidaten Shimon Peres 55 der 120 Knessethsitze und dem regierenden konservativen Likud-Block eine verheerende Niederlage.

Likud glimpflich davongekommen

Dem Likud-Block wird immerhin die Verantwortung für das Desaster im Libanon und für die das Land seit einigen Jahren schüttelnde Wirtschaftskrise, mit einer Inflationsrate von 400% und einem Abbau des Reallohnes von allein im letzten Jahr 15%, zugeschrieben. Doch trat keine der beiden Prognosen ein. Mit dem Verlust von 7 Parlaments-

sitzen ist der Likud-Block noch einmal so glimpflich davongekommen, daß Ministerpräsident Schamir gar von einem „Sieg“ sprach.

Der Ma'arach büßte 3 Sitze ein, so daß Shimon Peres trotz der Tatsache, daß er nun als Führer der stärksten Fraktion seinen Anspruch auf das Amt des Ministerpräsidenten geltend machen konnte, der Dinge nicht ganz froh werden mochte.

Dazu gewonnen haben die kleineren Parteien sowohl links vom Ma'arach wie auch rechts vom Likud-Block — ein Ausdruck der weiteren politischen Polarisierung der israelischen Gesellschaft.

Im antizionistischen Lager war diesmal außer der Chadash-Front (der Front für Frieden und Gleichheit, in der die kommunistische Rakah-Partei eine maßgebliche Rolle spielt) eine Progressive Frie-

densliste unter Führung der Repräsentanten des Israelischen Rates für Israelisch-Palästinensischen Frieden, des Journalisten, Uri Avneri, des Reservegenerals Matti Peled und des palästinensisch-israelischen Rechtsanwalts Mohammad Miari angetreten.

Die Liste unterscheidet sich von der Chadash-Front weniger durch ihre Programmatik – besonders was deren Vorstellung über einen gerechten Frieden im Nahen Osten und eine Lösung des Palästinaproblems betrifft, sind die Forderungen identisch und auf beiden Listen kandidieren sowohl jüdische Israelis wie auch israelische Palästinenser – als durch ihren Antikommunismus. Daher auch beschieden verschiedene Initiatoren der Progressiven Liste das Angebot der Rakah, der Chadash-Front beizutreten oder eine neue, gemeinsame Front zu bilden, negativ.

Trotz der Kandidatur der neuen Liste, die es immerhin auf 2 Knesseth-Mandate brachte, konnte die Chadash-Front ihre 4 Parlamentssitze behaupten. Das antizionistische Lager ging also gestärkt aus den Knesseth-Wahlen hervor.

Ermunterter Siedlerterror

Das gleiche gilt auch für das linksliberale Lager, repräsentiert durch die Schinui-Partei und die Bürgerrechtsbewegung Ratz, die ihre Stimmen verdoppeln konnten.

Am anderen Ende des politischen Panoramas konnten aber auch rechts-extremistische Splittergruppen wie die chauvinistische Tehija-Partei Stimmen gewinnen verbuchen. Dies, weil enttäuschte Likud-Wähler nicht in der Arbeiterpartei eine Alternative sahen, sondern eher mit dem Ruf nach dem starken Mann noch weiter nach rechts abdrifteten.

Mit dem Rabbi Kahane, dem Führer der zionistisch-faschistischen Kach-Bewegung, was soviel wie „so und nicht anders“ bedeutet, zog erstmals ein Vertreter der israelischen Terrorszene in die Knesseth ein.

Er hat schon jetzt angekündigt, das israelische Parlament unter dem Schutz der parlamentarischen Immunität in eine Bühne des antiarabischen Rassismus zu verwandeln. Kahane, der Sympathien für die Nürnberger Gesetze der Nazis hegt und der vor die Wahl zwischen dem jüdischen und dem demokratischen Charakter des Staates Israel nicht zögern würde, die Demokratie an den Nagel zu hängen¹, will nicht nur die Westbank ohne Palästinenser annektieren, sondern auch die in Israel lebenden Palästinenser zur Auswanderung zwingen.

Kahanes Einzug ins Parlament führt noch einmal vor Augen, was die ganze

Ergebnis der Wahlen 1984

	1984	1981
Ma'arach (Bündnis aus Arbeiterpartei und „Linkszionistischer“ MAPAM)	44	47
Chadasch-Front (Bündnis unter Einschluß der Kommunisten)	4	4
Progressive Liste für den Frieden	2	—
Schinui-Partei (linksliberal)	3	2
Bürgerrechtsbewegung Ratz	3	1
Jaschad (Ezer Weizmann)	3	—
Ometz (Ex-Wirtschaftsminister Hurwitz)	1	—
Likud-Block	41	48
Nationalreligiöse Partei (zentristisch, religiös)	4	6
Tami (orientalisch-religiös)	1	3
Schas (sephardisch-orthodox)	4	—
Agudat-Israel (ultraorthodox)	2	4
Morascha (nationalistisch-orthodox)	2	—
Tehija (fanatisch-chauvinistisch)	5	3
Kach (faschistisch)	1	—
Andere	—	2

israelische Nation bis vor kurzem zu verdrängen suchte: Die Existenz eines weitverzweigten zionistischen Terroristen-netzes.

Nachdem Ende April d.J. unter sieben Bussen eines arabischen Busunternehmers, die Palästinenser, welche zum Freitagsgelbst nach Jerusalem gekommen waren, wieder in ihre Heimatdörfer in der Westbank zurückbringen sollten, Sprengsätze mit Zeitzählern gefunden worden waren, hatte die Polizei über zwei Dutzend Siedler aus der Westbank und den Golanhöhen verhaftet. Die meisten der Verhafteten sind Mitglieder oder Sympathisanten der Gush Emunim, die seit 1968 durch eigenmächtige Siedlungsunternehmen und Terror gegen die Araber in den besetzten Gebieten die palästinensische Westbank in ein jüdisches Judäa und Samaria zu verwandeln suchen.

Den Verhafteten, denen im September d.J. der Prozeß gemacht werden soll, werden noch andere Terrorakte zur Last gelegt, so die Anschläge auf drei palästinensische Bürgermeister im Sommer 1980, der Mord an dem Mitglied der Bewegung „Peace Now“ (Frieden jetzt), Emil Grünzweig, auf den während einer Demonstration gegen den damaligen Verteidigungsminister Sharon 1982 eine Handgranate geworfen wurde², versuchte Anschläge auf die islamische Al-Aqsa-Moschee und den Felsendom auf dem Jerusalemer Tempelberg und anderes mehr.

Allerdings stellen die jetzt aufgefliegenen Terrorgruppen, deren Existenz bislang von der Regierung wohlweislich vertuscht oder verschwiegen wurde, nur die Spitze eines Eisbergs dar.

Anläßlich der Eröffnung der Ermittlungen gegen die Verhafteten ließ die Gush Emunim ein Papier zirkulieren, in dem sie darauf hinweist, „daß führende Militärs Gush-Emunim-Siedler vor und nach den Bombenangriffen auf die Bürgermeister in der Westbank in ihren Operationen unterstützt haben, insofern als ein demokratischer Staat solche Aktionen nicht selbst durchführen kann“.³

Der Siedlerterror, der in der direkten Tradition einer Begin'schen Irgun oder der Stern-Gruppe eines Schamir (zionistische Terrorgruppen unter britischer Mandatsherrschaft vor 1948; d. Red.) steht, hat die Funktion, die palästinensische Bevölkerung durch gezielten Terror zu vertreiben und damit die Annexion der besetzten Gebiete zu erleichtern. Damit liegt er genau auf der politischen Linie der Likud-Regierung.

Wenn jetzt die Verantwortlichen des zionistischen Staates trotzdem die Verhaftungen angeordnet haben, dann nicht aus prinzipieller Ablehnung der Terrormethoden, die sie ja selbst in viel größere



Von Anhängern umjubelter Faschist Kahane, der erstmals den Sprung ins israelische Parlament schaffte

Zusammenarbeit USA-Israel vertieft

Nachdem beim Besuch des israelischen Ministerpräsidenten Schamir in den USA am 30. November 1983 eine strategische Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern vereinbart worden war, soll die militärische Zusammenarbeit Israel-USA nach Berichten des Washingtoner Korrespondenten der Jerusalem Post noch weiter ausgebaut werden.

Der Journalist spricht von einem „völlig neuen israelisch-amerikanischen Verteidigungsbündnis“. Israel sei dabei, in das weltweite US-Militärsystem wie etwa Italien oder die Türkei integriert zu werden. Alle Teilstreitkräfte und Geheimdienste der USA seien direkt an dieser Zusammenarbeit beteiligt. US-amerikanische und israelische Luftwaffenoffiziere haben demnach geheime Informationen, vor allem über die israelischen Erfahrungen im Libanon, ausgetauscht.

Die USA werden in Zukunft verstärkt Waffen in Israel einkaufen und damit sowohl das israelische Außenhandelsdefizit verringern als auch die israelische Rüstungsproduktion ankurbeln helfen. Zu diesen Waffen gehören unbemannte Aufklärungsdrohnen, die sich im Libanonkrieg bewährt hatten.

Außerdem sollen gemeinsame Rüstungsgüter produziert werden, so ein neues Raketenboot vom Typ „Saar 5“. Die Reagan-Administration werde Israel bei der Entwicklung eines neuen Kampfflugzeuges mit dem Namen „Lavi“ unterstützen.

Nachdem schon im Rahmen der strategischen Zusammenarbeit vereinbart worden war, daß medizinische Einrichtungen in Israel der US-Armee zur Verfügung stehen sollten, hat Verteidigungsminister Caspar Weinberger größere „Sanitätsmanöver mit Israel“ angekündigt.

Nach Vorstellungen Washingtons sollen die militärischen Einrichtungen in Israel so weit ausgebaut werden, daß die US-Verbände bei einem massiven Einsatz im Nahen und Mittleren Osten jederzeit auf die israelische Infrastruktur zurückgreifen können.

(Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.5.1984; International Herald Tribune, 25.5. und 2./3.6. 1984)

rem Ausmaße und viel perfektionierter 1982 im Libanon vorexerziert haben, sondern aus der Befürchtung, daß die Aktionen der Gush Emunim sich verselbständigen könnten und damit für die Regierung nicht mehr im Sinne ihrer eigenen Strategie kontrollierbar wären.

Bis jetzt erfreuten sich die „Pioniere“ (Schamir) exzellenter Beziehungen zur Likud-Regierung. Viele der Verhafteten haben hohe Posten in der Armee oder der Verwaltung der besetzten Gebiete. Ex-Verteidigungsminister Scharon und Ex-Stabschef Eytan ließen die Gush-Emunim-Siedler ihre eigenen Bürgerwehren aufbauen und es war der damalige Ministerpräsident Begin persönlich, der 1980 Untersuchungen über die Hintermänner des Anschlags auf die palästinensischen Bürgermeister verhinderte. Deswegen war Abraham Akhitov, der Chef von Shin Bet, dem inneren Geheim-

dienst Israels, der schon damals vermutete, daß sowohl Rabbi Kahane wie auch Gush Emunim-Mitglieder in den Anschlag verwickelt waren, aus Protest von seinem Posten zurückgetreten.⁴

Da die Arbeiterpartei wohl kaum den zionistischen Grundkonsens durchbrechen wird, auf keinen Fall mit Duldung von konsequent antizionistischen Kräften zu regieren, andererseits aber auch der Likud die erforderliche Mehrheit zur Regierungsbildung kaum oder nur knapp zusammenbekommen wird, zeichnet sich inzwischen die Bildung einer großen Koalition ab.

Peres – keine echte Alternative

Diese hat Yitzhak Schamir schon während des Wahlkampfes in einer Fernsehdiskussion gefordert. Auch die MAPAM scheint sich mit einer „Regierung der nationalen Einheit“ abzufinden, der sie sich bis dahin – bis hin zu der Drohung, die gemeinsame Fraktion mit der Arbeiterpartei zu verlassen – widersetzt. Sie befürchtet, daß die Spaltung der israelischen Gesellschaft in zwei Lager und der Faschisierungsprozeß auf der Rechten sonst noch weiter voranschreiten.

Das scheint aber eine Illusion, wenn man bedenkt wie weit der Likud selber in den Sumpf des zionistischen Terrorismus verwickelt ist. Und schließlich sind die Verschlechterung der Wirtschaftslage, das Absinken des Lebensstandards und die Verunsicherung der sozialen Perspektive der Masse der Bevölkerung, welche wiederum direkte Folgen der hohen Kriegs- und Besatzungskosten ist, die mittlerweile 76% des Staatshaushaltes verschlingen⁵, der ideale Nährboden für

faschistische oder religiös-fanatistische Gruppen.

Likud-Führer Schamir hat deutlich gemacht, eine Regierung, an der die Likud beteiligt wäre, würde nichts daran ändern, daß die israelische Armee in der Westbank oder im Libanon bliebe.⁶

Aber selbst eine Regierung der Arbeiterpartei wäre keine wirkliche Alternative. Peres hat immer wieder deutlich gemacht, daß er einen palästinensischen Staat in der Westbank ablehnt und die besetzten Gebiete stattdessen unter sich und Jordaniens König Hussein aufteilen will. Dabei sollte weiterhin die israelische Armee entlang des Jordan stationiert bleiben.

Auch Peres' Forderung nach dem Rückzug der israelischen Truppen aus dem Libanon bleibt halbherzig, wenn er zugleich Horchposten im Südlibanon errichten, die Quisling-Armee des Haddad-Nachfolger Antoine Lahad weiter ausbauen und in Nordisrael mobile Einsatztruppen, die in der Lage sind, jederzeit im Libanon einzugreifen, bereithalten möchte.⁷

Alleiniger Zweck einer großen Koalition wäre eine starke Regierung unter dem Deckmantel des „Nationalen Konsenses“, die eher imstande wäre, den Lohn- und Sozialabbau noch weiter voranzutreiben.

Anmerkungen:

- 1) Der Spiegel, Nr. 31/1984
- 2) Zur israelischen Friedensbewegung siehe: AIB 7-8/1983
- 3) TAZ, 8.7.1984
- 4) Vgl. dazu: Israel and Palestine, Paris, Juni/Juli 1984, S.6
- 5) Taufiq Toubi, A Budget of War and Occupation, in: Communist Party of Israel, Informationsbulletin, Tel Aviv, Nr. 2/1984
- 6) Time, New York, 9.7.1984
- 7) Ebenda; Newsweek, New York, 20.2.1984

PERIPHERIE

Forum theoretisch orientierter Analyse und Diskussion zu Fragen der Dritten Welt.

Peripherie soll

- die überfällige Debatte um das Verhältnis der westdeutschen Linken zur Dritten Welt neu beleben
- Solidarität durch Vermittlung von Informationen, Materialien und Analysen über Alltagskämpfe und soziale Emanzipationsbewegungen festigen
- die Ergebnisse und Schwierigkeiten siegreicher Befreiungsbewegungen untersuchen
- die Veränderungsprozesse des Kapitalismus in der Peripherie aufarbeiten
- die internationale entwicklungstheoretische Diskussion aufnehmen
- Texte von Teilnehmern der sozialen Emanzipationsbewegungen in der Dritten Welt zugänglich machen

- Nr. 5/6: Entwicklungstheorien
- Nr. 7: Entwicklungspolitik
- Nr. 8: Kultur
- Nr. 9: Afghanistan, Brasilien, Peru, u.a.
- Nr. 10/11: Befreiungsbewegungen an der Macht
- Nr. 12: Religion und religiöse Bewegungen
- Nr. 13: Frauen und Entwicklung
- Nr. 14: Theoriediskussion
- Nr. 15/16: Internationalisierung und Krise
- In Vorbereitung:
- Nr. 17: Landwirtschaft
- Nation und Nationalismus
- Gesundheit

In jedem Heft: Diskussionsartikel, Rezensionen, Neuerscheinungen, Resümées in Englisch

Vierteljahrszeitschrift

Einzelheft: DM 9,-; Doppelheft DM 16,-
Abonnement: DM 30,-; Förder-/Institutionenabo DM 60,-; Übersee (Luftpost) DM 47,-/77,-

Redaktion: c/o Institut für Soziologie, Bispinghof 5-6, D-4400 Münster
Verlag und Vertrieb: PERIPHERIE, c/o FDCL, im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, D-1000 Berlin 61

Ende Juni d.J. kam es in Aden zu einer Einigung im innerpalästinensischen Dialog. Al Fatah, die größte Organisation des palästinensischen Widerstands, und die vier Linksorganisationen verständigten sich zum einen darauf, eine „kollegiale Führung“ zu schaffen. Das bedeutet u.a., daß der Vorsitzende der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) künftig in ein ständiges Sekretariat eingebunden und von Generalsekretären assistiert werden soll. Weiter sollen die Linksorganisationen fortan im PLO-Exekutivkomitee besser repräsentiert und der PLO-Zentralrat nunmehr vom Palästinensischen Nationalrat, der höchsten Institution der Dachorganisation, direkt gewählt werden. Bislang hatte ihn das Exekutivkomitee nominiert.

Die Übereinkunft von Aden spricht sich ferner für eine Wende in den Beziehungen der PLO mit Syrien, d.h. für eine Aussöhnung, aus. Die Tagung des 17. Palästinensischen Nationalrates, des Exilparlaments, soll – laut Fatah-Verhandlungsführer Abu Jihad – bis spätestens Mitte September 1984 in Algier eröffnet werden.

Wir stellen mit dem nachstehenden Interview mit Yassir Arafat, dem amtierenden PLO-Vorsitzenden, die Position der Fatah vor. Und wir schließen die Gesprächsreihe mit Führungsmitgliedern dreier palästinensischer Linksorganisationen, mit Jamil Helal (Demokratische Front – DFLP), Bassam Abu Scharif (Volksfront – PFLP) und Salim Al-Majdalawi (Kommunistische Partei – PCP), in diesem Heft ab.

Gespräch mit Vertretern der palästinensischen Linken **Krise und Ausweg der PLO (Teil 3)**



Zum Widerstand in den okkupierten palästinensischen Gebieten

J. HELAL (DFLP): Der Massenkampf wird natürlich weitergehen, das ist keine Frage. Was die Westbank und den Ghazastreifen betrifft, so müssen wir einige historische Tatsachen berücksichtigen, besonders in der Westbank.

Vor der israelischen Invasion (vom Juni 1967; d. Red.) war die Unterdrückung in der Westbank durch das jordanische Regime sehr hart. Die Leute wurden nicht militärisch ausgebildet und hatten keinen Zugang zu Waffen. Die Leute waren nicht darauf vorbereitet, der israelischen Invasion und Besetzung Widerstand entgegenzusetzen. Es dauerte mehrere Jahre bis sich eine Massenbewegung mit einem so hohen Niveau, wie wir es heute beobachten können, entwickelte. Dieser politische Massenkampf soll natürlich weitergehen. Der bewaffnete Kampf ist kein Ersatz hierfür, sondern politischer Massenkampf und bewaffneter Kampf müssen sich ergänzen.

Der bewaffnete Kampf wird dabei kaum die Form haben, wie im Libanon, wo jeder Palästinenser bewaffnet, gut organisiert und gut auf die Verteidigung der Camps vorbereitet war. Der bewaffnete Kampf in den besetzten Gebieten wird nicht die Form eines bewaffneten Aufstandes gegen die Israelis annehmen – dazu gibt es keine Möglichkeiten.

Wir müssen aus Sicherheitsgründen andere Formen wählen: kleine bewaffnete Untergrundzellen, die gegen die israelische Besetzung operieren, damit die Israelis einen hohen Preis für die Besetzung zahlen müssen und um den politischen Massenkampf zu stimulieren.

B.A. SCHARIF (PFLP): Angesichts der ganzen Hindernisse, die uns in den Weg gelegt wurden, war der militärische Kampf gegen Israel immer sehr schwierig. In Jordanien sind die Grenzen für uns geschlossen, in Syrien ebenfalls, und auch im Libanon waren sie praktisch auch vor unserem Abzug geschlossen.

Trotzdem wurde der Kampf seit 1967 niemals unterbrochen. Natürlich hätte er größere Ausmaße annehmen können, wären die Grenzen für uns geöffnet gewesen. Aber auch die Tatsache, daß sie nun mal geschlossen sind, bedeutete nicht, daß wir jemals den bewaffneten Widerstand gegen die israelischen Okkupanten unterbrochen hätten. Was die Zukunft betrifft, so haben wir Entscheidungen gefällt, die Operationen auszuweiten. Und wir sind dabei dies umzusetzen.

In der Westbank und im Ghazastreifen leben 1,2 Mio Palästinenser, die die Hauptkraft des palästinensischen Widerstands sind. Und es ist ja nun nicht so, daß, weil wir nicht von außen eindringen

TRIALOG

Zeitschrift für das
Planen und Bauen
in der Dritten Welt

- ein Journal für Architekten, Stadtplaner, Soziologen, Ökonomen und Entwicklungsplaner
- ein Journal zum Austausch beruflicher Erfahrungen im Bereich städtischer Entwicklungen in der Dritten Welt.

Die thematische Bandbreite von Trialog umfasst:

Verstädterung und Wohnungspolitik
Architektur und nationale/regionale Kulturen
Arbeitsfelder in der Dritten Welt
und die Rolle der ausländischen Planer
ländliche Entwicklungsstrategien

TRIALOG
c/o PLANEN UND BAUEN
THD
PETERSENSTR. 15
D - 6100 DARMSTADT
TEL: 06151-163637

1
TRIALOG
OKTOBER 1983

THEMA:
WOHNUNGSBAU
FÜR DIE ARMEN

2
TRIALOG
JANUAR 1984

THEMA:
REGIONALPLANUNG

JUNI 1984

3

**AUSBILDUNG &
BERUFSBILD**

Vorschau:
4
TRIALOG
OKTOBER 1984

THEMA:
WOHNUNGSBAU UND
BAUWIRTSCHAFT IN
SOZIALISTISCHEN
ENTWICKLUNGSLÄNDERN

TRIALOG kostet als Einzelheft:
für Studenten
(mit Bescheinigung) 6,- DM
Einzelpersonen 9,- DM
für Institutionen 12,- DM

TRIALOG kostet im Abonnement
(4 Ausgaben):
für Studenten 24,- DM
für Einzelpersonen 32,- DM
für Institutionen 48,- DM

können, innerhalb der besetzten Gebiete kein Widerstand stattfinden würde. Wir haben unsere Massen organisiert, wir haben unsere Massenorganisationen.

Sie führen den Widerstandskampf auf zwei Ebenen: auf der politischen Ebene, wo sie den Massenwiderstand gegen die israelischen Besatzer entwickeln und — in sehr viel kleinerem Maßstab — auf der militärischen.

Zum Neuaufbau der Nationalen Front

S. AL-MAJDALAWI (PCP): Der Hauptgrund dafür, daß wir entgegen wiederholter Beschlüsse des Palästinensischen Nationalrates und PLO-Zentralrates mit dem Neuaufbau der Nationalen Front in den besetzten Gebieten nicht vorangekommen sind, ist die Position der Rechten innerhalb der PLO, die immer wieder Barrieren errichtet haben, um diesen Neuaufbau zu verhindern.

Um das zu verstehen, müssen wir uns die Kräfteverhältnisse innerhalb der besetzten Gebiete ansehen. Bekanntlich ist das gesellschaftliche und politische Kräfteverhältnis in der Nationalbewegung innerhalb der besetzten Gebiete ganz anders als jenes in der palästinensischen Nationalbewegung außerhalb. Innerhalb der besetzten Gebiete spielt die palästinensische Linke und besonders die Kommunistische Partei eine sehr große Rolle. Angesichts dieser Situation haben bestimmte Kräfte innerhalb der PLO-Führung unter dem Vorwand, daß die Nationale Front ein Konkurrent für die PLO sei, deren Neuaufbau Hindernisse in den Weg gelegt.

Natürlich widersprechen diese Behauptungen völlig den Realitäten.

Was uns Kommunisten betrifft, so haben wir immer wieder klar gemacht, daß eine solche Nationale Front in keiner Weise in Konkurrenz zur PLO treten will. Wir haben immer wieder gesagt, daß die Palästinensische Nationale Front innerhalb der besetzten Gebiete einen integralen Bestandteil der PLO darstellt.

Aber wir waren auch gegen die Art und Weise, die palästinensische Nationalbewegung im Innern wie eine unreife Bewegung zu behandeln, die der Anleitung von außen bedarf, die ein bloßes Anhängsel der Bewegung außerhalb ist. Wir haben immer wieder klar gemacht, daß die Bewegung im Innern eine sehr reife Bewegung ist, die sehr wohl alleine in der Lage ist, ihre Kampfformen und die adäquaten politischen Lösungen zu bestimmen. Andererseits haben wir natürlich auch sehr enge Beziehungen zur PLO außerhalb der besetzten Gebiete.

J. HELAL (DFLP): Dies ist in der Tat einer der Streitpunkte, die wir mit dem

rechten Flügel innerhalb der PLO, mit deren bürgerlicher Führung, haben. Sie bestehen darauf, die Nationale Front entsprechend ihren Vorstellungen wieder aufzubauen und berücksichtigen nicht genügend die Kräfte, die tatsächlich in der Westbank und im Ghazastreifen aktiv sind.

Es ist einer der Beispielfälle dafür, daß zwar immer wieder Dinge beschlossen werden, ihre Umsetzung aber durch die rechte Führung der PLO aus egoistischen und engstirnigen Überlegungen heraus behindert wird.

B.A. SCHARIF (PFLP): Man kann nicht so einfach sagen, daß es ein Hauptgrund ist, der bisher den Neuaufbau der Nationalen Front verhindert hätte. Aber der wichtigste Grund ist, daß die Führung der Fatah, daß Arafat im Moment eine politische Linie verfolgt, die von denjenigen Kräften, die die Nationale Front bilden würden bzw. die in der Lage wären, diese zu reaktivieren, nicht akzeptiert wird. Das, obgleich sie sicherlich bereit wären, das Programm von Algier (vom Februar 1983; d. Red.) als politische Grundlage der Nationalen Front zu akzeptieren.



Besatzungssoldaten im Ramallah / Westbank

Ein anderer Grund sind die noch vorhandenen Differenzen zwischen uns und der Kommunistischen Partei bezüglich des bewaffneten Kampfes. Bis jetzt hat die PCP die Idee, auch auf der Ebene des bewaffneten Kampfes gegen die Besatzung Widerstand zu leisten, verworfen. Aber das bedeutet nicht, daß es nicht Bemühungen gäbe, die Nationale Front wieder aufzubauen bzw. zu reaktivieren. Ich denke, wenn es uns gelingt, das Hauptproblem, nämlich die Einigung auf eine zukünftige politische Linie der PLO, zu lösen, dann steht auch der Reaktivierung der Nationalen Front nichts mehr im Weg.

Schluß



Interview mit Yassir Arafat Die PLO schöpft neuen Atem

FRAGE: Könnten Sie uns die weitere Entwicklung der palästinensischen Frage nach Ihrem Abzug aus Tripoli schildern?

Y. ARAFAT: Lassen Sie mich Ihnen zuallererst deutlich sagen, daß zwar die Belagerung von Beirut das Werk der Israelis war, die von Tripoli aber das Werk der Israelis und der Araber zusammen. Wir befanden uns in einer Art Schraubstock zwischen den Bombenangriffen und Überfällen der israelischen Marine und Luftwaffe einerseits und dem unbeschreiblichen arabischen Artilleriefeuer von den Hügeln und der Ebene um uns herum auf unsere Brüder und die zivile Stadtbevölkerung andererseits.

Die Demaskierung von Tripoli

Zurecht wurden die Vorgänge von Tripoli als die Verwirklichung der Ziele von General Scharon bezeichnet. Er dachte, daß das, was er in Beirut angefangen hatte, in Tripoli zu Ende geführt werden sollte.

FRAGE: Aber wenn Sie das wußten, warum sind Sie dann nach Tripoli gegangen?

Y. ARAFAT: Es ist wahr, daß verschiedene Palästinenser und Freunde bestürzt waren über meine Abreise nach Tripoli. Aber es schien mir unerläßlich, dorthin zu gehen, denn es war mir wichtig, der

arabischen und internationalen Öffentlichkeit das wahre Ausmaß unseres Kampfes zu demonstrieren.

Ich wollte die Statisten ins Rampenlicht ziehen. Damit meine ich diejenigen, die als „Fraktionisten“ der Fatah oder „Rebellen“ der PLO (Gruppe um Abu Moussa und Abu Saleh, siehe: AIB 1/1984; d. Red.) bezeichnet worden sind.

So ist es mir gelungen, die wirklichen israelischen und arabischen Akteure zu zwingen, ihre Masken fallenzulassen und mir an Ort und Stelle direkt entgegenzutreten. Das war um so wichtiger, als mir daran lag, die Einigkeit unseres Volkes zu wahren und unseren Freunden und Verbündeten zu zeigen, von wo die Verschwörung kam, und wer ihre wahren Urheber waren. (...)

Übrigens wurde unser sagenhafter Widerstand in Tripoli von riesigen Kundgebungen in den besetzten Gebieten, in den Palästinenserlagern von Beirut, Damaskus und anderswo begleitet. Sie bewiesen, daß wir im Recht waren. Wir hatten die wirklichen Komploteure demaskiert.

Im Grunde hatte das Grüppchen von „Fraktionisten“ und „Rebellen“ unter den Palästinensern keinerlei Rückhalt, absolut keinen.

FRAGE: Im Klartext, sind Sie der Meinung, daß der Plan gescheitert ist, den Widerstand abzuwürgen?

Y. ARAFAT: Bestimmt. Nicht nur waren die von den arabischen Helfershelfern ferngesteuerten, finanzierten und mit Waffen unterstützten Spaltungsversuche umsonst, sondern der ganze sorgsam eingefädelte Plan ist gescheitert.

Wer redet heute noch von diesen Grüppchen, die zu den Waffen griffen, um ihre Landsleute zu töten? 18 Monate nach Beirut kann ich behaupten, daß es der PLO gelungen ist, wieder zu Atem zu kommen und wieder aufzustehen. Sicher haben wir zahlreiche militärische Rückschläge erlebt. Wir haben die wichtige Basis verloren, die die libanesische Hauptstadt für unsere Bewegung war. (...)

FRAGE: Glauben Sie, daß das palästinensische Volk trotz der mächtigen Propaganda, der es seit fast 2 Jahren ausgesetzt ist, der PLO noch ganz treu ist? Ist es enttäuscht und verbittert? Was fühlt es, nach Ihrer Meinung?

Y. ARAFAT: Nie war das palästinensische Volk mit der PLO und ihrer Führung solidarischer als heute. In den besetzten Gebieten hat eine erste Umfrage gezeigt, daß 90% des Volkes die PLO unterstützten. In der zweiten waren es 95,5% — diese Tatsache hat die israelische Presse zugegeben.

Aber wir kommen noch mehr voran: Kaum 1 Monat nach unserem Abzug aus Tripoli hat mich der Islamische Kongreß zum ständigen Vizepräsidenten gewählt. D.h. die militärischen Schläge, die wir in Beirut, in der Bekaa-Ebene, in Baalbek und Tripoli hinnehmen mußten, haben unsere Repräsentativität und Legitimität in den Augen der islamischen, der arabischen oder der internationalen Gemeinschaft nicht geschmälert. (...)

Die PLO bleibt repräsentativ

FRAGE: Nach Aden ist die zweite Runde des innerpalästinensischen Dialogs (Fatah — PFLP — DFLP — PCP) in Algier abgehalten worden, dann wieder in Aden und zuletzt in Algier. Wie steht es mit diesem Dialog jetzt?

Y. ARAFAT: Der innerpalästinensische Dialog ist auf Schwierigkeiten gestoßen, und zwar wegen arabischer Einmischung.

Diejenigen, die mit ihren Versuchen gescheitert sind, uns mit militärischen Mitteln und mittels der Unterstützung der Fraktionisten zu vernichten, wenden jetzt eine andere Methode an: die Anerkennung der palästinensischen Souveränität zu verhindern, indem sie die nächste Sitzung des Palästinensischen Nationalrats zu sabotieren suchen.

Aber unsere algerischen, südjemenitischen und sowjetischen Freunde haben allerlei Anstrengungen unternommen, um eine Annäherung zwischen uns und

den Syrern herbeizuführen. Und unsere syrischen und südjemenitischen Freunde haben selbst als Vermittler gedient, um ein Abkommen mit den palästinensischen Kameraden zuwege zu bringen, die sich in Aden, dann in Algier und zuletzt wieder in Aden mit uns trafen.

Die Ergebnisse von Algier halte ich für zufriedenstellend, und wir hoffen, daß es am Ende zu einer endgültigen Einigung kommt, damit der Palästinensische Nationalrat wie vorgesehen in Algier zusammentreten kann.

Den bewaffneten Kampf nicht abgeschrieben

FRAGE: Nach Beirut, nach Tripoli und der Verstreuung der palästinensischen Kämpfer über neun arabische Länder behaupten gewisse Kommentatoren, Sie hätten in Ihrem Befreiungskampf den bewaffneten Kampf aufgegeben. Ist das wahr?

Y. ARAFAT: Zunächst möchte ich Sie daran erinnern, daß die PLO die arabischen Länder nicht als ihre militärischen Operationsbasen gegen den Besatzer benützt. Und beim arabischen Gipfel 1979 in Tunis habe ich mich auf Verlangen der libanesischen Regierung verpflichtet, daß wir das libanesisches Territorium nicht mehr zu diesem Zweck benutzen.

Wohlgemerkt, als die israelischen Truppen im Juni 1982 in den Libanon einmarschierten, mußten wir uns verteidigen. Wissen Sie, daß wir nach der Schlacht um Beirut und den Südlibanon die allerkühnsten militärischen Widerstandsaktionen gegen die israelischen Besatzer unternommen haben, und daß wir Begin damit zum Rücktritt gezwungen haben?

Sie haben die israelische Militärbande in eine totale politische, militärische und wirtschaftliche Sackgasse getrieben: Die zionistischen Führer sind gezwungen worden, den Termin der Parlamentswahlen vorzulegen. (...)

So ist also unser bewaffneter Kampf nicht abgebrochen worden und wird nicht abgebrochen werden, dessen können Sie sicher sein. (...)

FRAGE: Wie sehen Sie die Entwicklung der Lage im Nahen Osten, am Golf und anderswo?

Y. ARAFAT: Die noch nicht überzeugte davon waren, sollten jetzt zur Kenntnis nehmen, daß die palästinensische Revolution sich im Zentrum der Konflikte des Nahen Ostens befindet. Wer kann 18 Monate nach unserem Abzug aus Beirut noch behaupten, die Probleme des Nahen Ostens könnten ohne das palästinensische Volk und ohne die PLO geregelt werden? (...)



Symbolischer Ausblick palästinensischer Flüchtlinge im Libanon: neue Hoffnung für sie wie für die PLO

Ergebnisse des innerpalästinensischen Dialogs Die Aden-Vereinbarung

Am 13. Juli 1984 einigten sich die wichtigsten Mitgliedsorganisationen der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) auf nachstehende Erklärung. Sie wurde in Aden unterzeichnet von Al-Fatah und ihren Verhandlungspartnern im innerpalästinensischen Dialog, den vier Linksorganisationen Demokratische Front, Volksfront, Befreiungsfront und Kommunistische Partei. Das Dokument, das in mehreren Verhandlungsrunden in Aden bzw. Algier vom April bis Juli 1984 erarbeitet wurde, ist als Plattform auch für die bevorstehende Nationalratstagung in Algier anzusehen.

(...) Diese Vereinbarung ist von großer Bedeutung und enthält zahlreiche Punkte, zu deren wichtigsten die folgenden gehören:

1. Die Bekräftigung der Einheit der PLO, der einzig legitimen Vertretung des palästinensischen Volkes, die Zurückweisung aller Spaltungen in ihren Reihen, die Sorge um die Errungenschaften, Erfolge und die sichere Fortsetzung ihres Marsches und ihrer nationalen Ausrichtung, ihrer Unabhängigkeit und ihres nationalen Programms, die die Ziele und Interessen unseres Volkes innerhalb und außerhalb der besetzten Heimat zum Ausdruck bringen.
2. Die Vereinbarung, die wir heute erklären, schließt die Betonung der Notwendigkeit ein, alle Irrtümer der Vergangenheit zu überwinden und sie politisch und organisatorisch zu korrigieren. Die Verpflichtung auf die Resolutionen des Palästinensischen Nationalrats, insbesondere jene der 16. Sitzung in Algier (vom Februar 1983; d. Red.), sowie die Entwicklung dieser Resolutionen in Übereinstimmung mit den Umständen und Erfordernissen des palästinensischen Kampfes.
3. Die Vereinbarung bekräftigt die Tatsache, daß die PLO als Vorkämpfer und militanter Rahmen den Weg für die Fortsetzung des Kampfes in all seinen Formen bestimmt, einschließlich des bewaffneten Kampfes zur Befreiung des palästinensischen Heimatlandes und der Bewahrung der unveräußerlichen nationalen Rechte unseres Volkes, einschließlich des Rechts auf Rückkehr, Selbstbestimmung und die Errichtung des unabhängigen palästinensischen Staates in der nationalen Heimat.
4. Die Vereinbarung bekräftigt die Haltung der PLO in der Ablehnung der imperialistischen Lösungen, die die nationalen Rechte unseres Volkes vereinnahmen und darauf abzielen, die Identität unseres Volkes zu zerstören: Camp David, der Reagan-Plan (vom September 1982; d. Red.), der Selbstverwaltungsplan, der Plan der zionistischen Arbeiterpartei u.a.
5. Die Vereinbarung enthält die Bekräftigung der Resolutionen des Palästinensischen Nationalrats, sei es zum Besuch in Kairo oder den verschiedenen Beziehungen zu arabischen Staaten. Die Vereinbarung besagt auch, daß die diesbezüglichen Handlungen und Beurteilungen im Rahmen der legitimen Institutionen der PLO vorgenommen werden.
6. Die Vereinbarung legt größte Aufmerksamkeit auf die Lage unseres Volkes in der besetzten Heimat und die Notwendigkeit, seine Einheit im Rahmen einer nationalen Front zu stärken, um dadurch seinen Kampf in Konfrontation mit den feindlichen zionistischen Plänen, deren Ziel die Judaisierung, der Raub unseres Landes und die Auslöschung der nationalen Identität unseres Volkes ist, voranzubringen.
7. Die Vereinbarung unterstreicht die Notwendigkeit für die PLO, ihre Rolle bei der Bewahrung der Rechte und lebenswichtigen Interessen unseres Volkes, wo immer es lebt, wahrzunehmen. Die Vereinbarung betrachtet die nationale Einheit überall da, wo eine palästinensische Ge-

Wir sagen und wiederholen, daß der einzige Weg zu einer Lösung der palästinensischen Frage über die Verwirklichung aller — ich sage bewußt aller — UNO-Beschlüsse und die Einberufung einer internationalen Konferenz unter Schirmherrschaft der Weltorganisation führt, an der alle betroffenen Parteien und die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats beteiligt sind.

In diesem Zusammenhang hebe ich hervor, daß sich die chinesischen Führer, die in der palästinensischen Sache immer besonders gut beraten waren, für diese Konferenz ausgesprochen haben. Ebenso König Hussein, in einer Erklärung, die er in London abgegeben hat. Der syrische Präsident Hafez el-Assad hat dem rumänischen Staatschef Ceauşescu ebenfalls gesagt, daß er für diese Lösung sei, ein Standpunkt, den er im übrigen über eine amerikanische Fernsehkette wiederholte.

Was den Libanon angeht, sind sich seine Führer einig in der Unterstützung dieses

Plans. Das heißt, daß sich zum ersten Mal in der Geschichte die direkt beteiligten arabischen Parteien in der Region einig sind über die Einberufung dieser Konferenz, nicht zu reden von der UdSSR, China und einer großen Zahl europäischer Länder.

Ich schätze, daß das eine sehr positive Entwicklung der Lage ist, und daß wir auf politischem Feld einen wichtigen Schritt auf dem richtigen Weg zur Regelung dieses Dramas hinter uns gebracht haben. (...)

FRAGE: Denken Sie im Ernst, daß Ägypten bald auf die arabische Bühne wiederkehren wird? Und wenn ja, wann? Was sind Ihre Ansichten in dieser Sache?

Y. ARAFAT: Zunächst ist Mubarak (Ägyptens Präsident seit der Ermordung Sadats 1981; d. Red.) nicht Sadat, und auch wenn er gegenwärtig durch einen internationalen Vertrag (Camp David, von 1978; d. Red.) verpflichtet ist, hat er wichtige Maßnahmen ergriffen, um sich

davon frei zu machen.

Aber damit er dabei Erfolg hat, ist es nötig, gemeinsam zu handeln. Es geht nicht um eine palästinensische, ägyptische oder arabische Anstrengung, sondern um eine Anstrengung, die gemeinsam unternommen werden muß. Seien wir ein wenig realistisch. Man darf nicht denken, daß der jetzige Präsident die Verträge von Camp David ganz einfach zerreißen kann, oder daß er das auslösen kann, was ich die Politik von Camp David nenne.

Hat er nicht dennoch eine gewisse Anzahl von Maßnahmen in diesem gewünschten Sinn ergriffen? Hat er uns nicht geholfen, aus Tripoli herauszukommen? Hat er nicht die diplomatischen Beziehungen zu Kostarika und El Salvador abgebrochen? Hat er nicht das ägyptische Konsulat in Elat geschlossen? Hat er nicht gedroht, die Beziehungen zu jedem Land abzubrechen, das seine Botschaft nach Jerusalem verlegen sollte, einschließlich der Vereinigten Staaten?

Hat er sich nicht vom gleichen Ort aus, wo die Verträge von Camp David unterzeichnet worden waren, an Präsident Reagan gewandt, um vom palästinensischen Volk, seinem Recht auf Selbstbestimmung, von der PLO und ihrer Führung zu sprechen?

Im übrigen — und das ist ein Element, das nicht stillschweigend übergangen werden sollte — ist Camp David ein entscheidender Punkt im ägyptischen Parlamentswahlkampf gewesen. Zahlreich waren die Kandidaten, die seine Annullierung verlangten.

Einen arabischen Aktionsplan ansteuern

Ich sage und wiederhole, daß die Änderungen, die wir wünschen, nicht allein von den Ägyptern kommen können. Es käme darauf an, daß es einen ägyptisch-palästinensisch-arabischen Aktionsplan gibt, um die Ereignisse voranzutreiben.

FRAGE: Gewisse arabische Regimes klagen Sie an, daß Sie direkte oder indirekte Kontakte mit Ägypten unterhalten, während wir alle wissen, daß diese Regierungen ebenfalls mit den Ägyptern Gespräche geführt haben, in der Schweiz, in Italien, in Kenia, in Frankreich...

Y. ARAFAT: Aber auch, das kann ich Ihnen versichern, in Kairo und Damaskus. Der Unterschied zwischen ihnen und uns ist der, daß sie die Heimlichkeit vorziehen, während wir bei offenem Tageslicht arbeiten.

Meine Meinung hat sich seit langem nicht geändert: Wenn sich Ägypten einen Zentimeter von Camp David entfernt, sollten wir uns ihm einen Meter nähern. Wie kann man aus dem Blick verlieren, was

meinde existiert, als die wahre Garantie zur Verteidigung dieser Rechte und Interessen.

8. Die Vereinbarung enthält auf organisatorischer Ebene eine Anzahl von Grundsätzen und organisatorischen Regelungen, die die kollektive Führung unterstreichen. Sie garantiert die Entwicklung der Statuten der PLO, ihre legalen Institutionen und Körperschaften. Sie betrachtet die PLO als eine vereinte nationale Front aller Kräfte und aller Söhne unseres kämpferischen Volkes zur Wiedererlangung seiner unveräußerlichen nationalen Rechte.

Die Vereinbarung unterstreicht auch die Bedeutung der Konsolidierung der Einheit der Organisation und der Volksorganisation auf der Grundlage ihres internen Status.

Die Vereinbarung enthält die Ausweitung der Befugnisse der legislativen Körperschaften, einschließlich des Zentralrats, um die Bewahrung und Einhaltung der Resolutionen des Nationalrats sowie die uneingeschränkte Verpflichtung auf diese Resolutionen zu gewährleisten.

9. Die Vereinbarung bekräftigt die Sorge um die Notwendigkeit, das größtmögliche arabische Potential und die Einheit des arabischen Kampfes an der Seite unseres Volkes und seiner gerechten Sache gegen die zionistischen Pläne und amerikanischen Initiativen, die den Rechten unseres Volkes und seinen nationalen Bestrebungen feindlich gegenüberstehen, zusammenzuziehen.

In diesem Zusammenhang betont die Vereinbarung die Bedeutung der syrisch-palästinensischen Beziehungen bei der Konfrontation mit den Gefahren, die sich gegen die arabische Nation richten.

Die Vereinbarung fordert und drängt die Palästinensische Revolution, den vereinten palästinensisch-nationallibanesischen Kampf um die Stärkung der Einheit der bedeutendsten Konfrontationskräfte in Betracht zu ziehen, die die größte Last bei der Verteidigung unserer nationalen und regionalen Rechte gegen die zionistisch-imperialistische Aggression tragen.

10. Die Vereinbarung ruft alle Fraktionen, Persönlichkeiten und nationalen palästinensischen Kräfte auf, einen umfassenden nationalen Dialog im Rahmen der PLO und ihrer legalen Institutionen zu etablieren, um die Charakteristika der kommenden Phase zu definieren.

Die Parteien des palästinensischen Dialogs von Algier und Aden werden diese Vereinbarung der Institution des umfassenden palästinensischen Dialogs vorlegen. Sie begrüßen alle Ideen und Vorschläge, die die Beteiligten mit dem Ziel einer endgültigen Übereinkunft einbringen. Die Vereinbarung ruft die Institution des umfassenden palästinensischen Dialogs auf, sofort die Arbeit aufzunehmen, die entsprechend den Vorschlägen Mitte Juli beginnen sollte.

11. Die am palästinensischen Dialog beteiligten Parteien sehen die Notwendigkeit, den Palästinensischen Nationalrat innerhalb eines Zeitraumes einzuberufen, der den 15. September nicht überschreitet. Sie sehen ebenso die Notwendigkeit, die Beratungen fortzuführen, um das endgültige Datum für die Einberufung des Nationalrats festzulegen und es der Institution des umfassenden palästinensischen Dialogs, dem das Exekutivkomitee, das Präsidium des Nationalrats und der Generalsekretäre der Organisationen angehören, zu ermöglichen, das endgültige Datum auf der nächsten planmäßigen Sitzung festzulegen und bekanntzugeben. (...)

Diese Vereinbarung, die Vereinbarung der nationalen Einheit und des Festhaltens unseres Volkes in seiner Gesamtheit an seinen Zielen und Vorstellungen, die Vereinbarung der Solidarität unserer Brüder und Freunde auf der arabischen und internationalen Ebene, stellt einen bedeutenden Schritt vorwärts dar auf dem Weg zur Bewahrung und Festigung der Errungenschaften der PLO, die verwirklicht wurden dank der Opfer von Zehntausenden von Gefallenen und Gefangenen, von verwundeten und vertriebenen Personen.

Wir geloben unserem Volk, unserer Nation und unseren Freunden überall auf der Welt, daß wir die nationale palästinensische Einheit im Rahmen der PLO mit all unserer Kraft schützen und den Weg verfolgen werden, in dessen Richtung unser palästinensisches Gewehr zeigt: die Konfrontation mit dem israelischen Feind, dem Hauptfeind unseres Volkes und unserer Nation. (Quelle: Palästina Bulletin, Bonn, Nr. 29/20.7. 1984, S. 1-4)



ist die Zeitung der Demokratischen Sozialisten ★ bringt zweimal im Monat Nachrichten, Hintergrundberichte, Diskussionsbeiträge zu aktuellen Themen ★ Engagiert sich, für Frieden und Abrüstung, für Arbeitszeitverkürzung, für mehr soziale Dienstleistungen und demokratische Rechte, für Gleichstellung der Frauen ★ unterstützt den Aufbau einer breiten linken Alternative ★ hilft aktiv bei der Schaffung einer neuen Partei: links, wo das Herz schlägt ... und kluge Köpfe nicht fehlen

linke zeitung

Deine Zeitung: Jetzt abonnieren!

- Ich bitte um Zustellung eines Probe-exemplars der lz.
- Ich abonniere die lz, die Zeitung der Demokratischen Sozialisten. Das Abonnement gilt für mindestens drei Monate und verlängert sich um den gleichen Zeitraum, falls es nicht 4 Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.
- 3 Monate (6 Ausgaben) DM 25,50
- 6 Monate (12 Ausgaben) DM 51,00
- 12 Monate (24 Ausgaben) DM 102,00

.....
Vorname/Zuname

.....
Straße/Hausnummer

.....
Postleitzahl/Wohnort/Zustellpostamt

.....
Lieferung ab

.....
Datum/Unterschrift

Bitte ausschneiden und einsenden an:
Demokratische Sozialisten
Hohe Straße 28
6050 Offenbach

linke zeitung

Ägypten in der Sache darstellt, die wir verteidigen? Die Zivilisation, die Geschichte, die Geographie, die Militärmacht, die politische Macht, die kulturelle Macht...

FRAGE: Wie steht es mit den palästinensisch-syrischen Beziehungen? Sind Sie nicht beunruhigt, daß Damaskus das Memorandum abgelehnt hat, daß Sie über die Bedingungen einer Normalisierung unterbreitet hatten?

Y. ARAFAT: Zunächst handelt es sich keineswegs um eine palästinensische Note, sondern um einen Plan, der von den Sowjets auf der Basis von Gesprächen zwischen den Syrern und uns ausgearbeitet worden ist.

Den algerischen, südjemenitischen und sowjetischen Anstrengungen war es zu danken, daß wir uns haben einigen können auf ein Abkommen, gegründet auf Nichteinmischung in unsere inneren Angelegenheiten und unsere Entscheidungsfreiheit. Ein Mitglied des sowjetischen Politbüros, Aljiew, hat uns deswegen besucht.

Mit den Syrern klarkommen

Wir haben uns auf eine Anzahl von Punkten geeinigt, die der algerische Präsident Chadli Bendjedid in ihrer endgültigen Form in Damaskus zu unterbreiten die Güte hatte. Aber der Umstand, daß sie von Syrien abgelehnt worden sind, bedeutet nicht, daß die unternommenen Anstrengungen keine positiven Wirkungen haben werden. Im übrigen zeigen die unterschiedlichen Reaktionen, die im Augenblick in diesem Land stattfinden, daß wir uns auf dem richtigen Weg befinden. (...)

Mit anderen Worten, welche Leiden uns auch von unseren Brüdern (den Syrern) zugefügt worden sind, unser Hauptinteresse bleibt dasselbe. Wir sind dazu verurteilt, zusammenzuleben und zusammenzuarbeiten...

FRAGE: Eine grundsätzliche Frage ist von manchen arabischen und ausländischen Kommentatoren gestellt worden: Werden Sie den Fraktionisten und den Rebellen erlauben, an der nächsten Sitzung des Palästinensischen Nationalrats (PNC) in Algier teilzunehmen?

Y. ARAFAT: Diese Leute sind Jagdhunde. Also gibt es keinen Platz für die Jagdhunde auf der palästinensischen Bühne. Aber das ist meine persönliche Meinung, und es ist Sache des PNC, zu entscheiden, ob er ihre Teilnahme zulassen oder ablehnen will. Ich werde ihn auffordern, seine eigenen Beschlüsse in dieser Materie anzuwenden, denn wir wollen, daß zwischen uns weiter demokratische Spielregeln herrschen.

FRAGE: Wie steht es um den innerpalä-

stinensischen Dialog, speziell zwischen der Fatah, der PFLP, der DFLP und der PCP?

Y. ARAFAT: Vergessen Sie nicht die Arabische Befreiungsfront (ALF, proirakisch; d. Red.) und die Befreiungsfront von Palästina (PLF), die nicht die Waffen gegen uns ergriffen haben. Mehr noch: Manche ihrer Kämpfer haben auf unserer Seite gekämpft.

Was die DFLP und die PFLP angeht, so wissen Sie, daß sie die Beschlüsse über die Unabhängigkeit der palästinensischen Entscheidungen unterstützt haben. Ich möchte hinzufügen, daß die letzten Treffen in Algier positiv und sehr ermutigend waren, und ich bin optimistisch in bezug auf die künftigen — das in Aden, das das letzte in Algier vorbereiten soll. (...)

FRAGE: Glauben Sie, daß es eine Änderung der amerikanischen Politik geben wird, falls die demokratische Partei im November die Präsidentenwahl gewinnt?

Y. ARAFAT: Ob die Demokraten oder die Republikaner gewinnen, ich mache mir keinerlei Hoffnungen über die amerikanische Haltung.

FRAGE: Und die israelischen Parlamentswahlen?

Y. ARAFAT: Auch nicht. Ich sehe keinen grundsätzlichen Unterschied zwischen der Arbeiterpartei und dem Likud. (...)

Mit Jordanien weiterreden

FRAGE: Hie und da sind Stimmen laut geworden, die Besorgnis ausdrücken über ihre Gespräche mit König Hussein von Jordanien...

Y. ARAFAT: Beunruhigung? Warum?

FRAGE: Ihre Gegner fürchten, daß es sich um eine Wende hin zu einer prowestlichen Politik handeln könnte...

Y. ARAFAT: Aber wie kann man sich über meine Gespräche mit König Hussein beunruhigen? Ich bin der Vorsitzende der PLO und handle in Einklang mit den Beschlüssen der letzten PNC-Sitzung in Algier. Nicht mehr und nicht weniger.

Wir haben ein politisches Programm, das sich auf die Notwendigkeit gründet, unsere künftigen Beziehungen mit Jordanien auf Konföderationsbasis einzurichten.

FRAGE: Mit anderen Worten, nach der Unabhängigkeit Palästinas?

Y. ARAFAT: Ich habe bewußt gesagt, auf Konföderationsbasis, nicht auf der Basis eines Bundesstaates oder einer Union.

Der Begriff „konföderativ“ hat im internationalen Recht einen präzisen juristischen Sinn, der nichts im Ungewissen lassen kann. (...)

(Quelle: Afrique Asie, Paris, Nr. 324/18.6. 1984 und Nr. 325/2.7. 1984)



Irakische Truppen auf dem Weg zur Front

Nima Mina **Wende im Golfkrieg?**

„Diejenigen, die bis zum Tigris vorstießen, mußten in ihrem eigenen Blut baden. Tag und Nacht regnete es Feuer über die vereinzelt iranischen Kampfgruppen. Die Bassidj-Milizen, unter ihnen zehnjährige Jungen, wurden aus der Luft und in Landgefechten regelrecht massakriert. Nur wenige von ihnen wurden gefangengenommen. Auf den Madjnun-Inseln konnten viele nicht schwimmen und ertranken reihenweise in den Wasserwegen und Sümpfen. Die Überlebenden hatten den Kontakt mit anderen Truppenverbänden verloren und mußten z.B. ohne einen ordentlichen Feldkompaß ihre Orientierung finden. Die meisten verirrt sich in der Wüstenlandschaft, verdursteten oder wurden von „Skorpionen zu Tode gestochen.“

Mit diesen Worten beschrieb ein iranischer Armeeeingehöriger manche Szenen, die sich während der im Februar d.J. gestarteten und gescheiterten Operation der iranischen Streitkräfte in den Sümpfen von Hour-ol-Howeise abspielten (siehe AIB 4/1984, S. 4ff.). Die Niederlage der vorausgegangenen Operationen „Ramadan“ und „Wal Fadjr 4“ (Morgendämmerung) hatte die iranische Militärführung zur Revision ihrer bisherigen Taktik der konzentrierten Konfrontation mit den irakischen Streitkräften gezwungen.

Die Operation „Wal Fadjr 5“ wurde am 15. Februar d.J. etwa zwischen Dehloran und Mehran und der irakischen Grenzstadt Ali Gharbi eröffnet. Kurz darauf wurde etwas südlicher im Gebiet von Tschazabeh, nahe der irakischen Grenzstadt Halafieh die Operation „Wal Fadjr 6“ angefangen.

Beide Operationen waren Ablenkungsmanöver. Dadurch sollten die irakischen Verteidigungskräfte entlang der Frontlinie auseinandergezerrt und insbeson-

dere im Mittelabschnitt der Front (also etwas südlicher) eine Lücke geschaffen werden. Dort wurde Ende Februar/Anfang März d.J. die Operation „Kheibar“ eingeleitet.

Die ursprüngliche Absicht der Iraner war es, auf einer nördlichen Achse auf das Sumpfgelände von Hour-ol-Howeise vorzustoßen, die irakischen Madjnun-Inseln zu besetzen, dann auf das Festland überzusetzen und eine Kurve nach Süden zu machen.

Auf der südlichen Achse sollte bei der Grenzstation Zeyd-Hosseinie ein zweiter Strang der Operation auf dem Festland gezogen werden. Diese südliche Achse war für schnelle logistische Transporte vorgesehen. Die Truppeneinheiten sollten von Zeyd-Hosseinie nach einem Blitzangriff eine Kurve nach Norden machen und mit den Einheiten von der nördlichen Achse zusammentreffen.

Danach sollte alle Kraft für die Besetzung von Al-Amara, Al Gharane, der strategischen Verbindungsstraße Al Amara-Basra-Bagdad und schließlich für die Blockade von Basra von Norden her eingesetzt werden.

Scheitern der iranischen Offensiven

Die iranische Militärführung, vor allem die Kommandatur der Pasdaran und der aus Freiwilligen bestehenden Bassidj-Milizen, hatte sich jedoch bei der Einschätzung der irakischen Verteidigungslinien getäuscht. Die Ablenkungsoperationen „Wal Fadjr 5 und 6“ endeten mit einem Fiasko der Iraner.

In Hour-ol-Howeise mußte die iranische Infanterie zusammen mit der Marine, den Pasdaran und den Freiwilligenverbänden tausende Opfer hinnehmen. Sie konnten nur die Madjnun-Inseln besetzen. Die Wasserwege und Sümpfe von Hour-ol-

Howeise waren mit tausenden Leichen der Iraner bedeckt.

Der Angriff wurde ebenfalls zurückgeschlagen. Allein zwei Divisionen der Pasdaran wurden vernichtet. Über 30 militärische Befehlshaber der Pasdaran, die sich in der Regel nicht an der vordersten Frontlinie aufhalten, verschwanden oder fielen.¹ Alles in allem waren die Operationen „Wal Fadjr 5 und 6“ und „Kheibar“ große Niederlagen für die Iraner.

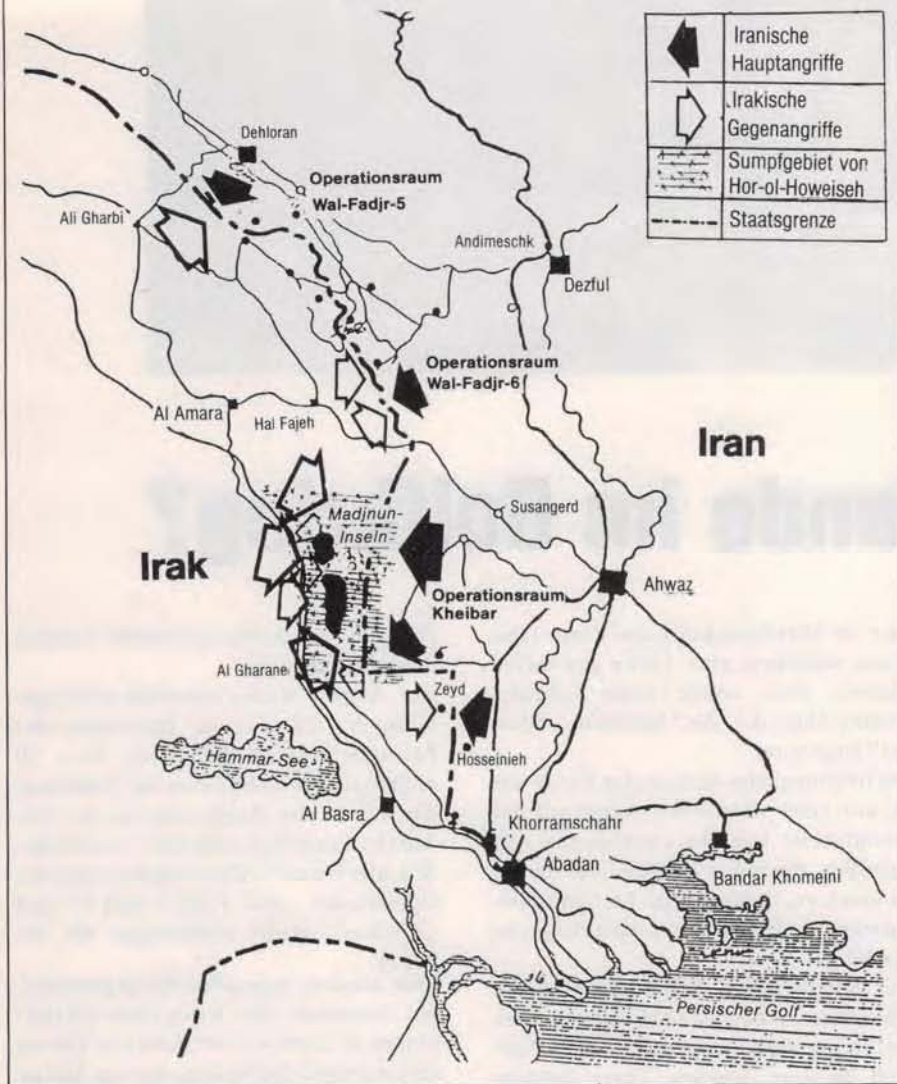
„Wir können angesichts des gegenwärtigen Zustandes den Krieg nicht fortsetzen, es sei denn wir lancieren von Zeit zu Zeit menschliche Wellen, die von Mal zu Mal mehr Opfer fordern und Offensiven sind, die uns unterm Strich gesehen nicht sehr viel bringen.“²

Mit dieser Aussage richtete sich eine Anzahl von Offizieren der regulären iranischen Armee an die Führung des Landes. Diese befürwortete von Anfang an die Taktik der „menschlichen Wellen“ und bestand ungeachtet der objektiven Schwächeposition Irans hartnäckig auf einem Sturm auf die irakische Hauptstadt und dem Sturz des irakischen Präsidenten Saddam Hussein.

Die Iraker waren in jeder Hinsicht auf die drei erwähnten Operationen vorbereitet. „Um den menschlichen Wellen entgegenzutreten soll jeder irakische Soldat ab jetzt statt einer Kugel zehn Kugeln abschießen. Munition und Waffen sind genug da.“³ Mit diesen Worten hatte sich der irakische Staatschef Saddam Hussein an die irakischen Soldaten in den Verteidigungslinien um Basra gewandt.

Vom 26.2. bis zum 14.3.1984 setzte die irakische Armee in Basra, Al Amara, Talaya und auf den Madjnun-Inseln wiederholt chemische Kampfstoffe gegen die iranischen Streitkräfte ein, was insgesamt über 2.000 Todesopfer forderte. Trotz der offiziellen Dementis aus politisch-diplomatischen Kreisen Iraks, vor

Iranische Offensiven 1984



größere Bewegungsmöglichkeiten gegeben. Die PUK hat sich verpflichtet, mit schweren Waffen ausgerüstet die Rolle einer regionalen Streitkraft der Zentralregierung zu übernehmen. Diese Wende um 180 Grad in der politisch-militärischen Orientierung der PUK, die noch vor kurzem gegen die irakische Regierung bewaffnet kämpfte, kostete sie etwa die Hälfte ihrer knapp 2.000 Peschmargas (kurdische Guerilleros). Sie wandten sich gegen diese „Kollaboration“ ihrer Führung mit dem Regime und traten aus der PUK aus. Die meisten von ihnen sind heute unorganisiert und stellen daher eine wesentlich geringere Gefahr für die irakische Regierung dar als früher. Die irakischen Truppen brauchen für den Transport auf einer Strecke in Nordirak, die sie früher in 2 Wochen bewältigten, heute nur noch 2 Tage.⁷

Erfolgreicher Tankerkrieg

Die noch Anfang d.J. günstigen wirtschaftlichen Bedingungen im Iran haben sich vor allem durch die irakischen Angriffe auf Öltanker die den Iran anlaufen erheblich verschlechtert. Bisher wurden knapp hundert Tanker und Frachter von der Luftwaffe und der regulären Marine des Irak – einige auch durch den Iran – im Persischen Golf angegriffen und beschädigt bzw. zerstört.

Das erklärte Ziel der Iraker war es schon immer, durch Angriffe gegen Schiffe, die die iranische Ölverladeinsel Kharq und den iranischen Exporthafen Bandar Khomeini anlaufen, der iranischen Ölwirtschaft das Rückgrat zu brechen. Außerdem beabsichtigten sie den Golfkonflikt auszuweiten, um möglichst alle Golfstaaten zum parteiischen Eingreifen zugunsten des Irak zu veranlassen.

Die Golfstaaten, vor allem Kuwait und Saudi Arabien, die aufgrund ihrer innenpolitischen Situation Unruhen von seiten ihrer schiitischen Minderheit, die der Islamischen Republik mit Sympathie gegenüber steht, befürchten, stehen mit zeitweise unterschiedlichem Nachdruck hinter dem Irak. Sie alle kennen die regional-chauvinistischen Pläne der Machthaber des Iran, die das Regime Saddam Husseins stürzen, im Irak ihrem Wunsch-Regime zur Macht verhelfen und danach ihre Hegemonie über den gesamten Persischen Golf ausweiten wollen. Die arabischen Golfstaaten haben bisher u.a. mit 35 Mrd Dollar dem Irak kräftig unter die Arme gegriffen. Nach der neuerlichen Eskalation im Golfkonflikt und dem Ausbruch des „Tankerkrieges“ ist der Beistand Saudi Arabiens für den Irak wieder stärker geworden.⁸

der UNO und vor dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes gaben irakische Offiziere mehrmals die Anwendung von international geächteten Kampfstoffen direkt oder indirekt zu: „Glauben Sie, daß wir die Eindringlinge mit Parfüm empfangen? !“⁴

Die Anwendung bestimmter Arten von Nervengas und Senfgas wurde ebenfalls durch die Beobachterkommission der UNO, von schwedischen, schweizerischen u.a. Ärzten, die iranische Verwundete behandelten, bestätigt.

Seit dem Scheitern der Operationen „Wal Fadjr 5, 6“ und „Kheibar“ wurde oft über einen bevorstehenden neuen Angriff des Iran spekuliert. Zuverlässige Quellen aus dem Staatsapparat der Islamischen Republik berichten über Meinungsunterschiede innerhalb der iranischen Militärführung über die weitere Strategie und Taktik gegen den Irak.

Zum ändern – und das ist ein wichtiger Faktor – konnte das iranische Regime bisher nicht einmal die Hälfte der von ihm behaupteten 500.000 Kämpfer an die Front bringen. Vom äußersten nördlichen Frontabschnitt in West-Aserbaidschan (einschließlich Kurdistan) bis zum südlichen Frontabschnitt konnte

das Regime insgesamt 196.000 bewaffnete Kräfte mobilisieren, was keineswegs für eine neue Operation ausreicht.⁵

Mehrere Faktoren haben seit Jahresbeginn zu einer Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Irak geführt. In Bagdad haben kürzlich wieder tausende Schüler, Studenten und andere Jugendliche mit einem Training in Ausbildungslagern der paramilitärischen Volksarmee zur Vorbereitung auf den Fronteinsatz begonnen. Die Stärke dieser Volksmilizen unter Oberbefehl des stellvertretenden Regierungschefs Ramadan, wird mit 0,5 Mio angegeben. Darüber hinaus konnte der Irak seine Überlegenheit auf dem Gebiet schwerer Waffen weiter ausbauen. Dies ist vor allem durch massive Waffenlieferungen aus Frankreich und neuerdings auch wieder aus der Sowjetunion erreicht worden. Beispielsweise besitzt der Irak insgesamt 330 Kampfflugzeuge, während die iranische Luftwaffe lediglich über 70 Maschinen verfügt.⁶

Die Vereinbarungen der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) mit dem Baath-Regime haben den irakischen Truppen im Norden des Landes, wo eventuell eine iranische Invasion stattfinden kann,

Im Falle eines direkten Vernichtungsangriffs des Irak auf die iranische Ölverladeinsel Kharq und eines Stillstandes der iranischen Ölexporte könnten die Iraner zu Luftangriffen auf irakische Pipelines, die durch das saudiarabische Territorium verlaufen, gar zum Angriff auf die saudiarabische Pipeline nach Yanbu am Roten Meer provoziert werden.

Durch diese Pipeline fließen täglich 600.000 Barrel des westlichen Ölbedarfs.⁹ In diesem Fall dürfte auch Jordanien sich im Golfkrieg einschalten, um – so König Hussein – „die gemeinsamen Interessen mit anderen islamischen Bruderländern zu schützen“.¹⁰

Der iranische Ölfluß versiegt

Seitdem der iranische Ölexport von den Irakern systematisch gestört wird, kann die Islamische Republik statt der bisher 1,75 Mio nur noch 500.000 Barrel am Tag exportieren.¹¹

Das iranische Öl wird heute für 21 Dollar pro Barrel – also 8 Dollar unter dem OPEC-Preis – verkauft.¹² Der Iran ist deshalb gegenwärtig dabei, seine Devisenreserven, die Anfang des Jahres noch 13 Mrd Dollar betragen, sehr rasch aufzubrauchen.

Der Irak, dessen Ölexporte durch die Blockade seiner Häfen und die Schließung der syrischen Pipelines von 2,3 Mio Barrel pro Tag auf 700.000 Barrel gesun-

ken waren, konnte seine Lieferung über die Erdölleitung zum türkischen Yumurtalik auf 900.000 Barrel erhöhen. Jedoch will man durch eine im Eilverfahren über das saudiarabische Territorium gebaute neue Pipeline, die bereits im April 1985 in Betrieb genommen werden soll, die Exporte schnell ausweiten.

Der irakische Ölminister Ghassem Ahmad Taghi erklärte kürzlich, „bestimmte internationale Banken“ und eine große amerikanische Baufirma hätten die Kosten einer zweiten 1.650 km langen Pipeline, die parallel nach Akaba in Jordanien verläuft, übernommen.¹³ Israel hat sich im übrigen verpflichtet, diese Pipeline, die nahe seiner Grenzen verläuft nicht zu bombardieren.¹⁴

Die Hauptleidtragenden dieses Krieges sind die Völker beider Länder. In der ersten Juni-Woche fielen in den irakischen Städten Basra, Mandali, Khanehghain, Zorbatieh und in den iranischen Städten Baneh und Nahawand etwa 2.000 Menschen den Raketenangriffen beider Regimes zum Opfer.

Auf Initiative des UNO-Generalsekretärs Perez de Cuellar schlossen der Iran und der Irak ab dem 12.6.1984 eine Vereinbarung über die Verschonung ziviler Objekte in beiden Ländern ab. Diese Vereinbarung ist bis heute, abgesehen von kleinen Zwischenfällen, von beiden Seiten eingehalten worden.

Die demokratischen Kräfte beider Länder forderten die Erweiterung dieser

Vereinbarung zu einem Nichtangriffspakt auf Schiffe im Persischen Golf und schließlich zu einem Waffenstillstand an der gesamten Frontlinie. Es gilt heute nach wie vor insbesondere auf die Machthaber der Islamischen Republik, die sich sämtlichen Friedensverhandlungen widersetzen, Druck auszuüben, damit sie endlich auf der völkerrechtlichen Grundlage des Vertrages von Algier (1975), der die Grenzen zwischen beiden Ländern festschreibt, einen Waffenstillstand und Frieden mit dem Irak akzeptieren.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Modjahed, Zeitschrift der Volksmodjahedin Irans, Paris, Nr. 212, 20.7.1984
- 2) Le Matin, Paris, zit. nach: Internationale Presseschau von Radio Israel, Jerusalem, 9.6.1984, 17.40 Uhr
- 3) Los Angeles Times, 24.6.1984
- 4) General Haschem Fakhri auf einer Bagdader Pressekonferenz, zit. nach: Le Monde, Paris, 6.3.1984
- 5) Siehe: Erklärung Mass'ud Radjawis zum dritten Jahrestag des „Blutigen Samstag“ (20.6.1981) in: Modjahed, Nr. 208, 21.6.1984
- 6) Angaben nach: Los Angeles Times, Los Angeles, 24.6.1984
- 7) Vgl. Christian Science Monitor, Washington, 15.5.1984
- 8) Vgl. International Herald Tribune, Paris/Zürich, 4.6.1984
- 9) Siehe: Stern, Hamburg, 13.6.1984
- 10) Observer, London, 17.3.1984
- 11) Angaben nach: Aksariat, o.O., Nr. 13, 29.6.1984
- 12) Financial Times, London, 3.7.1984
- 13) Angaben nach: The Middle East, London, Mai 1984
- 14) Vgl. Financial Times, London, 14.5.1984

horizont

Sozialistische Monatszeitung
der DDR für internationale
Politik und Wirtschaft

weltweit informativ konkret lebendig

Kupon

Ich möchte „horizont“ zum Jahresabonnement von 15,60 DM zzgl. Portogebühren von 2,40 DM beziehen.

Ich bitte um Zusendung eines kostenlosen Probeexemplares.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Wohnort

„horizont“ vermittelt Ihnen Interessantes und Wissenswertes aus allen Kontinenten

Journalisten aus der DDR und anderen Ländern informieren Sie in Tatsachenberichten, Reportagen und Dokumentationen zu Fragen der internationalen Politik und Weltwirtschaft.

Übersichten, Grafiken, Karten, Schaubilder und Diagramme ergänzen Ihre Nachschlagwerke.

Direktversand ab Berliner Verlag

Senden Sie den Kupon als Bestellung an Gebr. Petermann Buch + Zeitung international Kurfürstenstraße 111 1000 Berlin 30 Ein Probeexemplar kann vom Verlag direkt angefordert werden. Berliner Verlag DDR – 1026 Berlin Karl-Liebknecht-Straße 29

Paul Fauvet

Gebrochene Versprechungen

Jeder, der dachte, daß das am 16. März d.J. mit Südafrika unterzeichnete Abkommen von Nkomati über einen Nichtangriffspakt und gutnachbarliche Beziehungen (Wortlaut in AIB 5/1984; d. Red.) Moçambique sofortigen Frieden bringen würde, muß durch kürzliche Vorfälle nahe Maputo sehr enttäuscht worden sein.

Weit entfernt von einem Nachlassen des Krieges haben die letzten Wochen seit Unterzeichnung des Abkommens vermehrte Operationen der Rebellen des Nationalen Widerstands Moçambiques (RNM) vor den Toren der Hauptstadt gesehen. Es kann kaum bezweifelt werden, daß diese Taktik von den Gebietern des RNM in Pretoria sorgfältig geplant wurde.

Vorsorge für die Terroristen

Wissend, daß das Abkommen (wenn es voll erfüllt wird) jede weitere Versorgung aus der Luft für die RNM-Banden innerhalb Moçambiques verhindern würde, sorgte Pretoria dafür, daß seine Männer wohl ausgerüstet waren, bevor das Abkommen unterzeichnet wurde.

In den etwa 6 Wochen, bevor P.W. Botha und Samora Machel sich in Nkomati trafen, wurden auf dem Luft- und Seeweg neue Ausrüstungen zu den RNM-Einheiten in Zentralmoçambique gebracht, während dutzende, wenn nicht sogar hunderte von neu ausgebildeten Rebellen über die südafrikanische Grenze in die Provinz Maputo geschickt wurden.

Diese Einschleusung von frischen Kräften führte zu einer Flut von Angriffen auf Busse, Autos und Züge, beunruhigend nahe der Hauptstadt. Vorortzüge,



Nkomati-Vertragspartner Botha (l.) und Machel

die Arbeiter aus den ländlichen Distrikten von Marracuene und Manhica in die Stadt brachten, wurden unter Beschuß genommen.

Zum ersten Mal wurde Maputos Stromversorgung angegriffen. Anfang April wurden zweimal innerhalb einer Woche Hochspannungsmasten nahe der südafrikanischen Grenze zerstört. Die Stadt Maputo importiert einen Großteil ihres Stroms aus Südafrika, welches andererseits elektrische Energie, die von Moçambiques Cabora-Bassa-Staudamm produziert wird, kauft.

Die moçambikanischen Behörden betrachten diese Angriffe nicht als militärisch bedeutend. Maputo ist nicht „umzingelt“ oder „belagert“, und Behauptungen des RNM, daß sie vor einem „Schlußangriff“ auf die Hauptstadt stünden, sind reine Phantasie. Das Eindringen des RNM in die Provinz Maputo, so die Tageszeitung Noticias, zielt darauf, „eine Atmosphäre von Angst und Unsicherheit in die Hauptstadt“ zu schaffen.

Organisationen der FRELIMO-Partei in der Stadt haben zu erhöhter Wachsamkeit aufgerufen und gefangene RNM-Mitglieder wurden vor eine Reihe von Versammlungen in den Vorstädten gebracht.

Einer von ihnen, José Amose Botão, hatte sich der RNM im Herbst 1979 angeschlossen. Er war in einem Gefecht mit der moçambikanischen Armee am Arm verwundet und nach Südafrika zur Behandlung ausgeflogen worden. Dort hielt er sich 3 Jahre auf und wurde dann, Ende 1983, über die Grenze in die Maputo-Provinz zurückgeschickt. Seine Gruppe hatte die Sonderaufgabe, in die moçambikanische Hauptstadt einzusickern.

Auf den Versammlungen haben die Massen Todesurteile für die RNM-Gefangenen gefordert und versucht, sie zu steinigen. Moçambikanische Truppen schritten ein, um die Häftlinge vor der Wut der Menschen zu schützen.

FRELIMO-Erfolge gegen Söldner

Es gibt Anzeichen, daß das Einsickern von RNM-Gruppen über die Grenze fortgesetzt wurde, seit das Nkomati-Abkommen unterzeichnet wurde. Quellen in Maputo glauben, daß dies auf Differenzen und Rivalitäten innerhalb der südafrikanischen Streitkräfte zurückzuführen sei und daß einige derjenigen, (wie die „Aufklärungskommandos“), die in die Ausbildung und Versorgung des RNM einbezogen gewesen waren, den Vertrag von Nkomati nicht akzeptiert hätten.

Abgesehen von den besonderen Umstän-

Festgenommene RNM-Söldner (l.); moçambiquanische Miliz (r.) weiter auf der Hut



Oliver Tambo

Tragödie von Nkomati

den in der Gegend Maputos hat sich die allgemeine militärische Lage im Süden des Landes weiterhin verbessert. In der Provinz Inhambane startete das lokale Militärkommando direkt nach Unterzeichnung des Nkomati-Abkommens die „Operation Abkommen“.

Diese hatte ihre spektakulärsten Ergebnisse am 30. und 31. März d.J., als zwei Hauptbasen des RNM in der Nähe von Seen (die in dieser von Dürre heimgesuchten Provinz sehr wichtig sind) im Distrikt von Homoine überrannt wurden.

Die moçambikanischen Behörden behaupten, daß das Nkomati-Abkommen zu vermehrten Austritten aus dem RNM geführt habe. Aber da der RNM seine Rekrutierungen mehr auf Gewalt denn auf ideologische Überzeugung stützt, hat es in ihm immer eine hohe Fluktuation gegeben. Zahlen, die seit Nkomati bekannt wurden, deuten nicht auf eine große Veränderung in dieser Frage hin. Es gab immer RNM-Mitglieder, die ihre Gewehre versteckten und zu ihren Heimatdörfern zurückkehrten oder sich selbst den Volksbefreiungsstreitkräften Moçambiques (FPLM) stellten. Solchen Fällen wurde größere Beachtung in der Folge von Nkomati zuteil.

Gut informierte Quellen in Maputo glauben, daß der RNM genug Waffen habe, um einen wenig intensiven zweijährigen Krieg führen zu können. Es ist absolut nicht klar, ob das Nkomati-Abkommen solange halten wird.

Maputo hat mit solchen Maßnahmen wie den Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), die in Maputo leben, sehr deutlich gezeigt, daß es die Bestimmungen des Abkommens auszuführen beabsichtigt.

Die RNM-Reserve Pretorias

Von südafrikanischer Seite hat es keine solchen demonstrativen Aktionen gegeben, und der Vorhang des Schweigens über dem RNM-Lager in Ost-Transvaal muß noch gehoben werden. Von südafrikanischen Journalisten zu diesem Thema gestellten Fragen wurde mit ausweichenden Erwidern begegnet.

Es scheint, daß jede Rücknahme der Unterstützung Pretorias für den RNM rein taktischer Natur ist und daß die Organisation in Reserve gehalten wird bis zu einem Zeitpunkt (vielleicht nach den Wahlen in den Vereinigten Staaten), wenn das Apartheidregime erneut beschließt, daß es zweckmäßig ist, die der südafrikanischen Gesellschaft innewohnende Gewalt in die Nachbarstaaten zu exportieren.

(Quelle: AfricAsia, Paris, Nr. 7, Juli 1984, S.13)

Oliver Tambo, Präsident des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) Südafrikas, stellt in dem hier dokumentierten Interview eine Nachbetrachtung zu den Verträgen an, die Moçambique und Angola mit Südafrika abgeschlossen haben. Und er äußert sich zu den Konsequenzen, die sich daraus für die Region ergeben.

O. TAMBO: Es gibt einen grundlegenden Unterschied zwischen dem Nichtangriffspakt von Nkomati (Abkommen zwischen Moçambique und Südafrika vom 16.3.1984; d. Red.) und den Vereinbarungen von Lusaka (zwischen Angola und Südafrika vom Februar d.J. Siehe zu beiden Abkommen: AIB 4 und 5/1984; d. Red.)!...

Indem es den militärischen Aggressionen der Streitkräfte Pretorias widerstand, hat Angola das Rassistenregime dazu gebracht, das Abkommen von Lusaka zu unterschreiben.

Dieses Abkommen sah den Rückzug der südafrikanischen Truppen vor, die seit 1981 angolanisches Territorium besetzt hielten, und sollte darüber hinaus ermöglichen, Bedingungen für die Verwirklichung der Resolution 435 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (über die Unabhängigkeit Namibias, Wortlaut in AIB 7-8/1984; d. Red.) zu schaffen. **FRAGE:** Aber Namibia ist noch immer besetzt und die südafrikanischen Truppen haben noch keinen vollständigen Rückzug vollzogen...

O. TAMBO: In der Tat, denn weder die Unabhängigkeit Namibias noch der Truppenrückzug entsprechen den momentanen Interessen des Pretoria-Regimes.

Zwei Arten von Verträgen

Genauso wenig Interesse hat man übrigens daran, die Bestimmungen des mit Maputo abgeschlossenen Paktes einzuhalten. Südafrika wollte diesen Pakt gegen den ANC und Moçambique gegen den Nationalen Widerstand Moçambiques (RNM).

Hierin liegt die Tragödie der Vereinbarungen von Nkomati: unser Befreiungskampf wurde auf die gleiche Stufe gestellt wie die kriminellen Aktionen des RNM. Und dies ist unannehmbar, denn es gibt natürlich überhaupt keinen Ver-



gleich: die Unterstützung, die wir von Moçambique erhielten, hat nichts mit der zu tun, die der RNM von Südafrika erhält.

Der RNM ist integraler Bestandteil der Armee Pretorias, die ihn ausbildet, ausrüstet und logistisch unterstützt. Von seinen Stützpunkten in der Provinz Transvaal, wo er eine Radiostation für seine Propaganda besitzt, griff der RNM Moçambique an, indem er täglich die Grenze überschritt.

Nichts dergleichen was uns betrifft, obwohl wir die brüderliche Unterstützung der FRELIMO (regierende Befreiungsfront Moçambiques; d. Red.) und des moçambikanischen Volkes haben. Der ANC hat Südafrika niemals von moçambikanischen Territorium aus angegriffen. Und die Gegenseitigkeit der Aggression, die der Pakt von Nkomati implizit beinhaltet, ist eine skandalöse Unwahrheit. Während zudem viele Kämpfer des ANC Moçambique verlassen mußten, ist der RNM keineswegs von der südafrikanischen Regierung aufgefordert worden, das gleiche zu tun.

FRAGE: Man hat gesagt, daß Widersprüche innerhalb der südafrikanischen Führung die Nichteinhaltung der von Pretoria eingegangenen Verpflichtungen erklären würden...

O. TAMBO: Ich glaube nicht, daß Südafrika dieses Argument gebrauchen kann, um seine Unehrllichkeit zu verber-

gen. Als Botha den Pakt unterzeichnete, tat er das weder in seinem persönlichen Namen, noch im Namen einer eventuellen Lobby, sondern im Namen der gesamten Regierung.

Und es wäre nicht realistisch zu glauben, daß eine Entscheidung, die auf höchstem Niveau getroffen wurde, von Mitgliedern der Regierung oder der Armee nicht beachtet würde. Die Destabilisierung Moçambiques hängt von der Politik des Apartheidregimes in ihrer Gesamtheit ab. Wenn heute die Dinge in der gleichen Art und Weise fortgeführt werden, liegt das daran, daß derselbe Staat nicht anders entschieden hat.

Der RNM ist ein Bestandteil der südafrikanischen Armee und er könnte seine Aktivitäten ohne die Zustimmung des Generalstabs Pretorias nicht fortsetzen. **FRAGE:** Man hat ebenfalls gesagt, daß das Interesse Pretorias, den Pakt von Nkomati zu unterschreiben, sich durch die finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten erklärt, die die andauernde Destabilisierungspolitik gegen die Nachbarstaaten nachsichziehen. Wie denken Sie darüber?

O. TAMBO: Dies kann nur in dem Maße stimmen, in dem die Verträge, wie jener, den die Südafrikaner angeblich mit Swaziland abgeschlossen haben, im Geist der Führer der Apartheid nichts anderes sind als eine Verbreiterung der Sicherheitszone Pretorias.

Verbreiteter „Sicherheitsgürtel“

Südafrika versucht das Recht zu erhalten, in der gesamten Region die „Ordnung aufrechtzuerhalten“, diese afrikanischen Staaten in einen schützenden „Sicherheitsgürtel“ zu integrieren.

Deshalb hat es seit Jahren versucht, Verträge wie den von Nkomati mit den Ländern der südlichen Region abzuschließen. Aber nur von einem wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, gewinnt Südafrika nichts durch Verträge mit Botswana oder Lesotho, die bereits sehr stark von der südafrikanischen Wirtschaft abhängig sind, zumal sie gegen ihren Willen unterschreiben würden.

FRAGE: Es ist eine Tatsache, daß die Südafrikaner ihre Absicht nicht verbergen, neue Nichtangriffspakte mit den Ländern des Südlichen Afrika abzuschließen...

O. TAMBO: Ich glaube nicht, daß ihnen das gelingen wird.

Die Regierung Lesothos hat erneut erklärt, daß sie es in der Tat ablehnt, einen solchen Vertrag abzuschließen. Kann man es sich überhaupt nur einen Augenblick vorstellen, daß dieses Land seinen riesigen Nachbarn angreift?

Das Apartheidregime hat nicht mit Druck auf Maseru gespart. Dies ging von



Mohammed Vali Was will die UDF?

Die Vereinigte Demokratische Front (UDF) entstand im August 1983 (Gründungsplattform siehe in: AIB 10/1983, S.23) und besteht heute aus 590 Mitgliedsorganisationen mit ca. 2 Mio Mitgliedern. Ihr gehören Gewerkschaften, religiöse und studentische Gruppen, Bürger- und Frauenvereinigungen sowie politische Organisationen an. Ihre Hauptaktivitäten bestanden in den letzten Monaten in einer Boykottkampagne gegen die Wahlen zu den neugegründeten „Parlamenten“ für Inder und Mischlinge. Dieses Interview wurde mit Mohammed Vali, einem Mitglied des Nationalen Sekretariats der UDF, geführt.

FRAGE: Haben Sie irgendwelche Kontakte mit dem Nationalen Forum (im Juni 1983 gegründete Organisation des „Schwarzen Selbstbewußtsein“, siehe dazu: AIB 10/1983, S.24; d. Red.), das des öfteren als Ihr Rivale vorgestellt wird?

M. VALI: Wir sehen das Nationale Forum nicht als Rivalen der UDF, wir denken, daß diese beiden Gruppierungen nicht verglichen werden können. Einerseits ist das Nationale Forum ein Komitee von ungefähr 20 Einzelpersonen, die verschiedenen Organisationen angehören. Die UDF ist hingegen eine Front einer sehr großen Anzahl von Organisationen, es ist ein Bündnis. Zweitens hat das Nationale Forum Komitee kein Aktionsprogramm. Was dagegen für die UDF im Mittelpunkt stand, war ihr Aktionsprogramm.

FRAGE: Ein Programm, das auf der Freiheitscharta (Grundsatzprogramm des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), das 1955 von einem Volkskongreß verabschiedet wurde; d. Red.) gründet?

M. VALI: Wir sind keine Organisation der Freiheitscharta, jedoch gibt es viele Angehörige der UDF, die die Freiheitscharta unterstützen und befolgen würden – aber es gibt gleichzeitig andere, die dies nicht tun würden.

FRAGE: Und der organisatorische Rahmen der UDF ist so, daß er beide Positionen vereinigen kann?

M. VALI: Ja, denn die UDF hatte das Ziel, Leute auf einem Minimalkonsens zusammenzubringen, sie eher auf jenen Positionen zu vereinen, die den Organisationen gemeinsam sind, als solche Positionen zu beachten, die die Organisationen unterscheiden. Das war die Stärke der UDF und das hat uns erlaubt, eine so große Zahl von Organisationen und Einzelpersonlichkeiten mit unterschiedlicher Ansicht und Herkunft zu vereinigen. (...)

FRAGE: Aber gleichzeitig gibt es offensichtlich keinen Widerspruch zwischen, sagen wir,

dem ANC als Befreiungsorganisation und der UDF als legaler Organisation?

M. VALI: Es gibt keine Anzeichen, daß es Widersprüche gegeben hat; wir haben weder Verbindung mit dem ANC noch irgendwelche Beziehungen zum ANC, aber es hat gleichzeitig auch keine Anzeichen für Widersprüche zwischen der UDF und dem ANC gegeben.

FRAGE: Was ist Ihre Haltung zur Schwarzen Ausschließlichkeit, wie sie in Organisationen wie z.B. der Azanische Volksorganisation (AZAPO) ausgedrückt werden?

M. VALI: Für uns ist Nichttrassismus ein Prinzip, das wir nicht verwerfen werden, ebensowenig wie die Teilnahme jener demokratischen Weißen, die ihr Leben für den Freiheitskampf einsetzen.

Wir würden ihre Beteiligung begrüßen, während die Bewegung des Schwarzen Selbstbewußtseins ihre Teilnahme zurückweist. Sie haben ebenfalls die UDF kritisiert weil sie zu breit sei, weil sie alle Arten von Organisationen umfasse.

FRAGE: Hat die UDF irgendwelche Beziehungen zur Zulu-Organisation Inkatha?

M. VALI: Nein, wir haben keine Verbindungen zu Inkatha. Der grundsätzliche Unterschied zwischen uns und Inkatha ist, daß Inkatha innerhalb des Bantustansystems arbeitet.

Sie verwalten KwaZulu als Bantustan – wenn es auch kein unabhängiges Bantustan ist, so bleibt es doch ein Bantustan. Sie arbeiten innerhalb der Bantustanstruktur. Gatscha Buthelezi ist Premierminister in der Gesetzgebenden Versammlung von KwaZulu.

Unser ist eine Politik der Verweigerung, wir werden nicht in den Strukturen der Apartheid arbeiten. Das war der wichtigste Unterschied zwischen uns und Inkatha.

Mitglieder des Inkatha haben zudem die Arbeit von UDF-Mitgliedern in KwaZulu erschwert. Die Unterstützung für uns ist in allen Homelands gewachsen, einschließlich KwaZulu, aber es gab eine Reihe von Situationen, in denen Gewalt gegen Unterstützer der UDF angewandt wurde.

FRAGE: Wie sehen Sie den weiteren Weg nach den Wahlen für die Parlamente der Farbigen und Inder im August?

M. VALI: Wir werden das Bestehen dieser Parlamente und ihre aktuelle Konstituierung weiterhin ablehnen. Unsere Arbeit geht weiter, sie endet nicht mit den Wahlen. Zweitens wird die Kampagne gegen die Zwangsumsiedlungen fortgesetzt werden, und unsere Kampagne gegen die Bantustans wird weitergehen. Solange diese Strukturen bestehen, werden wir Widerstand entwickeln. (...)

(Quelle: Africa Now, London, Juli 1984)

der Schließung der Grenzen bis zum Wirtschaftsboykott und Drohungen militärisch zu intervenieren. Es hat alles gegen dieses Land, das vom südafrikanischen Territorium umschlossen ist, versucht.

Trotzdem weigert sich Lesotho weiterhin, sich dem Diktat von Pretoria zu unterwerfen und beabsichtigt seine Unabhängigkeit und Souveränität zu verteidigen.

Andere Länder, wie z.B. Zimbabwe und Botswana, haben ähnlich deutliche Positionen bezogen. Letzterem hat Südafrika angedroht, Banditen wie die des RNM zu schicken. Sollte Botswana jetzt einen Nichtangriffspakt abschließen, um sich gegen diese Möglichkeit zu schützen? Das ist absurd!

Noch mehr Knebelverträge?

Dramatisch ist, daß Südafrika über die Mittel verfügt, die es ihm erlauben, die gegen Moçambique angewandte Destabilisierungspolitik gegen alle Länder der Region zu praktizieren. Man muß also die Möglichkeit sehen, daß das Pretoria-Regime seinen Nachbarn Knebelverträge aufzwingt.

Und in dieser Hinsicht ist es unabdingbar, daß die internationale Gemeinschaft die Maßnahmen ergreift, die notwendig sind, um diesen Ländern zu helfen, damit sie dem diplomatischen und wirtschaftlichen Druck Pretorias widerstehen können.

FRAGE: Welche Folgen hat diese südafrikanische Offensive im Südlichen Afrika für den Kampf des ANC?

O. TAMBO: Wir haben immer den Willen der afrikanischen Nationen, die an Südafrika grenzen, respektiert. Wir haben immer verstanden, daß ihre Solidarität aufgrund der andauernden und unhaltbaren Bedrohung durch Pretoria, die auf ihnen lastet, bestimmte Grenzen nicht übersteigen konnte.

Deshalb achteten wir darauf, unsere Aktivitäten in diesen Ländern auf ein Minimum zu beschränken, um Pretoria keinen Vorwand zu liefern sie anzugreifen. Aber es scheint so, daß sie in jedem Fall diesem militärischen und wirtschaftlichen Druck nicht ausweichen können. Was uns angeht, ist es klar, daß der Abschluß der Verträge zwischen Südafrika und den Nachbarstaaten in keinsten Weise die Fortsetzung des Kampfes im Innern des Landes beeinträchtigt.

In dieser Hinsicht haben sich diese Verträge als nutzlos für Pretoria erwiesen. Die Anti-Apartheid-Bewegung, an deren Spitze wir uns befinden, verbreitert sich jeden Tag weiter, trotz der Brutalität der Unterdrückung, der Hinrichtungen, der Einkerkungen und der Verurteilung

von hunderten unserer Kämpfer.

FRAGE: Das öffentliche Ansehen des Regimes scheint aber ein wenig von den Verträgen und einer gewissen „Evolution“ im Innern, wie der Legalisierung der Gewerkschaften und der Existenz der Vereinigten Demokratischen Front (UDF), profitiert zu haben. Wie denken Sie darüber?

O. TAMBO: Einige mögen in der Tat geglaubt haben, daß ein Prozeß des Friedens und des Dialogs endgültig eine Periode manchmal sehr heftiger Konflikte ablösen konnte. Und die letzten Verträge können diese Idee bei einigen verstärkt haben.

Doch hat sich seitdem etwas in der süd-afrikanischen Strategie verändert? Nein. Was die innere Situation betrifft, so ist die legale Existenz der UDF und der Gewerkschaften noch wenig im Vergleich zu den Grausamkeiten, deren Opfer die Mehrheit der Bevölkerung ist. Außerdem muß man daran denken, daß diese „Fortschritte“ immer das Ergebnis sehr harter Kämpfe und des Drucks, der durch die Entwicklung der Massenbewegung ausgeübt wurde, sind.

Bedrängte UDF, Gewerkschaften

1983 waren so viele Arbeiter im Streik, daß das Regime sie nicht unterdrücken konnte wie es wollte. Die Gewerkschaftsbewegung wuchs weiter und sie hatte bereits eine nationale Bedeutung bevor die Gesetzgebung, die den Schwarzen gewerkschaftliche Aktivitäten erlaubte, entstand. Als diese Gesetzgebung letztendlich eingeführt wurde, geschah das in der Hoffnung, die Bewegung besser kontrollieren zu können.

Was die UDF betrifft, so hat sie von Anfang an eine solche Bedeutung erlangt, daß die Behörden sie nicht verbieten konnten. Aber die Unterdrückung, die Verantwortliche dieser Bewegung – wie jene der Gewerkschaftsbewegung – trifft, zeigt, daß das Regime die Idee, sie zu einem gegebenen Zeitpunkt zu verbieten, nicht aufgegeben hat.

Die einzig sichere Sache ist, daß sich für die Mehrheit der Bevölkerung nichts grundsätzlich verändert hat. Im Gegenteil, die Situation verschlimmert sich jeden Tag weiter, die brutalen und massiven Umsiedlungen der Menschen in die Bantustans beschleunigen sich.

Und trotz der Erklärungen Bothas über einen eventuellen Dialog mit dem ANC bleibt unsere Organisation der Feind, den es zu erlegen gilt. Es ist klar, daß wir nur diskutieren, wenn die Abschaffung der Apartheid auf der Tagesordnung steht. (...)

(Quelle: Afrique Asie, Paris, Nr. 327/30.7. 1984, S. 18-19)



Christoph Reichert
DAS NEUE ZIMBABWE
Gesellschaft im Übergang
issa wissenschaftliche Reihe 18
Bonn, Mai 1984, 408 S. DM 38,-
ISBN 3-921614-14-7

1980 wurde Zimbabwe nach langjährigem Befreiungskampf unabhängig. Für manche Betrachter hat die zimbabwische Regierung längst die Ziele einer eigenständigen Entwicklung, wie sie während des Befreiungskrieges propagiert wurden, auf dem Altar der Notwendigkeiten verraten, ist Zimbabwe längst auf dem Wege eines neokolonialen Staates. Andere hingegen meinen, die Regierung Mugabe sei auf dem richtigen Kurs; sie habe trotz erheblicher Destabilisierungsversuche Südafrikas und einer auch mit militärischen Mitteln operierenden inneren Opposition die Fehler anderer post-kolonialer Regierungen in Afrika vermeiden können.

Die detailreiche und durch kritische Solidarität gekennzeichnete Untersuchung von Christoph Reichert über das »koloniale Erbe« und entwicklungspolitische Ansätze und Strategien vermeidet pauschale Urteile. In einer außerordentlichen Materialfülle liefert sie Anhaltspunkte für die Beurteilung in einem Meinungsstreit, der auch im Lande selbst lebhaft geführt wird.

informationsstelle
südliches afrika
blücherstr. 14
5300 bonn 1

Anfang August d.J. gaben die Führer des antidiktatorischen Oppositionsbündnisses Multipartidaria bekannt, daß sie in Verhandlungen mit den Befehlshabern der Streitkräfte übereingekommen seien, bis zum nächsten Jahr die Wiederherstellung einer „vollständigen Demokratie“ abzuschließen. In dem Abkommen wird die Abhaltung von Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zum 25. November 1984 bestätigt und deren Amtseinführung auf den 1. März 1985 datiert. Was dieser Übereinkunft vorausging, schildert unser Korrespondent Alfonso Gonzales.

Alfonso Gonzales

Die Diktatur vor dem Ende

Am 16. Juni d.J. landete das argentinische Schiff „Ciudad de Mar del Plata“ im Hafen von Montevideo. Begleitet von 500 Personen, darunter 200 Journalisten, kehrte der Führer der Nationalpartei (auch Blancos genannt), Wilson Ferreira Aldunate, nach über 10 Jahren Exil nach Uruguay zurück.

Wie von der Militärregierung angekündigt, wurde er sogleich verhaftet. Ebenfalls verhaftet wurde sein Sohn Juan Ferreira, der in Mexiko Präsident der Demokratischen Konvergenz Uruguays, der gegen die Diktatur vereinten Opposition

im Exil, gewesen war.

An diesem Tag glich Montevideo einer besetzten Stadt. Das Hafenviertel war abgesperrt, der Landungsplatz mit Containern verbarrikadiert, Soldaten und Tanks patrouillierten die Stadt.

Trotz der Warnung der Regierung, es könnte zu blutigen Zusammenstößen kommen, hatten sich an die 150.000 Menschen versammelt, um zum Hafen zu marschieren und Ferreira Aldunate zu begrüßen. Um ein Massaker zu verhüten, hatte die Führung der Nationalpartei, die in der Hauptstraße konzentrierte Menge

aufgefordert, nicht in das Hafenviertel vorzudringen und es bei einer Demonstration des Willkommens zu belassen. Ferreira Aldunate und sein Sohn wurden dann von der Hafenpräfektur aus direkt in einem Hubschrauber in Militärkasernen nach Trinidad bzw. Paso de los Toros, im Landesinnern, gebracht.

Die „Anklagen“ vor dem Militärgericht legen Ferreira Aldunate zur Last, im Jahre 1972 eine Unterredung mit den Tupamaros gehabt zu haben und außerdem mit seinen Aussagen vor dem nordamerikanischen Kongreß (1976) über die Verletzung der Menschenrechte in Uruguay die Einstellung der Militärhilfe bewirkt zu haben. (Seit Reagans Präsidentschaft wird diese wieder zugestellt.) Obwohl die Militärjustiz für diese „Verbrechen“ Strafen bis zu 20 Jahren Gefängnis verhängen kann, steht der Prozeß auf tönernen Füßen.

Das wahre Motiv der Militärs ist rein politischer Natur. Sie befürchten, Ferreira Aldunate, als der von den bürgerlichen Politikern konsequenteste Gegner der Diktatur, würde mehrheitlich zum Präsidenten der Republik gewählt werden. Um ihre eigene Zukunft zu sichern, wollen sie daher eine Wahl – sei es durch die Haft, sei es durch seine Proskription (Ächtung; d. Red.) – verhindern.

Aldunates Rückkehr

Selbst die Wahl des Führers der oppositionellen Colorado-Partei, Julio María Sanguinetti, scheint ihnen dabei das kleinere Übel. Übrigens dem State Department (Außenministerium; d. Red.) in Washington ebenfalls. Zumal es mehr als gute Beziehungen zu einflußreichen Führern in dieser Partei – wie z.B. Jorge Batlle – hat, Garantien gewissermaßen für einen gewissenhaften Schuldendienst an ihre Banken.

Doch die Situation ist längst nicht so einfach. Unter dem Druck des mobilisierten Volkes wäre auch den Colorados ein opportunistischer Alleingang versperrt.

Am 22. Mai d.J. kamen die vier Parteien des Oppositionsbündnisses Multipartidaria – die Nationalpartei, die der Colorados, die Unión Cívica und die Frente Amplio (Breite Front) – überein:

- 1) ihren Willen zum gemeinsamen Handeln;
- 2) ihre Absicht, eine demokratische, nationale Lösung mittels Verhandlungen zu erreichen;
- 3) daß es unerläßliche Voraussetzung für diese Verhandlungen ist, daß von den Regierungsbehörden eine Atmosphäre der Freiheit, des Friedens und der Achtung der Grundrechte wiederhergestellt wird;



Machtdemonstration des Militärs in Montevideo

- 4) daß die allgemeinen Wahlen vom 25. November 1984 ohne Ausschließungen oder Vorbedingungen durchgeführt, noch von der Erfüllung irgendeiner Übereinkunft abhängig gemacht werden;
- 5) daß jede eventuelle Verfassungsreform in jedem Falle einer Bestätigung durch Volksentscheid unterworfen werden muß.

Zur Unterstützung dieser Ziele hatte der Gewerkschaftsverband PIT gemeinsam mit den vier Parteien, dem Studentenbund, der katholischen Menschenrechtsorganisation SERPAJ, dem Verband der Landwirte sowie dem der Mieter und der Anwaltskammer zu einem 24stündigen nationalen Bürgerstreik aufgerufen. So stand am 27. Juni d.J., dem 11. Jahrestag des Militärstaatsstreiches und Beginn des historischen 15tägigen Generalstreiks, das ganze Land still.

Einmütigkeit der Multipartidaria

Fabriken, Geschäfte, Banken, Schulen, die Universität waren bis auf ganz wenige Ausnahmen geschlossen. Die wenigen Omnibusse, deren Besitzer von der Polizei zur Ausfahrt gezwungen waren, fuhren leer und, wie zur Entschuldigung, mit einem Schild an der Windschutzscheibe: „Zum Notdienst verpflichtet“. Einige staatliche Institutionen, die geöffnet waren, wie z.B. die Banco de la República, konnten wegen fehlendem Personal keine ihrer normalen Tätigkeiten ausführen.

Mit einer niegekannten Einmütigkeit gab so das uruguayische Volk den begriffstutzigen Generälen zu verstehen, daß es weder die Diktatur noch eine von den Militärs „bevormundete Demokratie“ akzeptiere.



W. Ferreira Aldunates Rückkehr Ende Juni d. J.

Tags darauf erklärte die Multipartidaria ihre Bereitschaft, mit den Militärs zu verhandeln. Zuvor allerdings müsse die Regierung die Pressefreiheit wiederherstellen, eine Amnestie erlassen, die Parteien der Frente Amplio legalisieren sowie zwei diskriminierende Regierungsdekrete aufheben.

Die Nationalpartei jedoch weigerte sich an Verhandlungen teilzunehmen, solange ihr Führer, Wilson Ferreira Aldunate, in Haft sei. So begannen die Vorverhandlungen am 9. Juli d.J. vorerst nur mit den Repräsentanten der Colorado-Partei, der Unión Cívica und der Frente Amplio.

Unter diesen neuen Bedingungen ist die Frente Amplio mit einem Schlag in eine Schlüsselstellung aufgerückt. Zunächst mußten die Militärs führende Persönlichkeiten dieser Linkskoalition entproskribieren, da sie schlecht mit von ihnen politisch entrechteten Repräsentanten verhandeln konnten, und da es sinnlos war, mit nur zwei Parteien (von denen eine, die Unión Cívica, nur 1,4% der Stimmen bei den Vorstandswahlen von 1982 erhalten hatte) allein zu verhandeln. So wurde eiligst der sozialistische Ex-Senator José Cardozo und der neue

Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Partei, Juan Young, entproskribiert.

Die Position der Frente Amplio erhält nun entscheidendes Gewicht bei den Beratungen, weil sich weder die Militärs noch die Colorados einen Rückzug der Delegierten der Frente Amplio vom Verhandlungstisch leisten können. Er bedeutete das Scheitern der Verhandlungen und der Wahlen. Umgekehrt, falls es zu einem positiven Ergebnis kommt, schließt dieses die Beteiligung der Nationalpartei an den Wahlen ein. Das garantiert die Präsenz der Frente Amplio.

Nach einem Interview des Generals Líber Seregni zu schließen, bestehen die Militärs jetzt nicht mehr auf Parzellen der Macht um der Machtausübung willen, sondern geht es ihnen darum, nicht wie in Argentinien, von staatswegen später zur Rechenschaft gezogen zu werden. Das zu garantieren, wären seiner Meinung nach ihre am 1. Mai gestellten 15 Forderungen der Opposition (siehe AIB 7-8/1984) gar nicht in stande. Aber er erklärte, daß, anders als in Argentinien, die Parteien in Uruguay sich darauf festlegen könnten, von staatswegen weder Rache noch Vergeltung zu üben. Hingegen stehe jedem Bürger der Rechtsweg zu Prozessen frei.

Der Beginn der eigentlichen Verhandlungen am 25. Juli d.J. deutete an, daß die Militärs nachgegeben und zumindest die wichtigsten der oppositionellen Vorbedingungen akzeptiert haben. Die Legalisierung der Christlich-Demokratischen Partei und die Zulassung der Frente Amplio zu den Wahlen ist bereits bekannt gegeben worden. Auch die Freilassung aller letztthin verhafteten Journalisten, sowie die in Kürze erwartete Teilamnestie scheinen die These und Taktik Seregnis zu erhärten.

Studien zu Zentralamerika

Istmo

Themen der ISTMO sind:

- politische und soziale Entwicklungen in Zentralamerika
- die Region in der weltpolitischen Auseinandersetzung
- bundesdeutsche Politik gegenüber Zentralamerika
- Diskussionsbeiträge zentralamerikanischer Autoren über internationale Politik

Über die Tagespolitik hinaus versteht sich die Zeitschrift als wissenschaftliche Ergänzung der Solidaritätsbewegung, deren Bestandteil sie sein will.

Istmo 6/7 D Nr. Juli '84 enthält:

Noam Chomsky:
Interview zur Zentralamerikapolitik der Reagan-Administration

Heinz Dieterich:
Das Netzwerk des Staatsterrorismus in Lateinamerika, Teil II

Manfred Kron:
Contadora - Lösung, Betriedung, Festschlag?
... und weitere Texte erhältlich über den Buchhandel oder direkt bei:

ssz, Cooredstr. 42, D-4400 Münster
ca. 100 S. 8,- DM ISSN 0724-0716

Autoren in der ISTMO waren u.a.:
Eimar Altvater, Heinz Dieterich, Eduardo Galeano, Gaby Gottwald, Manfred Kron, Ernesto Richter, Alexander Schubert, Erich Sußdorf.



Edition Nahua

Veröffentlichungen zu Mittelamerika GmbH
Postfach 10 13 20 - Tel.: 0202/ 76 05 27
D - 5600 Wuppertal 1

Nahua Taschenbücher (Auswahl)

Edgar Fürst u.a.
Nicaragua: Aufbruch in Abhängigkeiten
Sandinistische Wirtschaftspolitik
2., erweiterte u. aktualisierte Neuauflage
Etwa 124 S. Etwa DM 9,80 (Band 1)

Ohland/Schneider
Nationale Revolution
und indianische Identität
Der Konflikt zwischen Sandinisten und Miskito-Indianern an Nicaraguas Atlantikküste
212 S. DM 18,00 (Band 4)

Grübling/Stess (Hrsg.)
Róger Sánchez - Karikaturen aus Nicaragua
Mit einem Vorwort von Raúl Leiz
Etwa 108 S. Etwa DM 9,80 (Band 5)

Schmidt Cuadra
Ökonomie und koloniales Erbe
Möglichkeiten und Perspektiven der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung
Fallstudie Nicaragua
280 S. DM 20,00 (Band 6)

nahua scripte (Auswahl)

Blockfreiheit in Nicaragua und Lateinamerika
Machtlöses Prinzip oder Chance gegen die US-Intervention? (script 1)

Die Auseinandersetzung um die Entwicklungshilfe der BRD für Nicaragua
Ein Exempel für die gezielte Boykottierung des nicaraguanischen Wiederaufbaus (script 3)

Wahlen in Nicaragua
Fortschritt oder Farce? (script 4)

Nicaraguas Miskito-Indianer
im Ost-West-Konflikt
zur Instrumentalisierung einer Menschenrechtsfrage (script 5)
(Alle scripte etwa 44-64 S.; ca. DM 6,00)

"Die weiße Reihe" (Auswahl)

"Todos juntos venceremos!"
Deutsche Arbeitsbrigaden in Nicaragua

Gewerkschaften und Kleinbauernverband in Nicaragua
Beginn einer Einnischung

Fünf Jahre sandinistische Revolution

in Nicaragua
Solidarische Bilanz
(Alle Hefte ca. 60-72 S.; ca. DM 6,50)



Das Regime Pinochets (M.) bleibt auf Härtekurs: Innenminister Jarpa (L.)

Katja Maurer

Pinochet wieder fester im Sattel?

Starke Sprüche kommen von Chiles Diktator Pinochet: „Jetzt greifen sie mich an, aber später, irgendwann in der Zukunft werde ich als der Mann in Erinnerung sein, der gegen den Kommunismus gekämpft hat und Gutes für sein Land getan hat.“ Weiter verkündet Pinochet, er habe zwar an Unterstützung in der Bevölkerung verloren, aber er werde bis mindestens 1989 an der Macht bleiben.¹

Und es bleibt nicht nur bei starken Sprüchen.

Jüngste Meldungen aus Chile berichten von kaltblütigen und gezielten Morden an linken Oppositionellen – so im Juni d.J., als fünf Personen in Santiago vom chilenischen Geheimdienst CNI erschossen wurden –, von Verbannungen führender Mitglieder des Linksbündnisses Demokratische Volksbewegung (MDP),

darunter Jose Sanfuentes und der Priester Maroto, von Ausweisungen.

Im Juli dieses Jahres wurden der Sprecher der Bewegung der Revolutionären Linken (MIR), Juan Parra, und drei Kommunisten ausgewiesen.

Wenige Wochen zuvor traf die gleiche Maßnahme den Arzt Leopoldo Ortega von der chilenischen Menschenrechtskommission und den MDP-Generalsekretär Jaime Insunza. Als den beiden die erneute Einreise per Gerichtsbeschluß wieder erlaubt wurde, kehrten sie sofort zurück, wurden festgenommen, dann wieder auf freien Fuß gesetzt. Und sie gingen in den Untergrund, als das Regime ihre erneute Ausweisung beschloss hatte.

Ähnlich erging es den ausgewiesenen Osiel Nuñez, Rene Largo Farias und dem Ex-Senator Godoy. Sie versuchten nach ihrer Ausweisung zweimal nach Chile zurückzukehren. Das erste Mal wurden sie von den chilenischen Behörden wieder ins Flugzeug gesetzt, beim zweiten Mal verhaftet.

Säuberung von „Unkraut“

Die verschärfte, vor allen Dingen auf die MDP abzielende Repression wird in den chilenischen Massenmedien von einer antikommunistischen Kampagne sondergleichen begleitet. Innenminister Sergio Onofre Jarpa formulierte das Ziel dieser abgestimmten Aktion ohne Umschweife: „Die Kommunisten (dazu gehört im Schwarz-Weiß-Denken der Diktatur die gesamte Linke; d. Verf.) sind wie Unkraut. Wenn man nicht aufpaßt, wächst es nach. Man muß immer wieder eine umfassende Säuberungsaktion durchführen.“²

Damit der „Dialog“ zwischen dem Regime und der bürgerlichen Opposition fortgesetzt werden könnte, fordert der Innenminister von diesen Kräften, sie müßten eine klare, nämlich ablehnende Haltung zu den Kommunisten und zu einem Bündnis mit ihnen einnehmen. Die meisten der wechselnden Präsidenten der bürgerlichen Demokratischen Allianz (AD) haben sich auf diese Erpressung eingelassen.

Neben dem Repressionskurs gegen die linke Opposition und die Gewerkschaften versucht die Diktatur die verlorengegangene Basis zurückzugewinnen.

Dies ist vor allem mit halbherzigen Konzessionen in der Wirtschaftspolitik verbunden. Das Auswechseln des Wirtschafts- und Finanzministers im März d.J. sollte nun das endgültige Ende der Ära der Chicago-Boys (Schule des US-Ökonomen Milton Friedman; d. Red.) in Chile einläuten. Staatliche Subventionen zugunsten der Mittelschichten und

günstigere Umschuldungsbedingungen für die Klein- und Mittelbetriebe wurden angekündigt, Zollschränken für bestimmte ausländische Güter erhöht, um die einheimische Industrie zu schützen. Angesichts der anhaltenden Wirtschaftskrise sind solche Maßnahmen allerdings eher darauf gerichtet, Illusionen bei den Kreisen hervorzurufen, die sich vor allem aus wirtschaftlichen Gründen von der Diktatur abgewandt haben. Und selbst dieser Effekt dürfte kurzlebig sein. Die Maßnahmen bringen nur einem geringen Teil der kleinen und mittleren Betriebe minimale Vorteile.

Und in der entscheidenden Frage wird alles sehr bald seinen seit 11 Jahren gewohnten Gang gehen. Das Pinochet-Regime will jetzt die von ihm intervenierten Banken und Betriebe wieder reprivatisieren. Dies „kann man in seiner Größenordnung nur mit dem Reprivatisierungsprozeß vergleichen, den diese Regierung 1974/75 durchführte“.³

Der Verkauf zu Billigpreisen (angeboten wird dafür ein zinsloser staatlicher Kredit mit einer Laufzeit von 10 Jahren), so befürchtet die Opposition, wird eine noch größere Konzentration der wirtschaftlichen Macht in den Händen derer zur Folge haben, die z.B. die Banco de Chile und damit letztlich alle, die bei der Bank verschuldeten Betriebe erwerben werden.

Trotzdem scheint das Pinochet-Regime wieder fester im Sattel zu sitzen. Nach

den großen Widerstandsaktionen zu Beginn des Jahres, die ihren Gipfelpunkt in dem Protesttag am 27. März 1984 hatten, an dem zum ersten Mal in vielen Betrieben gegen die Diktatur gestreikt wurde, ist es ruhiger um die Opposition geworden.

Der vom Nationalen Kommando der Arbeiter (CNT) im April d.J. angekündigte Generalstreik fand nicht statt. Die 90-Tage-Frist, die sich die Gewerkschafter zur Durchführung des Streiks gesetzt hatten, ist mittlerweile abgelaufen.

Zögernde Demokratische Allianz

Die Gründe dafür liegen in der noch immer fehlenden Einheit der politischen Opposition. Immer dann, wenn Anzeichen für Fortschritte sichtbar werden, wie etwa in dem gemeinsam von AD, MDP, Sozialistischem Block und Nationalem Kommando der Arbeiter koordinierten und organisierten Märzprotest, sichert sich die Demokratische Allianz nach rechts ab.

Sie streckte nach dem gelungenen Protesttag ihre Fühler wieder in Richtung Gespräche mit dem Regime aus. Sie finden hinter verschlossenen Türen statt. Verschiedene ihrer Führer, darunter der Vorsitzende der Christdemokratischen Partei (PDC), Valdes, erklärten – wie von Jarpa gefordert – ihre Ablehnung gegenüber einem Bündnis mit der MDP.⁴

Innerhalb der AD gibt es keine einheitliche Vorstellung über die weitere Vorgehensweise. Je nachdem, wer den alle 2 Monate wechselnden Präsidenten stellt, werden voneinander abweichende Meinungen im Namen der AD bekanntgegeben: etwa über die Zusammenarbeit mit der MDP oder über die Anerkennung oder Nichtanerkennung der faschistischen Verfassung.

Zur Zeit ist die Handlungsfähigkeit der AD auch deshalb eingeschränkt, weil die Auseinandersetzungen innerhalb der einflußreichsten Partei, unter den Christdemokraten, zugenommen haben. Im Oktober d.J. werden sie einen Parteikongreß durchführen. Bis dahin ist man mit Prognosen über die künftige Linie der PDC vorsichtig.

Auch die Lage der Demokratischen Volksbewegung ist nicht einfach, wenn auch aus anderen Gründen.

Sie hat sich zwar seit ihrer Gründung im September vergangenen Jahres immer deutlicher als eine entscheidende politische Kraft in Chile profilieren und mit ihrer Nationalversammlung im Februar d.J. einen wichtigen politischen Erfolg erzielen können. Aber die verschärfte Repression der vergangenen Monate gegen sie, zwingt zu äußerster Vorsicht.

Die Diktatur will die MDP führungslos machen: MDP-Präsident Manuel Almeyda steht nach seiner mehrwöchigen Inhaftierung unter ständiger Kontrolle und darf laut polizeilicher Auflage nicht öf-

Siegeszeichen von Demonstranten vor dem Justizpalast in Santiago



fentlich politisch auftreten. MDP-Generalsekretär Insunza befindet sich in der Illegalität. Trotzdem ist es der MDP gelungen, ihre Organisationsstruktur zu verbessern. In den meisten Städten und Regionen Chiles existieren jetzt funktionierende lokale und regionale MDP-Organisationen.

Für die Gewerkschaftsbewegung und die gesamte politische Opposition bedeutet der nicht durchgeführte Generalstreik einen Rückschlag. Noch aber ist damit die Diskussion um einen Streik, und damit um die Verstärkung der sozialen Bewegungen gegen die Diktatur, nicht vom Tisch.

Erst kürzlich forderte die Nationale Gewerkschaftskoordinierung (CNS), die stärkste Dachgewerkschaft, vom Nationalen Kommando der Arbeiter eine Diskussion und Entscheidung über die Vorbereitung und Durchführung eines Generalstreiks. Die im April vom Nationalen Kommando der Arbeiter gefaßten Beschlüsse, sich auf regionaler und lokaler Ebene zu organisieren und damit die Entscheidungsfindung zu demokratisieren, werden in die Tat umgesetzt.

Das hat zur Folge, daß sich die chilenische Linke entsprechend ihrem tatsächlichen Einfluß in der Arbeiterbewegung auch in den gewerkschaftlichen Gremien immer mehr an Geltung verschaffen kann.

Die scheinbare Ruhe trägt. Nicht nur die notwendigen, oben genannten Entwicklungen und Diskussionen in den Oppositionsströmungen sind ein Zeichen dafür. Über 300 Bomben sind im ersten Halbjahr 1984 in die Luft gegangen. Mehrere Male waren deswegen die großen Städte Chiles einige Stunden ohne Strom.

Die Patriotic Front Manuel Rodriguez, die sich zu den meisten dieser Sabotageakte bekannte, besetzte mehrere

Radio- und Nachrichtenstationen und ließ politische Erklärungen gegen die Diktatur verlesen. Gegenüber diesen Aktionen zeigte sich die Diktatur bisher machtlos, und damit ihre Schwäche.

Ihre Versuche, die MDP über die Frage bewaffneter Widerstandsaktionen zu isolieren (die MDP hält angesichts der Gewalttätigkeit des Regimes alle Kampfformen für legitim) sind ebenso gescheitert. Unter der Bevölkerung werden solche Aktionen als Zeichen wachsenden Widerstandes gegen das Regime und dessen zunehmende Destabilisierung gewertet.

Schritte zur Einheit der Opposition

Und wenn die bürgerliche Opposition die bewaffneten Aktionen zum Vorwand nimmt, sich von der MDP zu distanzieren, so sind in Chile die wahren Gründe dafür spätestens seit den ersten „Dialogbemühungen“ der AD bekannt.

Wenn es um die Einheit der Opposition geht, dann steht nicht die Frage, ob bewaffnete Aktionen oder friedlicher Protest zum Sturz der Diktatur führen, sondern ob die Massenbewegung die Rückkehr zu einer wirklichen Demokratie erzwingen wird, oder ob durch Verhandlungen lediglich eine scheinbare Liberalisierung des Regimes erreicht wird.

Die entscheidenden oppositionellen Strömungen, die MDP, die AD und der kleinere Sozialistische Block, haben drei Hauptforderungen gemeinsam: Sturz Pinochets, Bildung einer 18monatigen Übergangsregierung der nationalen Einheit und Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung.

Die Grundlagen für ein gemeinsames Vorgehen sind also vorhanden. Und

keine der oppositionellen Blöcke ist in der Lage, diese Ziele ohne die anderen durchzusetzen, darüber herrscht unter ihnen auch Klarheit.

Die Opposition hat, in den meisten Fällen durch gemeinsame Listen oder Absprachen, deutlich an Einfluß gewonnen: In acht von neun der wichtigsten Universitäten des Landes sind die Studentenorganisationen in der Hand der Opposition.

Ebenso dominiert sie in 12 von 20 Berufsverbänden und in den entscheidenden Gewerkschaftsföderationen.

In Aktionseinheit haben sie in den letzten Wochen wichtige Proteste an den Universitäten, Demonstrationen in den Arbeitervierteln und Streiks durchgeführt. Ein Markstein ist die Gründung eines Bündnisses zwischen der Demokratischen Allianz, dem Sozialistischen Block, der Demokratischen Volksbewegung und dem regionalen Kommando der Arbeiter in der 1500 km südlich von Santiago gelegenen Stadt Puerto Montt.

Auch die Frage der „Gewalt“ dürfte sich mittlerweile geklärt haben. Anfang August d.J. fanden in verschiedenen chilenischen Städten Demonstrationen gegen die Gewalt statt. Zehntausende beteiligten sich daran (unter anderem hatte die katholische Kirche dazu aufgerufen). Da wurde wieder einmal deutlich, von wem die Gewalt in Chile ausgeht: Während der Demonstrationen wurden mehrere hundert Menschen festgenommen, verletzt, und der 19jährige Hugo Fuentes, von der Polizei ermordet.

Anmerkungen:

- 1) International Herald Tribune, Paris/Zürich, 9.8.1984
- 2) El Pais, Madrid, 4.8.1984
- 3) Hoy, Santiago, 13.-19.6.1984
- 4) El Pais, Madrid, 4.8.1984



4/84: Nikaragua - 5 Jahre Revolution

36 Seiten, 2 DM

AIB-Verkäufer gesucht!

Die Herbstaktionen der Friedensbewegung haben begonnen. Hunderttausende sind aktiv gegen Pershing II und Cruise Missiles, gegen AirLand Battle und den US-Krieg in Nicaragua.

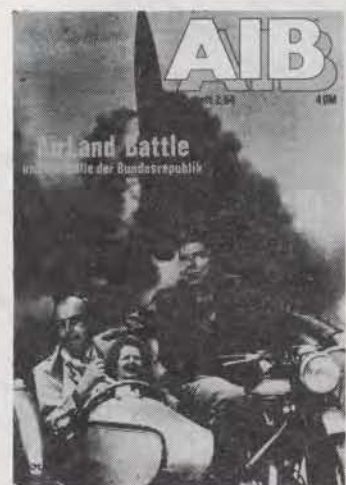
Wir wollen sie mit unseren Sonderheften zu AirLand Battle und Nicaragua informieren. Dazu brauchen wir die Hilfe unserer Leser.

Bestellen Sie bitte rechtzeitig zu den Großaktionen und Veranstaltungen unsere Sonderhefte für den Freiverkauf. Fordern Sie Werbeflugblätter und Plakate an.

Damit helfen Sie unserer gemeinsamen Sache — und Ihrer Gruppe. Ab 10 Exemplaren gewähren wir Ihnen 33% Rabatt, und wir schenken Ihnen ein Buch.

Benutzen Sie bitte die Bestellkarte in der Hefmitte!

Das Infopaket für den Friedensherbst



2/84: AirLand Battle und die Rolle der Bundesrepublik

60 Seiten, 4 DM

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An
AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46
3550 Marburg 1

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde
von mir geworben:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Mein Prämienwunsch aus dem AIB-Angebot:

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An
AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46
3550 Marburg 1



Bestelliste

Stück	Artikel	Einzelpreis
—	Kaffee aus Nicaragua 1 Pfund	13,00
—	Espresso-Kaffee aus Angola 250 Gramm	7,50
—	Tee aus Mozambique 250 Gramm	8,50
—	Tee aus Mozambique 100 Gramm	3,50
—	Plakatmappe Nicaragua Sonderpreis	12,00
—	Graphikmappe R. Cabrera	10,00
—	Schallplatte „Vamos Muchachos“ der salvadorianischen Gruppe IOLOCAMBA-I-TA, LP . . .	18,00
—	ASK-Hintergrund zu Nicaragua, 24 Sn.; zu Honduras, 14 Sn. je	1,50
—	ASK-Hintergrund zu El Salvador, 18 Sn.	1,00
—	Postkartenmappe B. Karkutll	3,00
—	Kunstplakat „Solidarität mit den palästinensischen Gefangenen“ von Sullman Mansour, DIN A 1	10,00
—	Kochbuch „Die chilenische Küche“ 60 Rezepte mit Abbildungen und Zeichnungen, 84 Sn. .	6,80
—	Anhänger ASK-Taube in gold	78,00
—	Anhänger ASK-Minitaube, gold	26,00
—	Kettchen passend dazu	34,00
—	Ohrstecker ASK-Taube, silber, Paar	22,00
—	Ohrstecker einzeln, silber	12,00
—	Anhänger ASK-Taube aus Ton, blau oder braun. . . .	6,50
—	Anhänger Copinol-Kern mit salvadorianischen Motiven	10,00



**Hände weg
von Nicaragua!**

**den Aufbau
unterstützen...**

...Kaffee

**aus
Nicaragua
trinken!**



Bitte
freimachen

POSTKARTE

Absender:



Four vertical lines for the sender's address.



Plakatmappe „Nicaragua Libre!“ mit 15 Plakaten aus dem freien Nicaragua, DIN A3, alle Plakate mehrfarbig, Sonderpreis 12,— DM



Graphikmappe des salvadorianischen Künstlers Rafael Cabrera, 5 Blätter, dazu je ein Blatt mit Gedichten von Neruda, Cardenal, Vega, DIN A4 Überformat, s/w, Stück 10,— DM



Anhänger ASK-Taube, gold, 78,00 DM.

Anhänger ASK-Taube aus Silber, Stück 14,— DM



Postkartenmappe 6 Postkarten mit Motiven des palästinensischen Künstlers Burhan Karkutlj, s/w,

3,— DM

An
Solidaritätsshop
Dritte Welt
Hamburger Allee 52

6000 Frankfurt/Main 90

Peter Garcia

Massenbewegungen wie seit 1964 nicht mehr

Drei Themen bestimmen in diesem Jahr die Schlagzeilen der brasilianischen Presse: Direktwahlen, Auslandsverschuldung und Hunger.

Mehr als 5 Mio Menschen gingen seit Januar 1984 aus Protest gegen die undemokratischen Wahlgesetze, gegen die Auflagen des Internationalen Währungsfonds, die Arbeitslosigkeit und das Absinken des Lebensstandards auf die Straße. Als Antwort verhängten die Militärs zweimal den Ausnahmezustand über Brasilien.

Im April d.J. forderten in São Paulo 2 Mio und in Rio de Janeiro 1 Mio Demonstranten die Direktwahl des Präsidenten. Das waren die größten Massenproteste in Brasilien seit der Machtübernahme der Militärs 1964.

Bis heute wird der Präsident dieses lateinamerikanischen Landes durch ein Wahlmännergremium bestimmt, das nach territorialen Gesichtspunkten zusammengesetzt ist und nicht die Bevölkerungszahl der einzelnen Bundesstaaten berücksichtigt. Ein Wahlmann São Paulos repräsentiert z.B. 116 Mal soviele Wähler, wie einer seiner Kollegen aus Roraima im Amazonas-Dschungel.

Da die regierende konservative Sozialdemokratische Partei (PDS), bei den letzten Wahlen (im Jahr 1982, siehe: AIB 1/1983; d. Red.) in mehr Staaten die Mehrheit erhalten hatte als die Opposition, stellt sie den überwiegenden Teil der Wahlmänner.

Kampagne für die Direktwahl

Aus der Kampagne für die Direktwahl des Präsidenten wurde eine breite Volksbewegung, der sich selbst Abgeordnete der Regierungspartei anschlossen. Am 26.4.1984 gelang es der Opposition, im Parlament eine Abstimmung über die Verfassungsänderung zur Direktwahl zu erzwingen. 62% der Abgeordneten stimmten für die Änderung.

Aber obwohl 54 Kongreßmitglieder der PDS – unter ihnen auch der Vizepräsident Aureliano Chaves – die Opposition

unterstützten, kam die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht zustande. An diesem Tag wurde über die Hauptstadt der Ausnahmezustand verhängt, die Pressefreiheit durch Teilzensur beschnitten und die Übertragung der Parlamentsdebatte in Radio und Fernsehen verboten.

Der Präsidentschaftskandidat der drittgrößten Partei, der Demokratischen Arbeiterpartei (PDT), Leonel Brizola, zog im Anschluß an die Abstimmung seine Kandidatur zurück. Um einer offenen Konfrontation die Spitze zu nehmen, brachte Präsident Figueiredo dann selbst einen Antrag auf Änderung der Verfassung ein. Damit wird die Amtszeit des Präsidenten auf 4 Jahre reduziert und die Direktwahl für 1988 vorgesehen.¹

Protestziel IMF-Auflagen

Nichtsdestotrotz besteht bereits jetzt die Chance, daß der neue Präsident, der am 15.1.1985 noch vom Wahlmännergremium gewählt werden soll, ein Mann der Opposition sein wird. Am 7. August d.J. hat die größte Oppositionspartei, die Partei der Demokratischen Bewegung Brasiliens (PMDB), mit der Liberalen Front, die aus Dissidenten der PDS besteht, ein Bündnis geschlossen, das die Kandidatur von Tancredo Neves, dem PMDB-Gouverneur von Minas Gerais, unterstützt.

Da wahrscheinlich mehr als 60 von 355 Wahlmännern der PDS ihn ebenfalls wählen werden, wird die PDS im 686köpfigen Gremium über keine Mehrheit mehr für ihren eigenen Kandidaten Paulo Maluf verfügen.

Neu waren bei allen großen Kundgebungen und Demonstrationen die namentlichen Angriffe gegen den Internationalen Währungsfonds (IMF).

Die Annahme der IMF-Auflagen durch die brasilianische Regierung im September 1983 hatte unmittelbare Auswirkungen auf den Lebensstandard der Brasilianer: Verteuerung der Lebenshaltungskosten und Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Im einzelnen sahen die Auflagen vor, daß die Preise für Benzin und andere Brennstoffe automatisch entsprechend der Inflationsrate zu erhöhen seien, die Preise für Strom und Stahl sogar um 5% über der Inflationsrate. Nach – viel zu niedrig angesetzten – offiziellen Angaben betrug die Inflationsrate für 1983 immerhin 175,3%.²

Weiterhin schrieben die Auflagen den Abbau der Subventionen für die Weizenpreise und der Staatsverschuldung (durch Reduzierung der Ausgaben der Staatsunternehmen) vor. Die Löhne sollten nur noch bis zu 80% der Inflation angepaßt werden.

An diesem Punkt – und wohl auch aus Angst vor weiteren Massenprotesten – versagte die Kongreßmehrheit der Regierung die Unterstützung. Am 19.10.1983 wurde das entsprechende Gesetzesdekret 2045 zurückgewiesen.

Daraufhin erließ die Regierung Dekret 2064, das für Gehälter bis zu drei Mindestlöhnen wieder eine Angleichung von 100% an den Nationalen Verbraucherpreisindex INPC vorschreibt. Darüberliegende Gehälter bis zu 40 Mindestlöhnen und mehr werden nach einer Skala, die



Direktwahlen sofort! IMF raus!

von 95% bis 30% hinabreicht, angegliedert.

Ab dem 1.8.1985 sollen die Gehälter teilweise und ab dem 1.8.1988 ganz ohne staatliche Kontrolle ausgehandelt werden. Gleichzeitig wurde der Mindestsatz der Lohnsteuer von 55 auf 60% erhöht. Nach dem Erlass des Dekrets verhängte die Regierung für 60 Tage den Ausnahmezustand über Brasília. Mit den anschließenden Parlamentsferien wurde auf diese Weise 4 Monate lang eine Abstimmung über die neuen Maßnahmen verhindert.³

Für den 1.5.1984 wurde ein neuer Mindestlohn von 97.176 Cruzeiros (Cr, 1 Cr = 0,02 DM; damals ca. 180 DM) landesweit, d.h. ohne die bis dahin existierenden regionalen Abstufungen, verfügt.

Die Mehrzahl der Lohnabhängigen in den großen Industrieregionen erlitt dadurch einen zusätzlichen realen Lohnverlust. Bei einer Inflation von ca. 80% in den Großstädten seit der letzten Lohnerhöhung nahm ihr Einkommen nur um 70,1% zu, während sich der Mindestlohn im Norden, Nordosten und den dünnbesiedelten Restgebieten um 93,4% erhöhte.⁴

Laut der US-amerikanischen Zeitschrift Time vom 23.4.1984 liegt der Durchschnittslohn in Brasilien unter 150 Dollar pro Monat. Allein 1983 ging das Pro-Kopf-Einkommen nach Angaben der Getúlio-Vargas-Stiftung real um 5,5% zurück.⁵

Lohnabbau auf Dauer

Mit seinen Auflagen wollte der IMF zwei Hauptziele erreichen: eine drastische Verringerung der Inflationsrate und eine Ausgleiche der Zahlungsbilanz. Was den ersten Punkt betrifft, so ist das Scheitern der IMF-Maßnahmen offensichtlich.

Im Rahmen der Auflagen war Brasilien eine Inflationsrate von „nur“ 60% genehmigt worden. In der Zwischenzeit liegt die Jahresrate bei 230%. Zur Erreichung des zweiten Ziels war Brasilien eine Erhöhung des Exportüberschusses von 6 Mrd Dollar im Jahr 1983 auf 9 Mrd Dollar im laufenden Jahr vorgeschrieben worden. Bei einer Hochrechnung des bisherigen Ergebnisses wird Brasilien diese Zahl wahrscheinlich noch übertreffen.

Die Exporte wurden gegenüber dem Vorjahr um über 20% ausgedehnt – bei gleichzeitiger Einschränkung der Importe um ca. 16%. Die Gründe dafür liegen zum Teil in einer Umstrukturierung der brasilianischen Wirtschaft.

Aluminium wird nicht mehr in großen Mengen importiert, sondern exportiert. Bei Kupfer und Erdöl ist heute die Eigen-



Demonstration für Direktwahlen vor dem Parlament in Brasília

versorgung fast gewährleistet. Auf der anderen Seite konnte Brasilien für Soja, Orangensaft und Produkte der Eisen- und Stahlindustrie bessere Exportpreise erzielen.⁶

Trotz dieser erfreulichen Entwicklung ist Brasilien dem Ziel der Ausgleiche der Zahlungsbilanz keinen Schritt näher gekommen.

Im Gegenteil: Alleine in den ersten 3 Monaten dieses Jahres nahm die Netto-Auslandsverschuldung um 3,1 Mrd Dollar zu. Bereits im letzten Jahr hatte der Exportüberschuß das südamerikanische Land nicht vor einer Verschlechterung der Zahlungsbilanz bewahrt.

Brasilien erzielte zwar einen Überschuß in der Handelsbilanz von 6,5 Mrd Dollar. Gleichzeitig mußten aber für Zinsen, Royalties usw. 13 Mrd Dollar gezahlt werden, so daß das Defizit um ebenfalls 6,5 Mrd Dollar zunahm.

Nachdem die Reagan-Administration die Sollzins-Sätze in der Zwischenzeit mehrere Male angehoben hat, wird die Zunahme bei Brasiliens Zinslast in absoluten Zahlen 1984 höher sein als der zu erwartende Exportüberschuß. Zur Zeit zahlt Brasilien einschließlich Risikozuschläge effektive Zinsen von 15-16% für seine Auslandsschuld.⁷

Außenverschuldung ungebremst

Die stetige Erhöhung der Zinssätze in den USA sind ein Beispiel dafür, wie sich eine Regierung in den Dienst der Bankiers stellt. Einen Einblick in diese Zusammenhänge gab die US-Zeitschrift Fortune vom 11.6.1982 mit dem Beispiel der Citibank. 22% des Jahresgesamtgewinns im Jahr 1981 – das sind 287 Mio Dollar – verdiente die Citibank am Brasiliengeschäft. Ein Zahlungsaufschub bei den Zinszahlungen würde die

Gewinne der Citibank empfindlich kürzen. Und noch eine interessante Zahl, die die Größenordnungen aufzeigt, um die es hier geht: Diese Bank hat Brasilien einen Betrag geliehen, der 83% ihres Kapitals entspricht!

Der IMF wiederum verhält sich bei der Festlegung seiner Auflagen wie der Vogel Strauß: Er tut, als gäbe es keine US-amerikanische Hochzinspolitik. In gleicher Weise ignoriert er, daß die Sparvorgaben für den Staatssektor das brasilianische Arbeitslosenheer vergrößern, wodurch die Probleme lediglich in einen anderen Bereich verlagert werden.

Was eine Senkung der Ausgaben der brasilianischen Staatsbetriebe bedeutet, machen folgende Zahlen klar: Die Unternehmen der öffentlichen Hand beschäftigen in Brasilien 45% der Arbeitskräfte des Landes. Schon Mitte des letzten Jahres war der Haushalt für diese Betriebe um 5,6% gekürzt worden. Für 1984 wurde das Gesamtbudget für die 350 Staatsfirmen bei einer Jahresinflation von 230% um nur 150% und die Personalkosten um nur 148% erhöht.

Die Folge waren Stellenstreichungen und Kürzungen bei den Lohnzulagen. Gegen diese Maßnahmen protestierten in Rio de Janeiro 50.000 Beschäftigte der Staatsbetriebe.⁸

Eine andere Art von Protest hatte ihre direkte Ursache im Hunger. Arbeitslose drangen im letzten Jahr zum ersten Mal auch in São Paulo in Supermärkte ein, um ihren Hunger zu stillen. Insgesamt wurden 400 solcher Fälle registriert, die man vorher nur aus dem Nordosten des Landes kannte.

Dort ist ein Drittel der Bevölkerung, die 10 Mio Flagelados (Gegeißelten), so vom Hunger betroffen, daß sie alles essen, was noch irgendwie genießbar ist. Dazu gehören Palmenblätter, Eidechsen, Ratten und Schlangen. Die Kindersterblichkeit

ist je nach Region auf 250-500 pro Tausend angestiegen.

Hunderte strömen täglich in die Städte des Nordostens und verschaffen sich nicht selten Zugang zu Nahrung durch das Erstürmen von Lebensmittellagern und Supermärkten. Der Erzbischof von Fortaleza, Dom Aloisio Lorscheider, nannte dieses gewaltsame Eindringen in die Supermärkte „ein legitimes Recht“. Und weiter: „Man sollte nicht von Raub reden, wenn die von der Trockenheit Betroffenen nach allem Eßbaren greifen, das ihnen vor die Hände kommt.“⁹

Es wäre jedoch zu einfach, die – wenn auch immerhin schon 5 Jahre dauernde – Trockenheit für alles Leid der Bewohner des Nordostens verantwortlich zu machen. Vom Wassermangel sind 70%



Hunger im Nordosten: Bauer ilt einen Kaktus, der sonst als Viehfutter dient

der Nordeste betroffen, d.h. 24 Mio Menschen.

Trotzdem ist das Wasser nicht überall in diesem Teil Brasiliens knapp. In der Mitte des Gebietes liegt mit 4.214 qkm der größte künstliche See der Welt, der So Bradinho. Und von Süd nach Nord fließt mit 2.660 qkm Fläche der wasserreiche Rio São Francisco.

Den Nutzen an diesen Wassermassen haben außer den Elektrizitätswerken einige nationale und internationale Konzerne: Fuchs-Gewürze, Mamoku-Yamoto, Cicanorte, Agrosafra usw. Die bäuerlichen Kleinbetriebe haben zum Wasser kaum Zutritt.

Daß es sich auch im Nordosten lohnt, Landwirtschaft zu betreiben, zeigen die Besitzverhältnisse. 780 Agrarkonzerne und Latifundien kontrollieren 23% der gesamten Fläche, während 34,4% der Eigentümer ganze 1,4% besitzen. Das Land konzentriert sich in den Händen

von immer weniger Eigentümern. 1960 umfaßten Latifundien mit mehr als 500 ha etwa 34% der Landfläche des Nordostens. 1980 war dieser Anteil auf über 45% gestiegen. Die wahren Ursachen für den Hunger im Nordosten sind deshalb: privilegierter Zugang zum vorhandenen Wasser und Anwachsen des Großgrundbesitzes.¹⁰

Hungerhilfe ungleich verteilt

Das Hilfsprogramm der Regierung für den Nordosten sieht auf den ersten Blick beeindruckend aus: Entsendung von Nahrungsmitteln (allein im Februar für 40 Mio Dollar), 5.000 Wassertankwagen, finanzielle Unterstützung an 2,7 Mio Arbeitslose und an Landwirte zum Bau von Bewässerungsanlagen.

Bei genauerem Hinsehen stellt sich heraus, daß diese Unterstützung sehr ungleich verteilt wird. Die Arbeitslosen erhalten umgerechnet ganze 12 Dollar pro Monat. Dafür erhielten z.B. im Staat Piauí 800 Großgrundbesitzer 120 Mio Cruzeiros – die gleiche Summe, die im selben Staat 33.000 Kleinbetriebe als Unterstützung bekamen. Mit den Hilfgeldern finanziert die Regierung Bewässerungsprojekte vor allem bei Groß- und Mittelbetrieben, wenn diese den Anbau von Exportkulturen (z.B. Baumwolle) planen.

Das Ergebnis dieser Politik ist – wie in ganz Brasilien – ein Absinken der Lebensmittelproduktion für den Inlandsbedarf. Von 1979 bis 1983 verringerte sich die Nahrungsmittelproduktion pro Kopf in diesem Bereich um fast 25% – bei steigender Bevölkerungszahl –, während gleichzeitig die landwirtschaftliche Exportproduktion um 30% und die landwirtschaftliche Produktion für den Energiebereich um 50% anstieg.¹¹

Der von der Regierung bestellte Koordinator für das Nordost-Hilfsprogramm, Valfrido Salmiteo, antwortete Journalisten auf die Frage, warum Brasilien nicht um internationale Hilfe nachsucht: „Es ist erniedrigend, um Nahrungsmittel zu bitten. Das ist eine peinliche Situation, weil Brasilien der viertgrößte Getreideproduzent der Welt ist... Aber unsere Bedürfnisse sind wirklich riesengroß. Die allgemeine Nahrungsmittelknappheit Brasiliens hat sich in diesem Jahr zuspitzt.“¹²

Eine Antwort der brasilianischen Bevölkerung auf das Absinken des Lebensstandards ist die zunehmende gewerkschaftliche Organisierung. Dieser Prozeß umfaßt auch die Landarbeiter.

Im August und November des letzten Jahres wurden in São Paulo die beiden Gewerkschaftszentralen CUT und CONCLAT gegründet. An der Gründung des CUT (Einheitszentrale der Arbeiter)

nahmen 5.059 Delegierte teil, die 12.192.849 Gewerkschafter repräsentierten. Koordinator wurde Jair Antonio Meneguelli, der vom Arbeitsminister zuvor seiner Funktion enthobene Präsident der Metallarbeitergewerkschaft von São Bernardo.

Als ausländische Gäste nahmen bei der Gründung nur Delegationen solcher Gewerkschaften und Verbände teil, die dem sozialdemokratisch geführten Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) angehören (z.B. DGB) sowie Vertreter der US-Gewerkschaftszentrale AFL-CIO.

Die zweite Zentrale CONCLAT (Nationale Koordination der Arbeiterklasse) wurde von 4.248 Delegierten gegründet, die 1.256 Gewerkschaftsorganisationen mit 9.424.889 Mitgliedern vertraten. Im Gegensatz zur CUT sind hier nicht die einzelnen Gewerkschafter, sondern nur die Gewerkschaftsorganisationen Mitglieder.

Zustrom zu den Gewerkschaften

Verschiedene Organisationen waren auf beiden Kongressen vertreten. Andere Gewerkschaften nahmen an keinem der beiden teil. Während die CUT sich an die Sozialistische Internationale anlehnt, bestimmen bei der CONCLAT drei Hauptströmungen: Unabhängige und Basisgewerkschaften (z.T. unter kirchlicher Mithilfe organisiert), Linke um die Zeitungen Voz da Unidade, Hora do Povo, Tribuna da Luta Operária, und schließlich Angehörige der von den Militärs unterstützten konservativen Gewerkschaftsbürokratie.

37% der Delegierten und 51% der Mitglieder der CONCLAT sind Landarbeiter. Bei der CUT stellen die Industriearbeiter die Mehrheit.¹³

Die brennenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme Brasiliens werden eine Zusammenarbeit zwischen beiden Zentralen unumgänglich machen.

Anmerkungen:

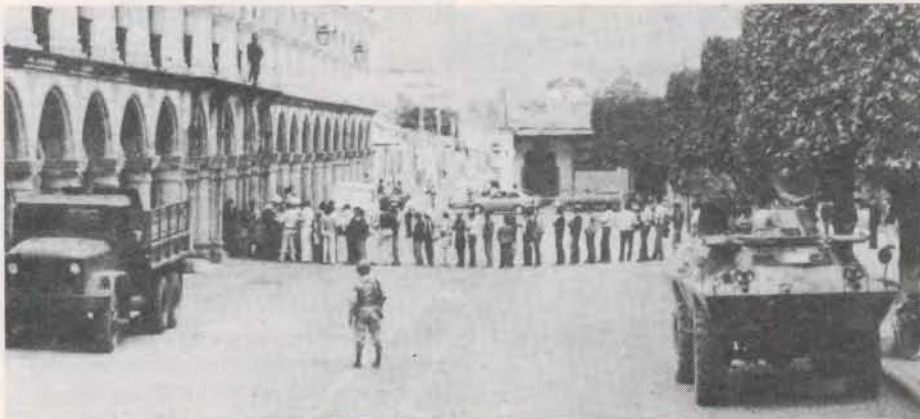
- 1) Granma, Havanna, 8.5.1984
- 2) Info der Deutsch-Südamerikanischen Bank (Info), Nr. 45/1983
- 3) Info, Nr. 39/1983
- 4) Info, Nr. 28/1984
- 5) Info, Nr. 10/1984
- 6) Info, Nr. 19/1984 und Cadernos do Terceiro Mundo, (3. Mundo), Lissabon, Nr. 66
- 7) Info, Nr. 10/1984 und Nr. 22/1984; 3. Mundo, Nr. 66
- 8) Info, Nr. 45/1983; 3. Mundo, Nr. 59/60
- 9) Cadernos do CEAS (CEAS), Bahia, Nr. 88
- 10) CEAS, Nr. 91. Zum aktuellen Dürrehunger in Afrika und Brasilien siehe auch: AIB 7-8/1984, S. 76 ff.
- 11) CEAS, Nr. 91 und 3. Mundo, Nr. 66
- 12) International Herald Tribune, Paris/Zürich, 27.3.1984
- 13) CEAS, Nr. 88 und 89

Franz Bushin

Rechte bei den Wahlen unter sich



Diktator Mejía Victores (l.) läßt wählen



Von den Medien kaum wahrgenommen, fanden am 1. Juli d.J. in Guatemala Parlamentswahlen statt. Mittels dieses von der Militärdiktatur Mejía Victores ausgerichteten Umengangs wurden 88 Abgeordnete bestimmt, denen es zusteht, eine neue Verfassung auszuarbeiten.

Überraschend ging die rechtsextremistische Parteienkoalition, bestehend aus der Bewegung der Nationalen Befreiung (MLN) und der Authentischen Nationalistischen Zentrale (CAN), die traditionellen Agroexportkreisen nahesteht sowie über eine mobilisierende Basis und paramilitärische Banden verfügt, nicht wie erwartet mit deutlichem Abstand durch das Ziel.

Image-Verbesserung

Die Guatemalteckische Christdemokratie (DCG) erhielt die meisten Stimmen, gefolgt von der Union des Nationalen Zentrums (UCN). Diese beiden Parteien, die rechts vom Zentrum stehen, erhielten jedoch aufgrund der ungleichmäßigen Aufteilung der Wahlkreise nur 20 bzw. 21 Sitze, während auf die MLN/CAN 23 Sitze entfielen.

Abgeschlagen landeten die rechten Gruppen Revolutionäre Partei (PR) (10 Sitze) und Institutionelle Demokratische Partei (PID) (5 Sitze) auf Platz 4 und 6, wohingegen die zur Mitte neigende Nationale Erneuerungspartei (PNR) 6 Sitze eroberte. Rechtssozialdemokratischen Tendenzen wie der Vereinigten Front der Revolution (FUR) und der Demokratischen Bürgerfront (FCD) ge-

lang es nicht Sitz und Stimme zu erringen.

Ebensowenig ist die Sozialdemokratische Partei (PSD), Mitglied der Sozialistischen Internationale, in der Versammlung vertreten. Sie hatte eine Teilnahme an dem Wahlgang abgelehnt mit dem Argument, daß die kontinuierlichen Verletzungen der Menschenrechte in Guatemala und die Mißachtung der politischen Opposition durch das Militärregime die Abhaltung authentischer, freier Wahlen verhinderten.

An der Wahl beteiligten sich 1,98 Mio Bürger, das sind 77% derjenigen, die sich (genötigt oder nicht) vorher in die Wahlregister eingetragen hatten bzw. 53% der 3,7 Mio Bürger im wahlfähigen Alter. 540.000 gaben jedoch einen ungültigen oder leeren Stimmzettel ab.

Die relativ hohe Wahlbeteiligung ist vor allem dadurch bedingt, daß die Armee in den 700.000 Mann zählenden zivilen Selbstverteidigungsgruppen und in den KZ-ähnlichen Modell-Dörfern (wo vertriebene Bauern zusammengefaßt und unter militärische Aufsicht gestellt wurden) für Druck gesorgt hatte. Außerdem riskierten Nichtwähler eine Geldstrafe von 5 Dollar oder mußten befürchten, entlassen oder als Subversive angesehen zu werden.

Ferner sind die Wahlen ausgesprochen ruhig verlaufen. Und im Gegensatz zu früheren Wahlen scheint es keinen massiven Wahlbetrug gegeben zu haben. Die Abhaltung dieser Wahlen ist vor dem Hintergrund der fortgesetzten internationalen Isolierung zu sehen, welcher das guatemalteckische Völkermord-

regime mit seinen wechselnden Gallionsfiguren ausgesetzt ist.

Am 8.8.1983 hatte Juntachef Mejía Victores anlässlich des von ihm unter Billigung der USA durchgeführten Staatsstreichts gegen den religiösen Fanatiker E. Ríos Montt u.a. versprochen, Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung anzusetzen.

Ziel dieser Wahlen war es, für eine Verbesserung des Ansehens des guatemalteckischen Regimes in den liberalen Kreisen der USA und in Westeuropa zu sorgen.



An ihrem Los ändern die Wahlen nichts

Im Inland soll den zivilen Bürgerlichen eine gewisse Machtbeteiligung in Aussicht gestellt werden.

Da es bei dem jetzigen Wahlgang entgegen einiger Spekulationen nicht zu einem Putschversuch z.B. seitens des Generalstabschefs Lobos Zamora kam, konnte der Schein gewahrt werden, daß die Militärs und die mit ihr verbundene Oligarchie gewillt sind, zu einem zivilen Regime zurückzukehren. Dieser Prozeß soll angeblich durch Präsidentschaftswahlen, die für das kommende Jahr vorgesehen sind, fortgesetzt werden.

Ob und wie diese Präsidentschaftswahlen stattfinden werden, hängt letztlich vom eigentlichen Machtfaktor in Guatemala, von der Armee, ab. Mejía Victores hat bereits am 25. Juni d.J. verkündet, daß, wenn die Verfassungsgebende Versammlung die Grenzen ihrer Aufgaben überschreite (d.h. falls sie die Ernennung eines neuen Regierungschefs beschließen würde), für die man sie einberief, sie aufgelöst würde.

Daß die Streitkräfte in einem abhängigen und unterentwickelten Land, in dem revolutionäre Kräfte einen bewaffneten Kampf führen, der wichtigste Faktor der Regierenden ist, wird auch von den Kräften der Mitte anerkannt. Sie enthalten sich deshalb weitgehend offener Angriffe gegen die Armee wegen deren brutaler Übergriffe auf die Zivilbevölkerung.

Die für ihre Unerbittlichkeit bekannten Streitkräfte halten seit Jahrzehnten den Staatsapparat in ihren Händen und werden dieses Machtmonopol nicht kampflös räumen. Allerdings bleibt die Armee

nicht unberührt von den Wahlergebnissen.

Aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Krise der Oligarchie verschärfen sich auch die Differenzen innerhalb der Armee. Wer dabei die Oberhand gewinnt — die mit der MLN oder die mit der Mitte sympathisierenden Kräfte — wird von dem Erfolg der Maßnahmen des gegenwärtigen Regimes zur Festigung seiner Macht und vom Fortgang der US-Intervention in der Region abhängen (siehe dazu: AIB-Sonderheft 3/1984 Guatemala).

Militärs weiter vorn

Die Chancen für eine „Zivilregierung“ den Prozeß der Machterosion aufzuhalten (sie wurde bei den zwei vergangenen Staatsstreichen offensichtlich) scheinen begrenzter Natur zu sein.

Sowohl die Christdemokratie als auch die kürzlich von Jorge Carpio Nicolle, dem Besitzer eines kleinen Zeitungsimperiums, ins Leben gerufene und ko-

metenhaft aufgestiegene UCN verfügen über eine geringe Basis. Sie können nur mit der Unterstützung von Kleinbesitzern und Mittelständlern sowie einzelnen Vertretern der Industrie- und Finanzwelt rechnen. Auf dieser Grundlage wird den traditionellen Kräften aus Oligarchie und Armee nicht beizukommen sein.

Das bedeutet, daß die Leidtragenden der wirtschaftlichen Krise und die Opfer der Menschenrechtsverletzungen mit den Wahlen vom 1. Juli 1984 nichts gewonnen haben. Die starke Beschränkung der Befugnisse der Verfassungsgebenden Versammlung macht deutlich, daß es sich bei diesen Wahlen um ein Experiment handelt.

Die Struktur der Militärherrschaft bleibt aufrechterhalten, und es bleibt fraglich, ob sich die Armee in die Kasernen zurückziehen wird. Kein Zweifel kann daran bestehen, daß der Antiguerillakampf, brutal oder reformistisch, an den sozialen Ursachen dieses innergesellschaftlichen Konfliktes vorbei, fortgeführt werden wird.

Zeitschriftenschau

Lateinamerika-Nachrichten, Nr. 128/Juli 1984

ARGENTINIEN: Menschenrechte im Abseits? ● Brief eines politischen Gefangenen in Villa Devoto ● Die wirtschaftliche und politische Situation ● Diskussion über Atomenergie ● BOLIVIEN: Interview mit Juan Lechin ● CUBA: Cuba si — Neckermann-Tourismus nein danke! ● NICARAGUA: Die Präsenz der Vereinigten Staaten in den Wahlen Nicaraguas ● DOMINIKANISCHE REPUBLIK: Die Vorgeschichte der Osterunruhen ● ECUADOR: Wird die Geschichte zurückgedreht? ● BRD: Spiegel-Arroganz ● Stoppt die Wende im BMZ ● Offener Brief an Bundesminister Warnke ● Besuch aus Südafrika
Einzelpreis 4 DM; Abo 45 DM

Bezug: FDCL, Im Mehringhof, Gneisenastr. 2, 1000 Berlin 61

ila-info, Nr. 78/Juli-August 1984

SCHWERPUNKTHEMA: Versinkt die Welt in Schulden? Teil I: Apocalypse soon ● BERICHTE UND HINTERGRÜNDE: Costa Rica: Die Aufrüstung einer abgeschafften Armee ● Honduras: Opposition im Aufwind ● „Die Wirklichkeit ist nie ein vollkommenes Paradies“ Eduardo Galeano Gegenrede auf den „offenen Brief“ von F. Arrabal an Fidel Castro ● LÄNDERNACHRICHTEN: Brasilien, El Salvador, Grenada, Guatemala ● SOLIDARITÄTSBEWEGUNG
Einzelpreis 3 DM; Abo 25,30 bzw. 35 DM
Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Mittelamerika-Magazin, Nr. 39-40/Juli-August 1984

NICARAGUA: Völkermord an den Miskitos? ● amnesty international: Menschenrechte ● Gesellschaft für bedrohte Völker: „Ein unhaltbarer Vorwurf“ ● Wo liegt die Wahrheit, wo die Lüge? — Dokumentation der Untersuchungsberichte von Nitschmann und CIDCA ● Der vorprogrammierte Konflikt ● Eden Pastora: Gewinner eines Attentats ● Die Werkstatt am Rio San Juan ● Wahlgesetz: Historische Vergleiche braucht es nicht zu fürchten ● Die Parteien in Nicaragua ● Umsiedlungen an der Südgrenze und neue Projekte ● EL SALVADOR: Flüchtlinge, die keine Meinung haben dürfen ● „Der Sieg ist nicht nur militärischer Natur“: Gewerkschaftliche Massenarbeit in El Salvador ● Wie weiter, Herr Duarte? — Der Davidsstern im fernen Salvador ● COSTA RICA: „Honduranisierung“ oder strikte Neutralität ● GUATEMALA: Wahlkampf: „Nicht die Gesetze sind das Problem“ ● Humanitäre Hilfe und militärische Kontrolle ● 68-Millionen-Kredit ● RÜCKBLICK ● SOLIDARITÄTSARBEIT
Einzelpreis 3 DM, Doppelheft 6 DM, Abo 18 DM (6 Hefte)
Bezug: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 4/Juni-Juli 1984

SÜDAFRIKA: Bothas Europareise ● Proteste — Der Staatsgast wurde zur persona non grata ● Rede von Alexander Schubart ● ZIMBABWE: Landreform in Zimbabwe: Bei den Bauern in der Schuld — Push until Things Move — Resettlement und Communal Land ● Krise in Matabeleland dauert an ● Zimbabwe — Opfer einer Verleumdungskampagne der westlichen Presse? ● LESOTHO: Die politische Lage eines von Südafrika umgebenen Landes ● NAMIBIA: Bewegung in der Namibia-Frage? ● ANGOLA: Pretoria treibt weiterhin sein Spiel ● SÜDLICHES AFRIKA: Gipfelkonferenz der Frontstaaten in Arusha ● AKTIONEN
Einzelpreis 5 DM, Abo 40 DM
Bezug: issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Blätter des iz3w, Nr. 118, Juni 1984

NACHRICHTEN UND BERICHTE: Eritrea, Mauretaniens, Guinea ● MITTELAMERIKA: DER KRIEG LÄSST KEINE WAHL ● Einleitung ● El Savador: Jubelsolidarität gegen US-Intervention ● Nicaragua: Wahlen mitten im Krieg ● Der wirtschaftliche Krieg der USA gegen Nicaragua ● Miskitos: Miskito-Indianer zwischen den Fronten ● Nicaragua-Solidarität: Briefe aus Wiwilli 1980-1983 ● Erklärung der Entwicklungshelfer des DED ● Rio San Juan ● Als Arbeitsbrigadistin in El Pochote ● Honduras: Eine Landreform aus Papier ● Flüchtlinge aus El Salvador ● „Wir haben keine Wahl“ ● Guatemala: Horror ohne Ende? Boykott-Aufruf: Kein Urlaub in der Türkei
Einzelpreis 5 DM, Abo 30 bzw. 40 DM
Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg



Treffen antiimperialistischer Organisationen der Karibik und Mittelamerikas Abschlußerklärung

Vom 11.-13. Juni d.J. fand in Havanna das erste Beratende Treffen antiimperialistischer Organisationen der Karibik und Mittelamerikas statt. An ihm nahmen 31 revolutionär- und national-demokratische, kommunistische und sozialdemokratische Parteien und Organisationen teil. Das Treffen bot Gelegenheit, Meinungen über die Politik der Reagan-Administration in der Region auszutauschen und Alternativen zu entwerfen. Dem Treffen kam vor dem Hintergrund der US-Invasion gegen Grenada vom Oktober 1983 eine besondere Bedeutung zu, da sie die Linke in der Region vor neue Probleme gestellt und zu Meinungsverschiedenheiten geführt hatte. Die Abschlußerklärung zeigt jedoch, daß diese Differenzen weitgehend überwunden sind.

Mittelamerika und die Karibik, verbunden im antiimperialistischen und antikolonialistischen Kampf

Mittelamerika und die Karibik waren schon vor der Entdeckung der Neuen Welt miteinander verbunden.

Mit der Eroberung jedoch wurden sie an verschiedene Metropolen angeketten. Deswegen waren wir lange durch den Kolonialismus voneinander getrennt, und diese Trennung wurde durch den US-Imperialismus in den letzten Jahrzehnten verstärkt.

Dies geschah durch die andauernde Ausplünderung eines jeden Volkes in der Region, durch das Fehlen von Verbindungen, die politische Unterdrückung und die Desinformation, die der gesamten Karibik und Mittelamerika aufzugen wurden.

Nur durch den Kampf der Völker konnte dies Stück für Stück überwunden werden. In diesem Kampf, in dem wir uns gegenseitig anerkennen und unsere nationale Eigenständigkeit behaupten, verteidigen wir unseren Wohlstand und streben nach einer politischen Ordnung, die die Freiheit und die sozialökonomische Entwicklung unserer Länder garantiert.

Vor allem erkennen wir, daß wir Brüder sind,

weil wir demselben Feind gegenüberstehen, der uns unterdrückt und ausbeutet.

Jetzt, angesichts der aggressiven Politik des US-Imperialismus, brauchen die Völker der Karibik und Mittelamerikas eine enge Verbundenheit, verschiedene Mittel der schnellen Verständigung, gegenseitige Unterstützung, Ermutigung und den Austausch von Kritik, um zu überleben, zu kämpfen und zu gewinnen.

Wir brauchen einen kontinuierlichen Austausch, um unseren eigenen Widerstand wirkungsvoll aufeinander abzustimmen. Eine Abstimmung, die sich auf all das gründet, was uns vereint und uns in die Lage versetzt, die Unterschiede und Angelegenheiten, die uns trennen, als Brüder und Genossen anzupacken.

Die US-Politik in der Region

Beim Entwurf ihrer strategischen Pläne für die Region ist sich die Reagan-Administration über die unauflösbare Beziehung zwischen Mittelamerika und der Karibik im klaren.

Sie sichert ihre imperialistischen Interessen durch einen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Plan, der auf das Zerbrechen der antikolonialistischen und antiimperialistischen Volksbewegungen, auf das Auslöschen des Sozialismus in Kuba mit dem Mittel der militärischen Aggression, auf die Niederwerfung der sandinistischen Volksrevolution und auf die Erstückung der salvadorianischen und guatemalteckischen Rebellionen abzielt.

Ihre Initiative für das karibische Becken ist eine Politik der Neukolonialisierung und der Einverleibung, die wie ein trojanisches Pferd funktioniert, um ihre Durchdringung und Beherrschung der Karibik zu sichern. Dabei stärkt sie die Streitkräfte der Marionettendiktaturen, die ihr zu Diensten stehen und kontrolliert durch den Weltwährungsfonds die verarmten Volkswirtschaften in der Region.

Das Beratende Treffen hat mit großer Sorge die ungünstigen Auswirkungen des autoritären Drucks festgestellt, den vor allem die US-Imperialisten allen unseren Völkern aufgebürdet haben. Es hat besonders die fortgesetzte Abhaltung von Militärmanövern der Streitkräfte der Vereinigten Staaten im mittelamerikanischen und karibischen Gebiet angeprangert, weil sie eine große Bedrohung des Friedens und der Unabhängigkeit und Sicherheit der Völker in der Region darstellen.

Insgesamt wurden alle durch die katastrophalen Auswirkungen der allgemeinen Krise des

Kapitalismus in Mitleidenschaft gezogen. Diese wird jetzt noch durch die imperialistische Politik wirtschaftlicher und finanzieller Einschränkungen verschärft – besonders durch die hohen Zinssätze und die drückenden, ungerechten Bedingungen, die hinsichtlich der Auslandsschulden auferlegt werden.

Einige dieser Staaten – Kuba, Nikaragua und Surinam im besonderen – sind ununterbrochenen Angriffen ausgesetzt, die auf die Destabilisierung ihrer Volkswirtschaften, Regierungen und Gesellschaften gerichtet sind. Im Fall Guayanas wird Druck auf die Regierung ausgeübt, um die Prozesse umzukehren, die auf die Erringung wirklicher wirtschaftlicher Unabhängigkeit gerichtet sind.

Andere Regierungen, wie die von Haiti, der Dominikanischen Republik und Jamaika, die mit der US-Politik in der Region kollaborieren, zwingen ihren ausgebeuteten Völkern eine noch größere Armut und Besitzlosigkeit auf, wobei sie unter ihnen gerechten Zorn erzeugen, wie er kürzlich in Santo Domingo und Haiti zum Ausdruck gekommen ist.

Die sozialen und wirtschaftlichen Entbehrungen von breiten Teilen der arbeitenden Klasse sind in solchen Gesellschaften chronisch geworden. Ereignisse, die kürzlich stattfanden, haben klar und unzweifelhaft gezeigt, daß die Armen und Unterdrückten weder still bleiben wollen noch können, während ihre Unterdrücker sich mit dem Imperialismus einig werden und damit fortfahren, sich an ihnen zu mästen.

Internationale Solidarität

Das Treffen unterstrich die wechselseitige Abhängigkeit, die zwischen den Kämpfen unserer Völker und der internationalen Lage besteht. Wir sollten sie untersuchen und unseren Kampf gegen den Imperialismus in diesem größeren Rahmen betrachten und so die breite Weltbewegung zur Sicherung des Friedens und zur Vereitelung der aggressiven Politik der Reagan-Administration, vereinigen.

Diesbezüglich prangern die Teilnehmer des Treffens die aktive Teilnahme von einigen europäischen Alliierten des US-Imperialismus an seinen Plänen an. Sie widersetzen sich dem Recht der Völker auf Selbstbestimmung, indem sie einige Völker der Region unter ihrer direkten kolonialen Herrschaft halten und sich von ihren dortigen kolonialen Stützpunkten aus ebenfalls in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten des Gebietes einmischen. Das Beratende Treffen bekräftigte, daß die völlige Befreiung der Gebiete, die immer noch kolonisiert sind, eine unabdingbare Bedingung für die Erringung des Gleichgewichtes und des Friedens in der Karibik und in Mittelamerika ist.

Das Beratende Treffen untersuchte ebenfalls die gegenwärtige Lage Grenadas, wobei es die fortgesetzte, illegale Besetzung dieser Insel durch Streitkräfte der USA und aus der Karibik, nach der ungerechtfertigten und grausamen Invasion dieses Landes, anprangerte.

Es forderte, daß die Resolutionen erfüllt werden, die von der Vollversammlung der Vereinten Nationen und der Konferenz der Regierungsoberhäupter des Britischen Commonwealth, die im November 1983 in Indien stattfand, angenommen wurden, und die einen sofortigen und bedingungslosen Abzug fordern. Das Treffen anerkannte und bestätigte die Notwendigkeit, die Menschenrechte des gesamten grenadinischen Volkes zu verteidigen. Diese schließen das Recht auf Arbeit, auf Meinungsfreiheit und auf Vereinigungsfreiheit ein, sowie das Recht aller Personen, die eines Verbrechens angeklagt sind, ihren Rechtsvertreter zu wählen und ein freies und gerechtes Verfah-



ren zu haben. Diese Rechte wurden alle von der unrechtmäßigen, unterwürfigen Marionettenregierung und ihren US-Herren verletzt. Indem sie feststellten, daß die Niederlage der grenadischen Revolution einen ernstesten Rückschlag für die karibische und die internationale Revolution darstellt, verurteilten die Teilnehmer die Hinrichtung von Maurice Bishop und anderer Revolutionäre und brachten ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß das Volk Grenadas früher oder später erneut die Fackel der nationalen und gesellschaftlichen Freiheit aufnehmen wird, die ihm von seinem geliebten Führer und Märtyrer Maurice Bishop gegeben wurde.

Das Erste Beratende Treffen antiimperialistischer Organisationen der Karibik und Mittelamerikas verurteilte die verbrecherische Politik des US-Imperialismus in der gesamten Region, und besonders die andauernde Blockade gegen das heldenhafte Volk von Kuba und die zunehmende Androhung eines militärischen Angriffs auf die Revolution.

Die Teilnehmer brachten gleichfalls ihre Dankbarkeit gegenüber der Kommunistischen Partei Kubas für die Ausrichtung dieses Treffens und die Bereitstellung von ausgezeichneten Arbeitsbedingungen zum Ausdruck, die zu seinem Erfolg beigetragen haben.

Das Beratende Treffen prangerte die vielfachen Akte militärischer Intervention der Vereinigten Staaten in Mittelamerika an; ihre Angriffe auf die heldenhafte Sandinistische Volksrevolution in Nicaragua; ihre Besetzung von Honduras; die militärische, politische und wirtschaftliche Hilfe, die sie der völkermörderischen Diktatur von El Salvador gegeben haben, die vergeblich versucht, dem revolutionären Krieg, den das salvadorianische Volk mit Erfolg führt, eine Niederlage zu bereiten.

Das erste Beratende Treffen bekundete seine Unterstützung für das heldenhafte guatemalteke Volk in seinem Kampf für die Einsetzung eines politischen Regimes, das die Menschenrechte achtet und die sozialökonomische Entwicklung seiner Nation sicherstellt.

Das Treffen forderte gleichfalls Unabhängigkeit für Puerto Rico und verurteilte die Nutzung des Territoriums dieser Insel durch den Imperialismus, um militärische Angriffe auf andere Völker in diesem Gebiet durchzuführen.

Das Treffen verurteilte die Pläne zur Errichtung einer Streitmacht unter US-Kontrolle in der östlichen Karibik, die ein Werkzeug zur Intervention und eine Bedrohung der Unabhängigkeit und der Souveränität dieser Länder darstellen würde.

Die Teilnehmer brachten ihre Solidarität mit allen Völkern der Welt zum Ausdruck, die für Frieden, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und nationale Befreiung, gegen Kolonialismus, Neokolonialismus und Imperialismus kämpfen.

Die Karibik als eine Zone des Friedens

Das Treffen brachte seine Überzeugung zum Ausdruck, daß der Kampf für den Frieden nicht vom Kampf für die Unabhängigkeit, die wirtschaftliche Entwicklung und den gesellschaftlichen Fortschritt unserer Völker zu trennen ist.

In dieser Hinsicht haben die Teilnehmer des Treffens erklärt, daß die folgenden Ziele erreicht werden müssen, um aus der Karibik eine Zone des Friedens zu machen:

- die Auflösung aller ausländischen Militärstützpunkte, die in der Region bestehen, ein Verbot der Errichtung neuer Stützpunkte und die Beseitigung von Atomwaffen;
- die Beendigung aller Akte von wirtschaft-



licher, politischer und militärischer Aggression gegen die Länder in der Region durch Wirtschaftsblockaden oder die Beeinflussung internationaler Kreditagenturen, und die Einstellung von direkten und indirekten Aktionen, die auf die Destabilisierung von Regierungen gerichtet sind;

- ein Verbot des Einsatzes von Söldnern bei Aggressionsakten und ein Verbot der Anwerbung und Ausbildung von Söldnern in diesem Gebiet;
- ein Ende der kolonialen und ausländischen Herrschaft, der einige Gebiete dieser Region unterliegen;
- Nichteinmischung und Nichtintervention in die inneren Angelegenheiten von Staaten in der Region, und Achtung der Souveränität und der territorialen Unversehrtheit;
- Beendigung von Militärmanövern in der Region, die gegen die Interessen der Völker gerichtet sind; und
- Beendigung von bilateralen und multilateralen Militärpakt zwischen Ländern der Region und anderen Ländern.

Das erste Beratende Treffen von antiimperialistischen Organisationen der Karibik und Mittelamerikas schloß mit einem Aufruf an alle Völker der Region, fest vereint zu sein und den schonungslosen Kampf für wahre Unabhängigkeit, Freiheit, Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt zu verstärken.

Organisationen und Parteien, die diesem Dokument zustimmen:

- Arbeiterpartei Jamaikas (Jamaika)
- Sandinistische Front der Nationalen Befreiung (Nicaragua)
- Puertorikanische Sozialistische Partei (Puerto Rico)
- Bewegung für Nationale Einheit (St. Vincent)
- Bewegung des Vereinigten Volkes (St. Vin-

cent)

- Progressive Partei der Arbeit (St. Lucia)
 - Kommunistische Partei Martiniques (Martinique)
 - Progressive Partei Martiniques (Martinique)
 - Vereinigte Delegation der Linken der Dominikanischen Republik (Sozialistischer Block, Kommunistische Partei der Dominikanischen Republik, Dominikanische Arbeiterpartei, Antiimperialistische Patriotische Union)
 - Revolutionäre Bewegung der Arbeiter (St. Lucia)
 - Bewegung des 18. Februar (Trinidad und Tobago)
 - Vereinigte Dominikanische Partei der Arbeit (Dominica)
 - Sozialistische Bewegung Curaçãos (Curaçao)
 - Guayanische Sozialistische Partei (Cayenne)
 - Bewegung für Nationale Befreiung (Barbados)
 - Nationalistische und Sozialistische Vorhutpartei der Bahamas (Bahama)
 - Karibische Befreiungsbewegung Antiguas (Antigua)
 - Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí (El Salvador)
 - Demokratisch-Revolutionäre Front (El Salvador)
 - Populäre Bewegung des Volkes (Trinidad und Tobago)
 - Vereinigte Partei der Haitianischen Kommunisten (Haiti)
 - Nationaler Volkskongreß (Guayana)
 - Guatemalteke Revolutionäre Nationale Einheit (Guatemala)
 - Patriotische Bewegung Maurice Bishop (Grenada)
 - Progressive Partei des Volkes (Guayana)
 - Kommunistische Partei Guadeloupes (Guadeloupe)
 - Kommunistische Partei Kubas (Kuba)
- (Quelle: Granma. Weekly Review, Havanna, 1.7. 1984)



Fast 100 Lieder auf 180 Seiten - Viele Bilder und Karikaturen - Anhang für entwicklungspolitisches Handeln.

Preis: 12,-DM (zzgl. 2,-DM Versand); Staffelpreise auf Anfrage (z.B. ab 10 Ex. 30% Rabatt).

Bestellungen an:
Andreas Schübler
Katzbachstr.2
48 Bielefeld 17

Kto.Nr.: 248577-469
Postscheckamt Dortmund



Im Falklandkrieg 1982 getroffener britischer Zerstörer „Sheffield“

Dietrich Schulze-Marmeling

Der Südatlantik im Fadenkreuz imperialistischer Interessen (Teil 1)

Der argentinisch-britische Krieg um die Malwinen/Falklands richtete 1982 das Augenmerk der internationalen Öffentlichkeit auf eine Region, deren potentielle Konflikträchtigkeit bis dahin kaum wahrgenommen worden war: die Südatlantik- und Antarktisregion.

Im Juni desselben Jahres, zwei Monate nach Ausbruch des Krieges, gelang es der britischen Marine, die argentinischen Streitkräfte zur Aufgabe zu zwingen und den kolonialen Status quo vor dem Kriege wiederherzustellen.

Militärwissenschaftliche Bestandsaufnahmen dieses Krieges haben mittlerweile den Beweis erbracht, daß es die NATO-Vormacht USA war, die Großbritannien den militärischen Sieg ermöglichte.

Forsche Pentagon-Hilfe...

Die erfolg- und hilflose „shuttle diplomacy“ (Pendel-Diplomatie) des US-Außenministers Alexander Haig war nicht das eigentlich bestimmende Moment der US-Außenpolitik dieser Tage. Sie dokumentiert bestenfalls Widersprüche innerhalb der Reagan-Administration bezüglich der Behandlung eines Konfliktes, in dem sich zwei der „westlichen Welt“ zugehörig fühlende Regierungen gegenüberstanden, in dem sich unterschiedliches „Standesbewußtsein“ stärker erwies als die politisch-ideologisch vermittelte Kohärenz (Zusammen-

arbeit; d. Red.) der „westlichen Staatengemeinschaft“.

Jedem „Vermittlungsversuch“ standen der der „Nach-Vietnam-Ära“ (Ende des US-Vietnamkrieges 1973; d. Red.) eigene Autoritätsverlust der USA im „westlichen Lager“, inklusive Lateinamerika, sowie die argentinischen Zweifel an der „Überparteilichkeit“ Washingtons entgegen.

...für die alte Weltordnung

In dieser Situation entschied sich Washington, das nach dem Amtsantritt der Reagan-Administration noch einen neuen Dialog mit den diskreditierten südamerikanischen Diktatoren eingeleitet hatte, im Zweifelsfall pro NATO. Am Außenministerium (State Department) vorbei, lieferte das Pentagon (US-Verteidigungsministerium; d. Red.) Caspar Weinbergers an die britische Kriegsmarine alles, was ihr Oberbefehlshaber begehrte: Von logistischen Hilfsmitteln (Satelliten-Unterstützung, Bereitstellung des US-Stützpunktes Ascension) bis hin zur Ausrüstung mit Raketen („Sidewinder“, „Shrike“, „Harpoon“) und Treibstoffvorräten.¹

Dabei spielten u.a. folgende Überlegungen eine Rolle:

In Washington wie in London wurde der Krieg als eine Auseinandersetzung um die althergebrachte, vom Imperialismus diktierte Weltordnung rezipiert. Groß-

britannien handelte gemäß dem Prinzip „aggression doesn't pay“ („Angriffe zahlen sich nicht aus“; d. Red.).

Das besagte, daß die Regierung in London gewillt war (und ist), ihre über den Globus verstreuten, aus der Zeit des Kolonialismus und des britischen Empires übrig gebliebenen Besitztümer notfalls auch unter Anwendung militärischer Gewalt gegen diesbezüglich allzu „forsch“ vorgetragene Ansprüche „zweit-“ oder „drittklassiger“ Staaten und Nationen zu „verteidigen“.

Hinsichtlich der Aufrechterhaltung der alten Weltordnung konnte Großbritannien auf die uneingeschränkte Solidarität der westlichen industriekapitalistischen Staaten und der NATO zählen. Die vorab (und nicht erst nach dem Scheitern der „shuttle diplomacy“) zugesagte US-Hilfe machte es überhaupt erst möglich, daß die britische Marine die heimischen Häfen verließ.

Die USA waren daran interessiert, daß der Krieg als „begrenzter“ geführt wurde. Dies setzte wiederum den „schnellen Sieg“ einer der Konfliktparteien voraus, den die eigene Unterstützung Großbritanniens ermöglichte. Hilfreich war auch die Tatsache, daß beide Konfliktparteien auf vielfältige Weise in die westliche Staatengemeinschaft eingebunden waren.

So konnte verhindert werden, daß der Krieg a) zu einer über die Region hinausgreifenden Konfrontation über die alte Weltordnung eskalierte, und b) eine lang-

fristige wie tiefgreifende Verschlechterung in den interamerikanischen Beziehungen zur Folge hatte. Den treuen Verbündeten des Imperialismus am Cono Sur (Südkegel Lateinamerikas; d. Red.) mußte die Möglichkeit der Rückkehr in die „westliche Staatengemeinschaft“ offen gehalten und signalisiert werden.

Zuguterletzt wurde aber auch der strategische Wert der Inseln für den Imperialismus erörtert. Den Malwinen kam in der Vergangenheit, d.h. vor dem Bau des Panama-Kanals (1914 in Betrieb genommen; d. Red.), trotz ihrer relativ isolierten Lage, für die Kontrolle und Beherrschung der Seewege im Südatlantik eine erhebliche Bedeutung zu.

Von den Inseln aus ließen und lassen sich die Einfahrt in die Magellanstraße und die Schifffahrt um das Kap Horn kontrollieren. In zwei Weltkriegen gewann der Stützpunkt militärische Bedeutung.

Der Wert der Malwinen steigt nun zusätzlich mit der anstehenden Einbeziehung der Antarktis in die weltwirtschaftlichen Bezüge. Die Inseln liegen am „Eingang“ zum 6. Kontinent, Südgeorgien (ebenfalls in britischem Besitz). Und die Malwinen sind dessen strategische Säulen, die am weitesten gegen die Antarktis vorgeschobenen Außenposten der bewohnten Welt.

Geographisch definiert, umfaßt der Südatlantik den Atlantischen Ozean südlich des Äquators. Strategisch be-

trachtet das Gebiet südlich der Linie Natal, Brasilien – Dakar, Senegal. In einer weiterreichenden Definition schließt er das gesamte Gebiet südlich des Wendekreises des Krebses, der südlichen Begrenzung des NATO-Geltungsbereiches, ein.

Der Südatlantik war seit ehemals eine wichtige Seehandelsstraße. Seine Bedeutung für den Öltransport wuchs mit der Schließung des Suez-Kanals 1967. Er wurde damals zur entscheidenden Route

tinien und Brasilien: 85 bis 90% des Außenhandels beider Länder werden über den südatlantischen Seeweg abgewickelt. Im Falle Brasiliens sind hier insbesondere der Handel mit den afrikanischen Anrainerstaaten sowie die Ölimporte aus Nigeria, Angola und der Region des Nahen und Mittleren Ostens von Bedeutung.

Ein neueres Moment der strategischen Bedeutung des Südatlantiks ist seine Funktion als strategische Glacis für terri-



Argentiniens Kriegsherr General Galtieri (l.) und US-Außenminister Haig



für den Öltransport in die industriekapitalistischen Zentren Westeuropa und USA, da die Tanker vom Persischen Golf nun gezwungen waren, den langen Weg um das Kap der Guten Hoffnung zu nehmen.

Dies änderte sich auch nicht mit der Wiederöffnung des Suez-Kanals. Denn aus Gründen der Rentabilität bzw. des längeren Seeweges hatte man zwischenzeitlich auf Supertanker umgestellt, für die sich der Suez-Kanal nun als zu schmal erwies.

Gleiches gilt im übrigen auch für den Panamakanal. Die Supertanker müssen die Route um das Kap Horn an der Südspitze des amerikanischen Kontinents nehmen. Im Jahre 1976 entfielen immerhin 60% der Nutzlasttonnage der Welttankerflotte auf Schiffe mit über 100.000 t Nutzlast.

1978 wurden über 40% der gesamten Welt-Rohölfracht über den Südatlantik transportiert. Im gleichen Jahr nahmen etwa 20% der US-amerikanischen und mehr als 50% der westeuropäischen Ölimporte den gleichen Weg.

Der Südatlantik bildet aber auch das Rückgrat für den Außenhandel der südamerikanischen Anrainerstaaten Argentinien und Brasilien.

85 bis 90% des Außenhandels beider Länder werden über den südatlantischen Seeweg abgewickelt.

Im Falle Brasiliens sind hier insbesondere der Handel mit den afrikanischen Anrainerstaaten sowie die Ölimporte aus Nigeria, Angola und der Region des Nahen und Mittleren Ostens von Bedeutung.

Run auf die Antarktis

Im Zusammenhang mit den weltweiten Bemühungen um die Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung und die Bereitstellung zusätzlicher Nahrungsmittelreserven rücken neben den Weltmeeren auch die Polargebiete, als letzte noch verbliebene eigentumslose, d.h. keiner formellen nationalstaatlichen Hoheit unterstellt, Räume, zusehends in den Mittelpunkt des wirtschaftlichen Interesses der rohstoffhungrigen industriekapitalistischen Zentren, sowie halbautonomer Subzentren an der Peripherie des Weltsystems.

Im Falle der Antarktis die südamerikanischen Anrainer Chile, Argentinien so-

wie Brasilien, das im Rahmen seines geopolitischen Konzepts eines „inneren Sicherheitszirkels“ Ansprüche auf die Antarktis anmeldet.

Die Bonner Antarktis-Konferenz vom Juni 1983 markierte das vorläufige Ende einer Ära, in der sich die Zentren der Weltakkumulation auf globale Verhandlungen („Nord-Süd-Dialog“) mit den Ländern der sog. Dritten Welt über die zukünftige Gestaltung der weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Ordnung einließen.

Eine Wiederholung der dritten See-rechtskonferenz wird es bezüglich der Antarktis nicht geben. Der Antarktis-Vertrag von 1959 enthält ein Moratorium für alle territorialen Forderungen, was bedeutet, daß neue Ansprüche auf territoriale Hoheitsrechte in der Antarktis weder zu verweigern noch anzuerkennen sind. Dieses Moratorium kann 30 Jahre nach Inkrafttreten des Vertrages, d.h. 1991, aufgehoben werden.

Militarisierung des 6. Kontinents

Der Wettlauf um den 6. Kontinent und die dort vermuteten Ressourcen hat jedoch schon längst begonnen.

Kriegerische Auseinandersetzungen, z.T. „quer“ zu den traditionellen Konfliktlinien im internationalen System, sind hier für die Zukunft keineswegs auszuschließen. Die Militarisierung des offiziell entmilitarisierten 6. Kontinents nimmt bereits konkrete Formen an. Insbesondere Argentinien und Chile unterhalten schon heute kleinere Militärstützpunkte und militärische Einrichtungen in der Antarktisregion.²

Aber auch Großbritannien (bzw. die NATO) baut seine militärische Präsenz in der Südatlantik-/Antarktisregion aus, wie die Besetzung der Malwinen zeigt. Auf den Malwinen sind heute 4.500 Soldaten ständig stationiert, was den britischen Steuerzahler täglich immerhin 3 Mio Pfund Sterling kostet.³

Die Inseln werden zudem im zunehmenden Maße zu einem militärischen Stützpunkt Großbritanniens ausgebaut. Zur Zeit wird u.a. ein neuer Flughafen, der auch für strategische Lufttransporter geeignet ist, angelegt. Desweiteren werden Vorrichtungen für Flugabwehr und für Ankerung von Zerstörern, Fregatten und atomangetriebene U-Boote installiert.

Eine politische Lösung des Souveränitätskonfliktes um die Malwinen, etwa nach dem Vorbild der Ridley-Initiative (formelle Übertragung der Souveränität an Buenos Aires bei parallel zu erfolgender Rückverpachtung an London), ist heute weniger denn je in Sicht.

Vor dem Hintergrund der Einbeziehung der Weltmeere und Polargebiete in die

weltwirtschaftlichen Bezüge und angesichts der Gefahr eines neuerlichen Weltkrieges erleben diese einstmals als unwirtlich und unbedeutend geltenden Felsen im Südatlantik einen erheblichen wirtschaftlichen und geostrategischen Bedeutungszuwachs.

Der Nordatlantikvertrag begrenzt im Artikel 6 den NATO-Geltungsbereich auf die Region nördlich des Wendekreises des Krebses.

Er beschreibt als das „Verteidigungsgebiet“ der NATO erstens das Territorium seiner Mitgliedsstaaten und zweitens den Nordatlantischen Ozean bis zu seiner südlichen Begrenzung, einschließlich der unmittelbar damit verbundenen Meere, wie Ostsee, Nordsee, Mittelmeer. Die Festlegung der südlichen Grenze wurde 1949 und in den folgenden zwei Dekaden den strategischen Erfordernissen des Imperialismus gerecht. Der Suez-Kanal war das Bindeglied des in Ost-West-Richtung und umgekehrt verlaufenden kapitalistischen Welthandels.

Das Dispositiv der USA reicht jedoch seit ehedem von Pol zu Pol. Der in Norfolk/Virginia residierende US-Admiral ist sowohl NATO-Oberbefehlshaber Atlantik (SACLANT) wie auch nationaler Befehlshaber der amerikanischen Atlantik-Flotte, deren Operationsradius nicht auf den Nordatlantik beschränkt ist. So gesehen ist sein Kommandobereich nicht nach der NATO-Doktrin durch den Wendekreis des Krebses auf den Nordatlantik begrenzt, sondern hat den gesamten Ozean von Pol zu Pol, von der Arktis bis zur Antarktis zum Gegenstand.

Zuständigkeit der NATO?

Die USA verstehen sich als atlantische und pazifische Macht, als nordatlantische und als südatlantische Macht. Aus der Sicht des Oberbefehlshabers in Norfolk gehört der Südatlantik in ein gesamtatlantisches „Sicherheitskonzept“ mit einbezogen. Das Streben nach Vorherrschaft auf allen Weltmeeren findet seinen Ausdruck in dem gigantischen Ausbau der maritimen US-Streitkräfte, inklusive der Reaktivierung und Modernisierung von bereits „eingemotteten“ Schlachtschiffen. Erklärtes Ziel ist die Wiedererlangung der Überlegenheit zur See.

Die für die Stärkung der maritimen Streitkräfte vorgesehenen Aufwendungen der USA übersteigen die Summe der Marinehaushalte aller westeuropäischen NATO-Staaten.

Die NATO hat sich bezüglich militärischer Operationen außerhalb des offiziellen NATO-Geltungsbereiches auf folgende Form der Arbeitsteilung geeinigt: Eine formelle Ausweitung des NATO-Geltungsbereiches findet nicht statt, da



Britischer Flugzeugträger „Hermes“ und Marines an Bord



Argentinische Falklandopfer





dies den ohnehin schon lädierten „sicherheitspolitischen Konsens“ in einigen westeuropäischen NATO-Staaten vollends zerbrechen lassen könnte.

„Die NATO“ – so J. Reschke – „ist ein Gebilde von 15 souveränen Staaten; die Tragfähigkeit des Bündnisses wird entscheidend von der Solidarität seiner Partner bestimmt. Die Allianz hat in der Vergangenheit Höhen und Tiefen erlebt, sie ist aber nie ernsthaft ins Wanken geraten. Die Ausweitung des Vertragsgebietes jedoch wäre eine Angelegenheit von großer politischer Tragweite; dies gilt insbesondere für die Beistandsverpflichtung gemäß § 5 und § 6 des Nordatlantikvertrages für den Fall einer bewaffneten Auseinandersetzung. Es muß bezweifelt werden, ob in dieser Frage Konsens zu erzielen wäre; vielmehr ist die Gefahr einer Überstrapazierung bündnispolitischer Solidarität groß.“⁴

Es sei an dieser Stelle daran erinnert, daß Frankreich seinerzeit die militärische Integration der NATO nicht nur aufgrund der Annahme der „flexible response“ (Flexible Erwidern, offizielle NATO-Doktrin seit den 60er Jahren; d. Red.) als offizielle NATO-Strategie verließ, sondern auch, weil Paris befürchtete, durch das militärische Engagement der USA außerhalb des NATO-Geltungsbereiches im Falle einer „horizontalen Eskalation“ in eine globale kriegerische Konfrontation hineingezwungen zu werden.

Die NATO hat nun vor einiger Zeit die Übereinkunft getroffen, daß die Schiffe der NATO-Mitgliedsstaaten zwar jenseits des Wendekreises des Krebses Flagge zeigen sollen, jedoch die Flagge ihres jeweiligen Staates, was ein koordiniertes Vorgehen im konkreten Fall nicht ausschließt.⁵

Das regionale Kräfteverhältnis unter den Südatlantik-Anrainern war bislang gekennzeichnet durch das Machtdreieck Südafrika, Brasilien und Argentinien.

Das Projekt SATO

Dementsprechend spielten die genannten drei Staaten auch die Hauptrolle in den Überlegungen zur Konstruktion einer symmetrisch zur NATO konzipierten Südatlantischen Vertragsorganisation (SATO), wie sie in den 70er Jahren nicht nur in Kapstadt, Brasília und Buenos Aires, sondern auch in London und Washington erörtert wurden. Einem derartigen Militärpakt sollten desweiteren auch die kleineren südamerikanischen Staaten Paraguay und Uruguay angehören.

Doch zunächst zur Historie des Projektes. Sieht man einmal von dem Interamerikanischen Vertrag über gegenseitige Hilfe von 1947 (Rio-Pakt) ab, so sind „Verteidigungsabkommen“ zwischen la-



Falklands: Die koloniale Vorkriegsordnung in Port Stanley ist wiederhergestellt

teinamerikanischen Staaten in erster Linie Abkommen zur Durchführung gemeinsamer Übungsmanöver, und sie beinhalten keine Angriffs- oder Verteidigungsverpflichtungen bezüglich der „Kontinentalverteidigung“.

Das gilt auch für den 1956 von Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay ratifizierten Südatlantik-Pakt. Gegenstand des Vertrages waren die Erweiterung, Verstärkung und Modernisierung der jeweiligen nationalen Kriegsmarinen sowie gemeinsame Manöver zur Verbesserung des Ausbildungsstandes. Das Abkommen wurde nie völkerrechtlich verbindlich, da ihm das uruguayische Parlament seine Zustimmung verweigerte. Nach dem Sturz der Regierung Joao Goulart in Brasilien durch die Militärs am 1. April 1964, die eine Politik gemäß der „Doktrin der nationalen Sicherheit“ formulierten, erhielt der Plan eines Südatlantik-Pakts neuen Auftrieb.

Brasilien Präsident Humberto Castelo Branco und der portugiesische Diktator Oliveira Salazar versuchten, Großbritannien und Südafrika für ein gegenseitiges Verteidigungsbündnis mit den südamerikanischen Staaten zu interessieren. Portugal ging es um die „Verteidigung“ seiner damaligen „Übersee-Provinz“ Angola gegenüber antiimperialistischen Kräften, Großbritannien zeigte sich ob seiner Kronkolonie Falklands/Malwinen interessiert.

„Eckpfeiler“ in Südamerika und Südafrika

Im gleichen Jahr überzeugte der argentinische Botschafter in Pretoria seine Regierung von der Notwendigkeit, mit Südafrika in Verhandlungen über eine Regelung zur Verteidigung des Südatlantiks zu treten.

Nach dem Sturz der Illia-Regierung wur-

den in Argentinien diesbezügliche Überlegungen erst einmal eingefroren. Im Juni 1971 berief der uruguayische Außenminister die Botschafter Argentiniens und Brasiliens nach Montevideo und beauftragte sie, in den befreundeten Ländern darauf hinzuwirken, daß die Möglichkeit der Schaffung einer Organisation mit dem Zweck geprüft werde, die „Verteidigung der Souveränität“ und der Naturreichtümer im Kontinentalsockel der südamerikanischen Atlantikküste zu koordinieren.

Das Ergebnis waren u.a. gemeinsame Bemühungen um die Durchsetzung einer Wirtschaftszone von 200 Seemeilen (sm, 1 sm = 1,852 km; d. Red.), wie sie auch später die auf Drängen der Dritten Welt zustandekommene Konvention eines neuen internationalen Seerechtes enthält. Tatsächlich waren die südamerikanischen Langküstenstaaten die ersten, die eine 200-sm-Wirtschaftszone vor ihren Küsten deklarieren.

Als 1974 das faschistische Salazar-Regime in Portugal gestürzt wurde, wurden alle Pläne bezüglich einer brasilianisch-portugiesischen Verteidigung des Südatlantiks erst einmal ad acta gelegt. Wenig später folgten einschneidende Modifizierungen in der brasilianischen Außenpolitik.

Mit der Revolution in Angola erhielt die NATO-Diskussion Mitte der 70er Jahre neuen Auftrieb, jetzt auch verstärkt in militärischen Kreisen der USA.

Dabei standen sich allerdings von Anfang an unterschiedliche Modelle zur besseren imperialistischen Kontrolle gegenüber, ein nordatlantisches (Ausdehnung des

NATO-Geltungsbereiches bzw. verstärkte Wahrnehmung von Aufgaben im Südatlantik durch Seestreitkräfte einzelner NATO-Mitgliedsstaaten) und ein südatlantisches (Bildung eines symmetrisch zur NATO konzipierten Südatlantikpaktes mit Argentinien, Brasilien und Südafrika als „Eckpfeilern“; die Durchsetzung dieses Modelles hätte die Bedeutung der subimperialistischen Anrainerstaaten erheblich erhöht).

Geteilte Auffassung in Washington

Die US-Administration war (und ist) diesbezüglich geteilter Auffassung.

Im Mai 1976 flogen zwei US-Admirale, George Ellis und James Sagerholm, nach Buenos Aires, um mit den argentinischen Militärs in Sachen Südatlantik zu verhandeln. Einige Monate später traf Brasiliens Außenminister da Silveira mit Henry Kissinger in Washington zusammen. Zeitgleich verhandelte Argentinien Außenminister Guzzetti mit dem US-Unterstaatssekretär für Verteidigung, Donald Rumsfeld.

Unter den Verhandlungsgegenständen befand sich jeweils die Schaffung einer „Verteidigungs-Organisation“ für den Südatlantik. Schenkt man chilenischen Quellen aus dieser Zeit Glauben, so beschäftigte sich London wiederum mit dem Gedanken, das Problem SATO zusammen mit den Malwinen zu lösen. Auf den Malwinen sollte demzufolge das Hauptquartier der SATO eingerichtet werden und sodann auf dieser Grundlage ein Abkommen zwischen allen interes-

sierten Staaten getroffen werden.

Der Plan wurde jedoch nie realisiert, nicht zuletzt deshalb, weil sich innerhalb der britischen Streitkräfte der „nordatlantische Standpunkt“ der Marine durchsetzte (s.u.).

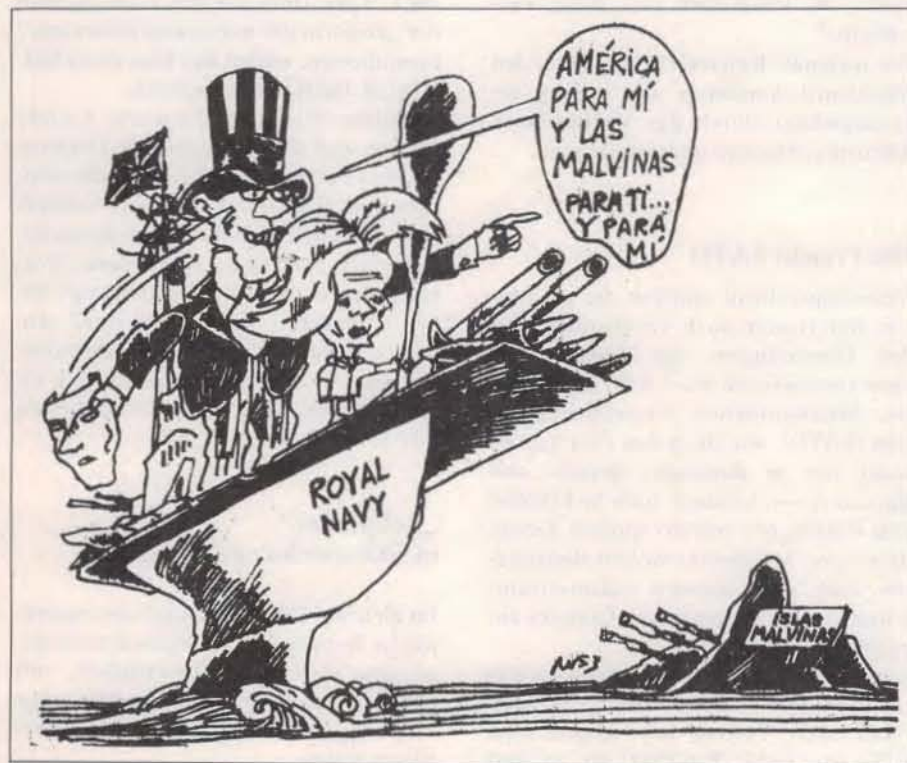
Kurzzeitig in Erwägung gezogen wurde auch der Beitritt Brasiliens zur NATO, historisch begründet in der Tatsache, daß Brasilien das einzige lateinamerikanische Land war, daß mit einem „Expeditionskorps“ an der Seite der USA am 2. Weltkrieg in Europa teilgenommen hatte; eine Tatsache, die dann noch erhebliche Auswirkungen auf die Ausbildung der brasilianischen Streitkräfte („zweite Professionalisierung“, „Doktrin der nationalen Sicherheit“, Gründung der Militärakademie ESG) haben sollte.

Ein solcher Schritt – hieß es – würde die britische Position gegenüber Argentinien, Chile und Südafrika stärken, während die USA Zeit gewinnen würden, das Ergebnis ihrer Afrikapolitik zu beobachten. In Brasilien stieß dieser Vorschlag allerdings auf wenig Gegenliebe. Er war somit zum vorzeitigen Scheitern verurteilt.

Ein anderer, bereits existierender Strang militärischer Kooperation am Cono Sur war stets die „Interamerikanische Marinekonferenz“, die 1959 zum ersten Mal in Panama abgehalten wurde. Damals wurde ein Projekt ausgearbeitet und vereinbart, das den Namen „Operation Neptune“ trug.

Es war ein Vorläufer der jährlichen UNITAS-Manöver, die die US-Marine mit den Seestreitkräften Brasiliens, Uruguays, Argentiniens, Chiles (bis 1979), Perus, Ekuadors, Kolumbiens und Venezuelas regelmäßig vereint.

Wird fortgesetzt



Reagan zu Thatcher: „Amerika für mich und die Malwinen für Dich ... und für mich.“

Anmerkungen:

- 1) Zur US- und NATO-Unterstützung für Großbritannien im Malwinen-Krieg siehe die Zusammenfassung America's Falklands War, in: The Economist, London, März 1984. Siehe auch Einschätzungen zum Verlauf und den Lehren des Krieges, in: AIB 6/1982 und 9/1982; d. Red.
- 2) Zum Antarktis-Konflikt siehe ausführlicher: D. Schulze-Marmeling, Die Eroberung der Weltmeere und Polargebiete, in: blätter des iz3w, November 1983; ders., Die imperialistische Eroberung eigentumsloser Räume und Ressourcen. Am Beispiel der Antarktis. Arbeitspapier, Frankfurt 1983
- 3) Siehe diesbezüglich u.a.: The Sunday Times, London, 1.4.1984
- 4) J. Reschke, Sind die Grenzen des NATO-Vertragsgebietes noch zeitgemäß?, in: Marineforum, Nr. 12/1981. Siehe auch: J.J. Holst, Bedrohungen außerhalb des NATO-Gebietes, Strategische Interessen und innenpolitische Zwänge des Bündnisses, in: Europa-Archiv, Bonn, 21/1982
- 5) Zum Thema imperialistische Arbeitsteilung außerhalb des NATO-Geltungsbereiches ausführlicher D. Schulze-Marmeling, Die NATO-Interventionsstrategie und der Part der BRD, in: AIB 9/1983



Demonstration in Buenos Aires: Ja zu Lohnerhöhungen! Nein zum Währungsfonds!

Ute Kampmann

Rebellion der Schuldner?

Die Konferenz der 11 am höchsten verschuldeten Staaten Lateinamerikas, die am 21./22. Juni d.J. an der kolumbianischen Stadt Cartagena stattfand, war mit Spannung erwartet worden.

Die dort versammelten Länder brachten es zusammengekommen immerhin auf einen Schuldenberg von rund 350 Mrd Dollar. Dies entspricht fast der Hälfte der Gesamtverschuldung der Dritten Welt, die Ende 1983 auf 810 Mrd Dollar angewachsen war (zu den Hintergründen der Verschuldungskrise siehe: AIB 6/1983, S. 32 ff.).

Zu dem von manchen Beobachtern der Cartagena-Konferenz befürchteten Schuldnerkartell, das durch einen gemeinsamen Zahlungsboykott einen gewaltigen Bankenkrach in den USA nach sich ziehen könnte, kam es jedoch nicht.

Erzwungene Zahlungsunfähigkeit

Aber in Lateinamerika ist die Bereitschaft zu einem verstärkten gemeinsamen Vorgehen gegenüber den kapitalistischen Industriestaaten gewachsen, nachdem die Schuldenlast vor allem durch die Hochzinspolitik der USA immer drückender wurde.

So veröffentlichten am 19. Mai d.J. die Präsidenten von Argentinien, Brasilien, Kolumbien und Mexiko nach einer aber-

maligen Erhöhung der „prime rate“, des Leitzinses der USA, eine gemeinsame Protesterklärung. Darin hieß es: „Wir waren die ersten, die ihre Bereitschaft gezeigt haben, die finanziellen Verpflichtungen zu Bedingungen, die mit dem Interesse der internationalen Gemeinschaft vereinbar sind, zu erfüllen. Aber wir akzeptieren nicht, in eine Situation der erzwungenen Zahlungsunfähigkeit und der weiteren wirtschaftlichen Stagnation gebracht zu werden.“¹

Als notwendige wirtschaftspolitische Maßnahmen werden in der Erklärung die Senkung der Zinssätze, längere Rückzahlungsfristen sowie ein leichter Zugang zu den Märkten der Industriestaaten gefordert.

Die Erhöhung der „prime rate“ von 11% auf 13% bedeutet für die lateinamerikanischen Länder eine jährliche Mehrbelastung an Zinszahlungen von rund 5 Mrd Dollar.²

Bolivien nahm dies am 30. Mai d.J. zum Anlaß, den Forderungen der Gewerkschaften, den Schuldendienst an private Gläubiger für 1 Jahr einzustellen, nachzugeben. Die Verschuldung bei Privatbanken beträgt insgesamt 3,6 Mrd Dollar, bei einer Gesamtverschuldung von ca. 5 Mrd Dollar. 977 Mio Dollar an Zins- und Tilgungszahlungen sollten dafür in diesem Jahr beglichen werden.

Auch Ecuador zahlt ab 1. Juni d.J., so-

lange keine neuen Umschuldungsvereinbarungen erzielt werden, alle staatlich verbürgten Kredite an private Gläubigerbanken nicht mehr zurück.³

Aber nicht nur die Privatbanken, sondern auch der Internationale Währungsfonds (IMF) bekam den Widerstand gegen wirtschaftspolitische Zwangsaufgaben zu spüren.

Revolte gegen den IMF

So brach der Präsident der Dominikanischen Republik, Salvador Jorge Blanco, die Verhandlungen mit dem IMF ab, nachdem sich die von diesem verordneten Sparprogramme als undurchführbar erwiesen hatten.

Durch die Streichung der Subventionen für Güter des täglichen Bedarfs verteuerten sich diese um 80%. Den darauf folgenden Demonstrationen und Proteststreiks begegnete die Regierung mit brutalem Polizeieinsatz. Über 60 Menschen kamen dabei ums Leben.

Auch Argentinien ist nicht mehr bereit, das vom IMF vorgeschriebene Sparprogramm auf Kosten der weiteren Verarmung der Bevölkerung durchzuführen. Nachdem mit der IMF-Delegation in Buenos Aires keine Einigung über ein Wirtschaftsprogramm erzielt werden konnte, sandte Argentinien Präsident



Kolumbiens Präsident Betancour spricht vor der Konferenz in Cartagena

Raúl Alfonsín die Absichtserklärung über die wirtschaftspolitischen Maßnahmen direkt an den Direktor des IMF, Jacques de Larosière.

Darin heißt es, daß „die Argentinische Republik ihre Tradition in Ehren halten wird, all ihren Verpflichtungen nachzukommen. Aber man muß verstehen, daß dies nicht heißt, daß wir Anordnungen annehmen, die unsere Souveränität in der Bewältigung unsere ureigenen Probleme einschränken.“⁴

Hauptstreitpunkt bei den Verhandlungen war die von der Regierung Alfonsín geplante Realloohnerhöhung von 6-8%, während die rigide Sparpolitik des IMF zur Eindämmung der Inflationsrate von 568% ein Einfrieren der Löhne vorsah. An die Einigung mit dem IMF waren sowohl die Gewährung eines 300-Mio-Dollar-Kredits der Regierung Reagan als auch die weitere Kreditvergabe von Pri-

vatbanken gebunden. Mit diesen Krediten sollten seit April d.J. überfällige Zinsrückstände beglichen werden. Bei einer Nichtrückzahlung der Kredite hätte allein der Manufactures Hanover Trust, die größte private Gläubigerbank Argentiniens, einen Profitverlust in Höhe von 35 Mio Dollar hinnehmen müssen.⁵

So ist es nicht verwunderlich, daß es zwischen Argentinien und den Privatbanken, nachdem der IMF Fortschritte in den Verhandlungen bestätigt hat, in letzter Minute doch noch zu einer Einigung gekommen ist und die Banken weitere Kredite bewilligt haben.⁶

Obwohl die lateinamerikanischen Staaten in Bezug auf die Bewältigung ihres Schuldenproblems ähnliche Probleme haben, kam es auf der Konferenz in Cartagena doch nicht zu dem von den USA und dem IMF befürchteten Schuldnerblock.

Vor allem die beiden größten Schuldnerländer, Brasilien und Mexiko, denen als Belohnung für ihr Festhalten am IMF-Sparprogramm eine geringe Zinssenkung gewährt wurde, hielten an den Einzelverhandlungen mit dem IMF fest.

Allerdings wurde ein Kommuniqué verabschiedet, in dem die Einrichtung eines gemeinsamen beratenden Finanzierungsausschusses mit Sitz in Buenos Aires beschlossen wurde. Außerdem wurden die führenden kapitalistischen Industriestaaten zu gemeinsamen Verhandlungen über Schulden, Handel und Entwicklung aufgefordert.

Das Kommuniqué beinhaltet weiter eine Reihe von Verhandlungspunkten für kommende Umschuldungs- und Handelsvereinbarungen:

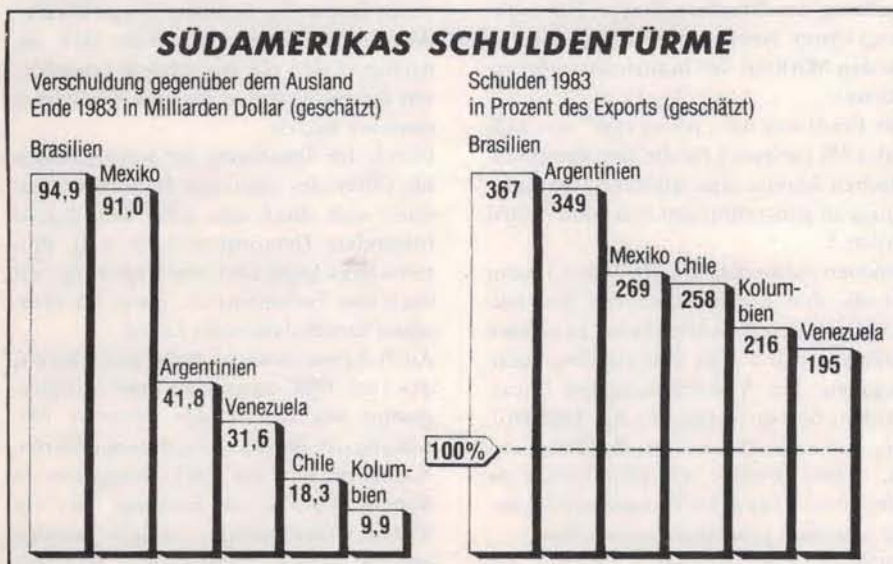
- Die Banken sollen für die lateinamerikanischen Schuldner nur noch eine Zinsrate festlegen, die nicht höher ist als ihre realen Kosten.

- Reduzierung der Bankprovisionen.
- Verlängerung der Rückzahlungsfristen für Kredite von Regierungen und Banken sowie eine Zinssenkung bei Regierungskrediten.

- Reform des IMF, der in Zukunft bei seinen Konditionen für Kredite an Entwicklungsländer zuerst deren Bedürfnisse an Produktionssteigerung und Arbeitsplätzen berücksichtigen soll.
- Preisstabilisierung für Güter aus Entwicklungsländern.

- Zollsenkung und Beseitigung der Handelshemmnisse der Industriestaaten für Güter aus Entwicklungsländern.⁷

Mit den beiden letzten Punkten werden Veränderungen in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen angesprochen, die zur Lösung des Schuldenproblems dringend erforderlich sind.



Denn reine Umschuldungsverhandlungen haben bisher wenig zur Bewältigung des Problems beigetragen, es vielmehr nur aufgeschoben und durch ungünstigere Kreditkonditionen verschlimmert. Auf der anderen Seite hat sich an den ursächlichen Verhältnissen der Verschuldungskrise, vor allem an den ungleichen Handelsbeziehungen des kapitalistischen Weltmarktes, für die Entwicklungsländer nichts zum Positiven verändert.

Zwischen 1973 und 1981 haben sich die terms of trade (das Preisverhältnis zwischen Import- und Exportgütern der Entwicklungsländer) für die nichterdöl-exportierenden Entwicklungsländer um ca. 13% verschlechtert.⁸ Die Preise für viele, von den Entwicklungsländern exportierte Rohstoffe haben den niedrigsten Stand seit Ende des 2. Weltkrieges erreicht.

Dagegen führte das Bemühen der Ent-



Schuldenfalle

wicklungsländer um eine verstärkte Industrialisierung zu einer wachsenden Importabhängigkeit von Investitionsgütern, die sich ständig verteuerten. Das sich hieraus ergebende Handelsbilanzdefizit versuchten die Entwicklungsländer durch verstärkten Export auszugleichen. Dies war jedoch aufgrund der Wirtschaftskrise in den kapitalistischen Industriestaaten, die zu sinkender Nachfrage, stagnierenden Wachstumsraten im Welthandel und wachsendem Protektionismus führte, unmöglich.

Da so den Entwicklungsländern die Begleichung ihres Defizits durch Ausweitung der Exporte weitgehend versperrt war, blieb ihnen nur noch der Weg in die Neuverschuldung.⁹

In den 70er Jahren wurden den Entwicklungsländern die Kreditaufnahme bei privaten Banken infolge des Kapitalüberschusses einiger Industrieländer und der kapitalkräftigen Entwicklungsländer, die der Organisation Erdöl-exportierender Länder (OPEC) angehören, relativ leicht gemacht.

Für die Entwicklungsländer war die Kreditaufnahme bei Privatbanken überdies eine Möglichkeit, den harten Auflagen des IMF auszuweichen.

Auf diese Weise hat sich die Verschuldungsstruktur der Entwicklungsländer in gravierender Weise verändert. Stammten noch 1969 72% der Kredite aus öffentlichen Quellen zu relativ günstigen Konditionen, so hat sich im Laufe der 70er Jahre das Verhältnis von öffentlichen und privaten Krediten fast umgekehrt. In Lateinamerika kommen heute 80% der Kredite von Privatbanken und haben in der Regel höhere Zinsen und kürzere Laufzeiten.¹⁰

Reagans Zinsschraube

Die eigentliche Verschärfung der Schuldenkrise resultiert aber aus der seit Anfang der 80er Jahre veränderten Wirtschaftspolitik der USA, die zur Bekämpfung der Inflation die Zinsen in die Höhe trieb.

Das Emporschnellen der Zinsen auf Rekordhöhen wurde außerdem durch das Haushaltsdefizit der USA in Höhe von 200 Mrd Dollar gefördert, mit dem das enorme Aufrüstungsprogramm der USA finanziert wird.

Diese unverantwortliche Politik der „Stärke“, wie sie gegenwärtig die Reagan-Administration betreibt, wird so zu einem großen Teil von den Völkern Lateinamerikas mit ihrer weiteren Verelendung und der zunehmenden militärischen Bedrohung bezahlt.

Allerdings zeigen die Beispiele Bolivien und Dominikanische Republik, daß diese Politik nicht mehr widerspruchsfrei hingenommen wird. Auch in anderen lateinamerikanischen Ländern ist der Druck der Gewerkschaften gegen die IMF-Auflagen und die Kreditpolitik der USA stärker geworden. Sie könnten erreichen, daß sich ihre Regierungen zusammenschließen und sich konsequenter gegen die Ausblutungspolitik der imperialistischen Staaten wenden.

Anmerkungen:

- 1) El Dia, Mexiko-Stadt, 20.5.1984
- 2) Nach: Time, New York, 2.7.1984
- 3) Laut: Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 2./3.6. 1984 und Le Monde, Paris, 6.6. 1984
- 4) International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 13.6. 1984
- 5) Vgl. Time, 2.7.1984
- 6) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.7. 1984
- 7) Nach: IHT, 25.6.1984
- 8) Nach: Fidel Castro, ...wenn wir überleben wollen, Dortmund 1984, S. 111
- 9) Ebenda, S. 115 f.
- 10) Daten nach: Altwater, Die Zeitbombe auf dem Weltmarkt tickt, in: Prokla, Berlin-West, Heft 42, 1981, S. 6-23, hier S.6 und IHT, 19.6. 1984

MOZ

MODERNE ZEITEN

Zu Krieg und Frieden

MOZ-EXTRA Mai 83

Atomwaffenfreie Perspektiven

MOZ-Extra 11/83

Die internationalen Aufgaben der Friedensbewegung. Mit Materialien zum Kongreß: Westliche Friedensbewegung — osteuropäische Oppositionsbewegung, Osnabrück.

MOZ 4/84

Friedensbewegung — Neue Konzepte — neuer Anfang? Gespräch mit Peter von Oertzen. Beiträge von Ludger Volmer, Mohssen Massarat, Dietrich-Schulze-Marmeling.

MOZ 7/84

NATO-Reformismus oder 'Raus aus der NATO'. Wolfgang Biermann (SPD) gegen Anne Borgmann (DIE GRÜNEN)

MOZ 8/84

Sicherheitspartnerschaft und NATO-Austritt. Westeuropa und der Krieg am Golf.

aktuell

Jedes Heft 5,— DM plus 1,— DM Porto.

Alle Hefte für 20,— DM.

Nur Vorauskasse, mit Scheck oder in Briefmarken

Moderne Zeiten

Am Taubenfelde 30, 3000 Hannover 1
Tel.: (0511) 323417



Elisabeth Schneider/Heidi Wagner

Sex-Tourismus und Frauenhandel

Immer mehr Länder der Dritten Welt versuchen ihrer wachsenden Devisenknappheit u.a. durch den Ausbau der Tourismusindustrie zu begegnen. In Thailand ist dieser Wirtschaftszweig zur zweit-, auf den Philippinen zur dritt-wichtigsten Exportbranche geworden. Diese exportorientierte äußerst fragwürdige Entwicklungsstrategie der Regierungen – nur bis zu 40% der dadurch ins Land fließenden Devisen bleiben auch dort – hat zumindest für einen Teil der Bevölkerung gravierende Folgen. Denn dieser Tourismus ist oft ein ganz spezieller. Und über „Sex-Tourismus“ und „Bumsbomber“ wird in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit nicht mehr nur hinter vorgehaltener Hand diskutiert.

Es ist inzwischen selbstverständlich geworden, daß die Menschen der armen Länder denen der reichen auch in dieser Hinsicht zu Diensten zu sein haben. Im Jahr 1980 waren in Thailand 71% der Touristen männlichen Geschlechts, wobei bei den europäischen Besuchern der Anteil aus der BRD am höchsten lag.¹

Prostitution als Massenphänomen

Was Moral- und Tugendwächter „...über die Verwerflichkeit käuflicher Liebe zu sagen haben, mag man sich anhören, akzeptieren oder nicht – an den Problemen, die die Prostitution in Thailand aufwirft, gehen Sittlichkeitsappelle ohnehin vorbei.

Denn hier geht es nicht um eheliche Treue, Jungfräulichkeit oder guten Ruf, sondern um das Massenphänomen Fremdenverkehrsprostitution. Dies wirft die Frage auf nach der kollektiven Entwürdigung, die dadurch möglich wird, daß Reiche über Arme herfallen und sie zwingen herzugeben, was diese ohne Not nicht gewähren würden.“²

Im folgenden wollen wir auf die Ursachen und Auswirkungen des Sex-Tourismus und die Praktiken der internationalen Prostitutionsorganisationen und Agenturen am Beispiel Thailands eingehen. Ähnliches gilt ebenso für andere Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Beispielsweise vermitteln Homosexuellenorganisationen Adressen von Schulen in Marokko, Tunesien und Westafrika, wo sich Jungen und Mädchen westlichen Besuchern anbieten.

Prostitution ist in den patriarchalischen Gesellschaften Asiens ebensowenig eine neue Erscheinung wie in denen Europas. Die Ehe war für die Männer der oberen Schichten eher ein ökonomischer Vertrag zum Erhalt und zur Erweiterung des Besitzes, zum Erhalt der Familie durch Nachkommen.

Die Befriedigung ihrer emotionalen Bedürfnisse suchten sie innerhalb des Bordellbereichs. Dabei waren die Grenzen zwischen Nebenfrau und Prostituierten fließend. Die Prostituierten hatten damals eher die Funktion von Geishas – Unterhalterinnen – und von daher ein gewisses Selbstbewußtsein.

Das Phänomen der Massenprostitution und die Reduzierung der Prostituierten zum reinen Sexualobjekt und die damit verbundene brutale Ausbeutung und Entpersonalisierung kam erst mit dem Imperialismus.

Dieses Phänomen trat auf in Thailand als Begleiterscheinung des Indochinakrieges. Von 1962-76 waren etwa 50.000 US-Soldaten an verschiedenen Orten Thailands stationiert. Zusätzlich kamen jährlich ca. 700.000 GI's zu sog. „Rest and Recreation“-Besuchen.

Um die Militärbasen und in diesen „Rest and Recreation“-Zentren entstand eine Vergnügungsindustrie mit Bars, Bordellen usw. Ähnliche Erscheinungen gibt es heute beispielsweise bei US-Militärbasen

auf den Philippinen. Beim Abzug der amerikanischen Truppen aus Indochina suchte die Vergnügungsindustrie die dadurch entstehende Lücke durch den Tourismus aufzufüllen.

Heute leben allein in Bangkok 5-10% der Frauen von der Prostitution. Inzwischen arbeiten mehr Frauen im Vergnügungssektor als in Fabriken.

Diese Massenprostitution ist Ausdruck einer Strukturkrise in der Landwirtschaft, die zu einer zunehmenden Verarmung der Landbevölkerung führt. Das Realeinkommen der Bauern hat sich in den letzten 15 Jahren ständig verringert. Aufgrund der hohen Pachtgebühren (bis zu 50% der Ernte) und Wucherzinsen (bis zu 150%) verlieren immer mehr Bauern ihr Land. 60% von ihnen sind inzwischen so hoch verschuldet, daß sie ihre Schulden wohl nie mehr zurückzahlen können. Heute haben schon mehr als 30% aller ländlichen Haushalte keinen eigenen Landbesitz mehr und überleben als Tagelöhner – ein Phänomen, das es vor 20 Jahren noch nicht gab.

60% aller in der Landwirtschaft Beschäftigten sind Frauen. Sie haben – insbesondere als Tagelöhnerinnen – kaum die Möglichkeit, auf den gesetzlich garantierten – extrem niedrigen – Mindestlöhnen (zwischen 5,40 DM und 4,40 DM) zu bestehen.

Durch die Ausrichtung der Landwirtschaft auf den Export und die damit verbundene Einführung neuer Technologien und Maschinen verlieren die Frauen traditionelle Aufgabenbereiche und Einnahmequellen.

Ursachen Krieg, Verarmung

Weiterhin gehen ihnen zusätzliche traditionelle Verdienstmöglichkeiten, wie z.B. das Herstellen von Stoffen, verloren, da sie mit den maschinell produzierten, viel billigeren Massenprodukten nicht konkurrieren können. Andererseits sind sie traditionell für die Subsistenzwirtschaft zuständig, d.h. dafür, daß „der Herd brennt“.

„Von den mehr als 300.000 Menschen, die jährlich auf der Suche nach einer Verdienstmöglichkeit nach Bangkok strömen, sind in der Altersgruppe der 15-19jährigen doppelt so viel Frauen wie Männer. 84% von ihnen landen im 'Service-Bereich', nachdem sie zuvor versucht haben, als Hausmädchen, im Straßenbau oder in der Fabrik zu arbeiten.“³ Einer der Gründe für die Massenprostitution in Thailand ist also in der Politik der Regierung zu suchen, die eine exportorientierte Wirtschaft betreibt und an einer Entwicklung der Landwirtschaft für die Bevölkerung nicht interessiert ist. Zusätzlich ist die gegenwärtige Militär-

regierung in hohem Maß korrupt und ebenfalls an Landenteignungen beteiligt. Beispielsweise sollen zur Zeit 42.000 Bauern in Zentralthailand durch die Militärs von ihrem Land vertrieben werden. Die Ausbeutung der Frauen durch Prostitution wäre aber auch nicht möglich ohne die patriarchalischen Familienstrukturen, in denen früher die Töchter als letzte Ware verkauft wurden, um die Not der Familie zu lindern. „In Thailand internalisieren Frauen durch ihre Sozialisation tief ihre familiären Verpflichtungen. Die Frauen 'opfern sich' bewußt oder unbewußt zugunsten anderer Familienmitglieder 'auf'.“⁴

Was es für die Frauen bedeutet, dieser Arbeit nachzugehen in einer Gesellschaft, in der es sogar tabu ist, daß sich Frauen untereinander unbekleidet sehen, mag man nur ahnen. Prostitution wird in diesem System von Männern oft als Dienstleistung angesehen, ist also eine unter den Bedingungen der Abhängigkeit vollzogene Arbeit.⁵

Da die Prostitution seit 1960 in Thailand offiziell verboten ist, verbirgt sich die Sexindustrie hinter Bars, Massage-Salons und Tee-Häusern als Aushängeschildern. Durch diesen illegalen Status sind die Frauen den Zuhältern nur umso mehr ausgeliefert.

Die Maßnahmen der Regierung gegen die Prostitution sind halbherzig und richten

sich immer gegen die Opfer, die Frauen, nie gegen die Drahtzieher des Geschäfts. Die Haltung von Regierungsvertretern reicht von einer Vogel-Strauß-Politik bis hin zu offener Befürwortung. So drängte 1980 der damalige stellvertretende Premierminister, Bonchu Rajnastien, Provinzgouverneure, zur Förderung des Tourismus auch sexuelle Unterhaltung einzusetzen.⁶

Um die Kunden bei der Stange zu halten, wird ihnen ständig etwas Neues geboten. Die Bevölkerung wird immer ärmer, die Prostituierten immer jünger, die Praktiken immer grausamer. Bei einem Bordellbrand auf der Ferieninsel Phuket fand man Leichen von 10-15jährigen Mädchen, die angekettet waren und die nach Schilderungen von Überlebenden pro Nacht zum Geschlechtsverkehr mit mindestens 12 Männern, hauptsächlich Touristen, gezwungen wurden.⁷

An der Not dieser Frauen und unter Mitwirkung der Regierung verdienen sich inländische Geschäftsleute und ausländische Reiseunternehmen eine goldene Nase. Nicht nur die Reiseveranstalter, wie Neckermanns NUR, werben hier in der BRD mit eindeutigen Hinweisen. Auch in der Zeitschrift der Stiftung Warentest ist zu lesen: „...Das alles mag man hierzulande Prostitution nennen. Doch in Thailand und in der Thailand-Literatur wird dieses Geschäft meist

lyrisch umschrieben ... und so findet niemand etwas dabei, wenn man ein Mädchen über Nacht in sein Hotel-Zimmer 'einlädt'...“⁸

Doch nicht nur die Neckermänner und die Tourismusindustrie praktizieren diesen Seximperialismus. In fast allen sog. Alternativ-Reiseführern sind Adressen und gute Ratschläge aufgeführt, wo man die Frauen treffen kann und was man dabei beachten muß.⁹

Die Ausbeutung der Frauen ist dabei in der Regel umso größer, da die Alternativ-Touristen im allgemeinen über ein geringeres Budget verfügen und einen möglichst billigen Urlaub verbringen möchten. Daher wollen sie die Dienste der Frauen für weniger Geld, aber mit mehr „Humanität“ in Anspruch nehmen.

Thai-Frauen in der BRD

Viele dieser Frauen erhoffen sich von einer Arbeit in den Industrieländern oder von einer Heirat mit einem Ausländer für sich und ihre Familien den Sprung aus dem Elend.

Für thailändische Männer gibt es immerhin die Möglichkeit, beispielsweise in arabischen Ländern zu arbeiten. Die Frauen, die als Prostituierte oder Ehefrauen in die BRD kommen, sind in diesem Sinn Arbeitsemigrantinnen. Skrupellose inländische Menschenhändler und ausländische Agenturen arbeiten Hand in Hand.

Es gibt Agenturen, die den Frauen vorspiegeln, sie vermittelten ihnen eine Arbeitsstelle im Ausland, was aber in den wenigsten Fällen zutrifft. Sind die Frauen erst einmal hier, werden sie meist gezwungen, in einer Bar oder im Bordell zu arbeiten, da sie bei den Agenten angeblich Schulden für das Flugticket haben.

Die Frauen sind diesen Agenten absolut ausgeliefert, da sie – abgesehen von Sprachproblemen – in der Regel illegal hier sind und ohne finanzielle Mittel.

Bekannter als die oben genannten Agenturen sind die Ehevermittlungsgagenturen, von denen es allein in der BRD inzwischen über 200 gibt. Sie bieten westdeutschen Männern Frauen aus Ländern der Dritten Welt in Katalogen an, die sie sich für 5.000-10.000 DM kaufen können. Die Frauen werden als anspruchslos, sanft, anschniegsam und treu angepriesen und können aus diesen Katalogen ausgesucht werden, Rückgaberecht eingeschlossen.

Oft genug werden so gekaufte Frauen an Bordelle weitergegeben. Die westdeutschen Behörden tolerieren diesen Menschenhandel stillschweigend und gehen höchstens gegen die Frauen, nicht aber gegen die Agenturen oder Ehemänner vor.

Tourist im „Massage-Salon“ in Bangkok; Prostitution mit Einseifen





Bundesdeutscher Ehevermittler in Bangkok: Thai-Prostituierte im Angebot

Der größte Teil der Männer, die über diese Vermittlungsagenturen eine Frau heiraten, sehen in ihr in erster Linie eine Sklavin, einen Besitz, den sie sich erworben haben.

Für die Frauen sind diese Ehen hauptsächlich eine Möglichkeit, dem Elend zu entrinnen. Merken sie, daß der Ehemann für ihre Familien keine materielle Unterstützung leisten kann, versuchen sie, diesem Sklavenverhältnis zu entkommen, indem sie arbeiten.

Die meisten der Frauen, die hier als Prostituierte arbeiten, taten dies bereits in Thailand. Ihre Arbeitsplätze sind Bars, Sex-Clubs und Bordelle. Einige arbeiten als Call-Girls.

In Bars bekommen die Frauen einen festen Tageslohn (50-100 DM), dazu einen Prozentsatz von Getränken und von sexuellen Dienstleistungen. In Sex-Clubs ist der Geschlechtsverkehr im Preis für die Getränke enthalten. Die Arbeit in diesen Bars und Clubs ist härter als im Bordell, da sie die Männer erst zum Geschlechtsverkehr überreden müssen (50% von ihrem Verdienst) und die Konkurrenz groß ist. Außerdem müssen sie viel trinken.

Trotzdem arbeiten die meisten ausländischen Frauen in Bars. Sie verdienen weniger und werden stärker ausgebeutet, da sie die Sprache und die Spielregeln nicht kennen.

Den Zuhältern und Bordellbesitzern sind sie zusätzlich auch noch wegen ihrem illegalen Status (sie haben keine Arbeitserlaubnis) mehr ausgeliefert.

„Die strikte staatliche Kontrolle zwingt die Thai-Frauen, unter einer anderen Form der Ausbeutung einzureisen: 'weiße Ehe'. Für eine Frau, die aufgrund ihrer Beliebtheit engagiert wird, um länger als drei Monate zu arbeiten, besorgt der Bar-Besitzer einen Mann mit

deutscher Staatsangehörigkeit oder einen Ausländer mit Aufenthaltsberechtigung zur Heirat. Durch diese Heirat erwirbt sie das Recht, im Lande zu wohnen und bekommt später eine Arbeiterlaubnis.

Die Frau muß für die Kosten aufkommen, die aus der Anstellung des Mannes auf der Grundlage eines Vertrages über maximal ein Jahr entstehen. Der Preis schwankt in verschiedenen Städten zwischen 4.000 und 7.000 DM. Manchmal möchte der 'Ehemann' eine 'eheliche' Gemeinschaft haben, um später ihr Zuhälter zu werden. So können Thai-Prostituierte, die über sich selbst verfügen wollen, am Ende zu Leibeigenen werden.“¹⁰

Neben rechtlichen und gesundheitlichen Problemen sind die sozialen Probleme dieser Frauen ungeheuer groß. Sie fühlen sich in der sozialen Umgebung fremd, sind unfähig, die Sprache und fremde Kultur zu akzeptieren. Zusätzlich fühlen sie sich durch ihre Arbeit entwürdigt und degradiert. Oft fallen sie in tiefe Depressionen und leben nur noch für das Ziel, möglichst schnell viel Geld zu verdienen, um möglichst bald wieder nach Hause zu können.

Ohne Mitwirkung der Medien hier hätte der Sex-Tourismus und der Frauenhandel niemals einen solchen Aufschwung nehmen können.

Quer durch die bundesdeutsche Presse kann man Sensationsgeschichten über „anschniegsame, liebliche“ asiatische Frauen lesen, von den Anzeigen ganz zu schweigen.

Heirat „demütiger Asiatin“

Im Sommer 1983 erschien in der Bildzeitung eine Serie „Ich hab mir eine Frau gekauft“. In dieser Serie werden asiatische Frauen als willenlose, austauschbare Objekte dargestellt. U.a. war zu lesen: „Bei H.K. hat es mit einer gekauften Braut anfangs gar nicht geklappt – da her er sie gegen eine neue umgetauscht.“¹¹ „Bei allen Männern, die sich mit der Emanzipation der deutschen Frau nicht abzufinden gedenken und lieber eine demütige Asiatin heiraten...“¹² Gemeinsam ist den Berichten in vielen Zeitungen, daß sie den Mann als absoluten Herrscher darstellen, der es nicht nötig hat, sich mit Forderungen von Frauen auseinanderzusetzen. Ausländische Frauen werden dabei als willenlose Objekte dargestellt, als austauschbare Ware. Diese Berichterstattung ist sexistisch und rassistisch.

Sie weckt in den Köpfen der Männer die Vorstellung, daß jede asiatische Frau eine Prostituierte ist und ihnen automatisch zur Verfügung steht.

Anmerkungen:

- 1) Der Überblick, Nr. 4/1981
- 2) Merian-Heft Thailand
- 3) Der Überblick, a.a.O.
- 4) Peripherie, Heft 13/Sommer 1983
- 5) Thailand-Correspondenz, Nr. 7-8/1979
- 6) Tourismus, Prostitution, Entwicklung – Dokumente, ZEB, Stuttgart März 1983
- 7) Frankfurter Rundschau, 10.2.1984
- 8) Zeitschrift Test, Heft 9/September 1980
- 9) IMBAS, Nr. 1/1981, S.8
- 10) Peripherie, a.a.O., S.8
- 11) Gegen die Bild-Zeitung haben inzwischen die TAZ, Courage, Frauenverbände u.a. Klage erhoben. Bild-Zeitung, 21.6.1983, S.7
- 12) Bild-Zeitung, 22.6.1983, S.11

blätter des iz3w

Informationszentrum dritte welt - iz3w

Schwerpunktthema:



Dritte Welt im Schuldturn

Nr. 119 · August 1984

Verschuldung: Dritte Welt im Schuldturn · **Kenia-Interview:** Politische Gefangene auf der „Insel der Stabilität“ · **Ausländer in der BRD:** Asylpolitik und Ausländerfeindlichkeit
Rezension: „Abgelehnt, Ausgewiesen, Ausgeliefert · **Solidaritätsarbeit:** „Zwischen Button und Brigaden“

Nachrichten und Berichte zu:
Sri Lanka, Osttimorische Flüchtlinge, Ägypten, PLO – Thesen zur Diskussion

Einzelpreis DM 5,-; Jahresabo: DM 40,- (DM 30,- für einkommensschwache Gruppen) bei 8 Ausgaben im Jahr.
Informationszentrum Dritte Welt,
Postfach 5328, 7800 Freiburg

Frieden und Dritte Welt

Auf dem 6. Kongreß der Organisation für Afroasiatische Völkersolidarität (AAPSO), der Ende Mai d.J. in Algier tagte, stand stärker denn je der Themenkreis globale Kriegsgefahr und Abrüstung im Blickpunkt. An der Diskussion waren so namhafte Führungspersönlichkeiten von Befreiungsbewegungen wie Sam Nujoma (SWAPO Namibias), Alfred Nzo (ANC Südafrikas), Abdel Aziz (Frente POLISARIO), Yassir Arafat (PLO) oder Madame Binh (Vietnam) beteiligt. Unter den rund 100 anwesenden Delegationen fand sich auch eine dreiköpfige bundesdeutsche Vertretung des Antimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK), das erneut ins AAPSO-Präsidium gewählt wurde. Wir dokumentieren die AAPSO-Erklärung von Algier zu Frieden und Abrüstung.

AAPSO-Erklärung zur Abrüstung

Die Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas und nicht nur jene der entwickelten Länder sehen sich heute einer dramatischen Verschlechterung der internationalen Situation und einem qualitativ neuen Stadium des Rüstungswettlaufs gegenüber.

Die Bedrohung eines Atomkriegs lastet mehr denn je auf der gesamten Menschheit. Niemand in Ost oder West, Nord oder Süd kann überleben, wenn ein atomarer Holocaust den Erdball verwüstet. Der Grund für diese ausgesprochen gefährliche Situation ist die rücksichtslose Konfrontationspolitik, die die USA und einige ihrer NATO-Verbündeten verfolgen.

Angesichts der wachsenden Aggressivität des Imperialismus ist der Kampf der Völker der Dritten Welt für eine Neue Internationale Weltwirtschaftsordnung untrennbar verbunden mit ihrem grundsätzlichen Kampf für den Frieden. Die Demokratisierung der internationalen Beziehungen, die Ersetzung von Konfrontation durch Kooperation, der Kampf gegen Hunger, Analphabetentum und Krankheit sind gleichfalls Ausdruck des Kampfes für den Frieden. Die US-Administration strebt die Hegemonie über die ganze Welt an.

Sie glaubt, daß dieses Ziel durch die Erlangung einer militärischen Überlegenheit über die UdSSR erreicht werden kann, durch eine Anzahl von Interventionen und Aggressionen im Mittleren Osten, Lateinamerika, Afrika und Asien, durch den Ausbau von Militärbasen und eine Vermehrung von Militärbündnissen durch den beschleunigten Aufbau der Schnellen Eingreiftruppe und die Schaffung eines Zentralkommandos für nunmehr 19 Staaten.

Dem gleichen Ziel dient auch die Stationierung von hochentwickelten Waffen in Westeuropa, im Mittelmeer und im Indischen Ozean, die Ausdehnung von NATO-Operationen auf Gebiete außerhalb dieses Militärbündnisses ebenso wie die strikte Weigerung, den SALT-II-Vertrag zu ratifizieren und die Produktion qualitativ neuer Massenvernichtungswaffen.

Dies bedeutet u.a.: eine neue Generation sog. „intelligenter“ konventioneller Waffen, Ausweitung der Arsenale an chemischen Waffen, die Konstruktion der Neutronenbombe, die Militarisierung des Meeresbodens und des Weltraums.

Der Grundpfeiler dieser Strategie ist die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles, die den USA eine Erstschlagskapazität verschaffen, die nicht auf Europa begrenzt sein wird. Gleichzeitig scheut der Imperialismus keine Mühe, um zu versuchen, die Völker der Erde politisch und ideologisch zu manipulieren und sie an den Gedanken eines Atomkriegs zu gewöhnen. Er propagiert die Theorie von der Begrenzbarkeit und Gewinnbarkeit eines Atomkriegs. Die USA veranschlagen mehr als 5 Bio Dollar für ihren Militärbudget in den nächsten 5 Jahren.

Solche Entwicklungen sind gefährlich für die Völker der Dritten Welt. In einer Zeit, in der Millionen an Hunger und Krankheit – verursacht durch wirtschaftliche und soziale Unterentwicklung – sterben, wo ganze Länder am Rande des Bankrotts stehen, wo sogar die westlichen Wirtschaftssysteme von Rezession und Arbeitslosigkeit überschwemmt werden, ist es nicht länger möglich, daß Hunderte Milliarden von Dollar vom Rüstungswettlauf verschlungen werden.

Der Neokolonialismus verstärkt in der ganzen Welt die Spannungen, um alle Versuche zur Neuordnung der Weltwirtschaftsbeziehungen zu untergraben und die Einführung einer neuen, gerechteren Weltwirtschaftsordnung zu verhindern. Er versucht, die bestehende ungerechte Ordnung zu verewigen und seine Wirtschaftskrisen durch Ausweitung der Rüstungsproduktion und -exporte, insbesondere in Länder der Dritten Welt, zu überwinden.



Der Rüstungswettlauf im nuklearen und konventionellen Bereich führt für die Welt als Ganzes, insbesondere aber für die Dritte Welt zum Ruin. Die bedürftigsten Teile der Dritten Welt versagen sich selbst wirtschaftliche Entwicklung, in dem sie ihre wichtigsten Ressourcen für den Erwerb von Waffen verwenden und schließlich eher Unsicherheit als Sicherheit kaufen.

Die Wohlhabenderen der Dritten Welt, wie die erdölbereichen Länder des Mittleren Ostens, finanzieren direkt die Forschungsprogramme der westlichen Industrieländer, indem sie hochentwickelte Waffen zu maßlos hohen Preisen kaufen.

Sie helfen ihnen, Devisen, die sie für den Kauf von Erdöl ausgegeben haben wieder zuerlangen und liefern sich selbst der Manipulation

durch die westlichen Großmächte aus. So erwerben auch sie Unsicherheit statt Sicherheit, indem sie den Rüstungsmultis Tür und Tor öffnen.

Heute breitet sich die globale militärische Konfrontation durch eine neue Stufe des Werrüstens von Europa in den Weltraum, die Ozeane und zum Meeresboden aus. Der ganze Planet und nicht nur Europa wird nun in den Strudel des Werrüstens gezogen. Dies ist eine direkte Bedrohung für die Dritte Welt, die sich jetzt in einer zunehmend vom Krieg bestimmten Umwelt befindet.

Seit dem 2. Weltkrieg brachen mehr als 150 mal kriegerische Konflikte in verschiedenen Teilen der Welt aus. Mehr als 80 Staaten waren daran beteiligt, von denen sich die überwiegende Mehrheit in der Dritten Welt befindet. Die verlorenen Menschenleben in diesen sogenannten „kleinen Kriegen“ entsprechen 50% derer des 2. Weltkriegs.

Eine weitere Dimension dieser Ausweitung des Rüstungswettlaufs auf die Dritte Welt ist die Festigung der Beziehungen zwischen den USA und den rassistischen Regimes in Israel und Südafrika.

Es ist kein Geheimnis, daß das Abkommen über „strategische Zusammenarbeit“ zwischen den USA und Israel weniger darauf abzielt, Israels Sicherheit zu garantieren, als vielmehr die strategischen Interessen der USA im Mittleren Osten zu sichern – eine Frage, die gerade nach der Niederlage der US-Diplomatie im Libanon noch an Bedeutung gewonnen hat.

Zudem konstatieren die USA eine wachsende Bedrohung ihrer Ölinteressen auf der Arabischen Halbinsel durch eine Reihe von Unsicherheitsfaktoren, deren bedeutendster die Verschärfung des Kriegs zwischen Iran und Irak ist.

Andererseits hat die Reagan-Administration die ganze Welt herausgefordert, indem sie offen eine „strategische Partnerschaft“ mit dem Apartheid-Regime in Pretoria verwirklichte. Organische Beziehungen zwischen Washington und Pretoria sind für die Stationierung von Atomwaffen im Indischen Ozean und im Süd-Atlantik und für die Umwandlung Südafrikas in ein riesiges Diego Garcia (US-Stützpunkt im Indischen Ozean; d. Red.) unumgänglich. Südafrika ist von besonderer Bedeutung, da der Imperialismus die meisten Rohstoffe zur Versorgung seiner atomaren Anlagen aus dieser Region bezieht. Nun ist glasklar geworden, daß Aufrüstung und Rassismus Hand in Hand gehen.

Der 6. AAPSO-Kongreß verabschiedet einen eindringlichen Appell zur Normalisierung der internationalen Beziehungen im Einklang mit den Prinzipien der Vereinten Nationen, um das Werrüsten zu beenden.

Die AAPSO unterstützt uneingeschränkt die Bemühungen der Staaten der Nichtpaktgebundenen-Bewegung, der sozialistischen Länder, der fortschrittlichen, demokratischen Friedens- und Antiatomwaffen-Bewegungen, der Jugend, der Frauen und der religiösen Persönlichkeiten, die darauf gerichtet sind, Schritte für eine vollständige, umfassende, allmähliche und kontrollierte Abrüstung durchzuführen. In diesem Zusammenhang würdigt der 6. AAPSO-Kongreß die Initiativen und Vorschläge der UdSSR zur Abrüstung. Er unterstützt desgleichen die Vorschläge, die von Indien und anderen Nichtpaktgebundenen zu Frieden und Sicherheit gemacht wurden.

Er steht voll hinter der Abschlußresolution der 1. Sondersitzung der UNO-Vollversammlung zur Abrüstung, der Resolution, die vom 7. Nichtpaktgebundenen-Gipfel in Neu-Delhi zu dieser Frage verabschiedet wurde und der jüngsten Resolution, die von der UNCTAD auf ihrer 6. Sitzung in Belgrad im letzten Jahr über internationale Sicherheit, wirtschaftliche Zu-

sammenarbeit und Handel angenommen wurde.

Es ist hervorzuheben, daß die bedeutende Rolle der Nichtpaktgebundenen-Bewegung in den gegenwärtigen internationalen Beziehungen gestärkt werden sollte. Diese Bewegung stellt einen unabhängigen Faktor dar, der den Völkern der Dritten Welt einen geeigneten Rahmen bietet, um zur Schaffung einer Welt des Friedens und der Zusammenarbeit beizutragen.

Der 6. AAPSO-Kongreß stellt fest, daß Sicherheit in Europa nicht losgelöst von den Sicherheitsfragen in anderen Teilen der Welt betrachtet werden darf.

Deshalb fordert er den Abzug der in Europa stationierten Pershing II und Cruise Missiles und die Verhinderung ihrer weiteren Stationierung in Europa oder anderswo in der Welt. Der Kongreß ruft zur Mobilisierung seiner nationalen Komitees auf, um umfassende und vollständige Abrüstung zu erreichen und ein echtes und kollektives Sicherheitssystem aufzubauen, das Unabhängigkeit, Gerechtigkeit und Frieden garantiert.

Er ruft auf zur Koordinierung seiner nationalen Komitees mit allen Kräften des Friedens und der Befreiung, mit allen nichtstaatlichen Antikriegsorganisationen, für ein Einfrieren der Atomwaffen, für den Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen durch die Staaten, die solche besitzen, für die Nichtweiterverbreitung aller Arten von Atomwaffen, für die Nichtmilitarisierung und für das Verbot von Atomwaffen im Weltraum, für das Verbot von chemischen Waffen, für die Schaffung von atomwaffenfreien- und Friedenszonen, für den Abbau aller ausländischen Militärbasen, -pakte und -einrichtungen in Asien, Afrika und Lateinamerika...

Atomwaffenfreie Zonen sollten überall, wo es möglich ist, geschaffen werden, besonders im Indischen Ozean, im Pazifik, in Afrika und im Mittleren Osten. Voraussetzung dafür ist, daß sie von angemessenen Überprüfungs- und Kontrollmaßnahmen begleitet sind.

Er ruft alle Atomkräfte auf, einen Vertrag abzuschließen, der sie verpflichtet, ihre Waffen nicht gegen Staaten einzusetzen, die selbst keine Atomwaffen besitzen oder auf ihrem Territorium stationieren.

Er ruft ebenfalls zum Einfrieren und Reduzieren der Rüstungsausgaben auf, so daß ein Teil von ihnen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Dritten Welt verwendet werden kann.

Er ruft auf zur Lösung aller Konflikte mit politischen Mitteln. Er ruft insbesondere auf den Bruderkrieg zwischen den nichtpaktgebundenen Irak und Iran zu beenden, dessen Fortführung nur dem Imperialismus nutzt und der nunmehr ein Stadium erreicht hat, in dem der Weltfrieden gefährdet ist.

Der 6. AAPSO-Kongreß erklärt, daß die Frage der Sicherheit global und unteilbar ist. Sie beinhaltet Fragen der Abrüstung und Entwicklung, des Rechts auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, des Abbaus der internationalen Spannungen, der Einrichtung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung.

Nur durch die Beendigung des Wetttrübens können die Bedingungen geschaffen und die Ressourcen freigesetzt werden für die erfolgreiche Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme auf der Welt im allgemeinen und in der Dritten Welt im besonderen.

Der 6. AAPSO-Kongreß ruft die Völker Asiens und Afrikas auf, die Entwicklung eines eigenen Ansatzes zur Lösung der Probleme nach Frieden und Sicherheit zu intensivieren. So können sie noch mehr zum Entstehen einer besseren Welt beitragen.

Kultur

Dokumentarfilm „Chile, ich rufe deinen Namen nicht vergebens“



In den Straßen des vorweihnachtlichen Santiago de Chile herrscht eine beklemmende Spannung. Passanten suchen aufgeregt Schutz in den Hauseingängen. Polizei und Militär jagen jugendliche Demonstranten. Deren Protestrufe ersticken in dem Motorengeräusch eines Polizeihubschraubers, der über den Dächern kreist.

Mit dieser Szene beginnt der 85minütige Dokumentarfilm „Chile, ich rufe deinen Namen nicht vergebens“. Es ist die erste Arbeit des 1979 in Chile gegründeten Filmkollektivs „Cine-Ojo“ (Kino-Auge). Der Film, der von Kollegen im Pariser Exil finanziert wurde, dokumentiert die Zeit vom Dezember 1982 bis zum September 1983, eine entscheidende Phase im Widerstandskampf des chilenischen Volkes.

10 Jahre nach dem faschistischen Militärputsch vom September 1973 änderte sich die politische Situation zusehends. Die Bereitschaft, den bis dahin eher versteckten Widerstand offen zu zeigen, nahm zu und fand ihren Ausdruck in der breiten Mobilisierung zu den ersten fünf Nationalen Protesttagen.

Der Film zeigt, wie zunächst friedliche Demonstrationen durch massiven Einsatz von Polizei und Militär, die ohne jeden Anlaß Tränengas werfen und in die Menge schießen, eskalieren. Im Bild festgehalten werden die Aktionen auf den Straßen, der Aufbau von Barrikaden. Der Streifen berichtet vom Bewußtsein und vom Mut der Chilenen, die sich unter Lebensgefahr gegen den staatlichen Terror wehren.

Deutlich fühlbar wird die neue Haltung der Menschen nach dem zweiten Nationalen Protesttag. Die handlungshemmende Angst gegenüber der Repression der Diktatur ist verloren. Man hat sich mehr Freiräume erkämpft. Das Verbot jeder politischen Betätigung wird längst nicht mehr eingehalten.

Der Film zeigt die Folgen und Opfer der Zerstörungswut der Faschisten, besonders in den Arbeitervierteln Santiagos. Aber er macht gleichzeitig deutlich, daß das chilenische Volk sich nicht mehr einschüchtern läßt.

Von Beginn an fühlt sich der Zuschauer direkt in das Geschehen versetzt. Dank einer vortreff-

lichen Bildführung der offensichtlich mit einer Handkamera filmenden wagemutigen Kameraleute erlebt man quasi Schulter an Schulter mit den Demonstranten die Zusammenstöße mit den Polizisten. Man fühlt sich durch das bewegte Bild herumgeschubst, glaubt die barschen Kommandos direkt ins Ohr gebrüllt zu bekommen, formiert sich an anderer Stelle wieder neu und sieht durch das Objektiv dem Gegner direkt ins Auge.

Beeindruckend sind die Bilder von den Aktionen der Arbeiter, der Studenten und jener Angehörigen von Verschwundenen, die als erste den Widerstand aufnahmen. Aufrüttelnd das „Presente!“ (Anwesend!) von Tausenden am Grabe des 1973 ermordeten Staatspräsidenten Salvador Allende in Vina del Mar.

Die chilenischen Dokumentaristen haben sich unters Volk gemischt, haben Fragen gestellt und offen anklagende Antworten bekommen. Sie zeigen am Beispiel der Lastkraftwagenfahrer, daß der Protest längst ins bürgerliche Lager eingedrungen ist, denn auch da herrschen Hunger und Not.

Den Filmern ist eine eindrucksvolle Berichterstattung der chilenischen Wirklichkeit gelungen.

Der Film kann ausgeliehen werden bei: UNIDOC Film GmbH, Braunschweiger Str. 20, 4600 Dortmund 1.

H.E. Schäfer



**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig
bekanntgeben!**

Nicaragua-Broschüren

Drei im Juli d.J. erschienene Broschüren befassen sich mit aktuellen Fragen der Nicaragua-Solidarität.

Das Heft „Miskitos und FSLN“ ist die Übersetzung einer Sonderbeilage der nikaraguanischen Zeitung Barricada Internacional.

Sie beschreibt die Geschichte der Miskito-Region, die Rolle des CIA und der „Contras“, die Umsiedlung der Miskitos sowie Erfolge und Fehler der Politik der Sandinistas. Sie wurde von 17 verschiedenen Gruppen und Zeitschriften herausgegeben, darunter das Antimperialistische Solidaritätskomitee (ASK), die Alternative Liste Berlin und der Arbeitskreis Internationale Politik der SPD.

Sie kann für 0,50 DM (0,20 DM ab 100 Expl.) u.a. beim Solidaritätsshop 3. Welt, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90 bezogen werden. Die dritte Broschüre der Reihe Nahua Script trägt den Titel: „Die Auseinandersetzung um die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik für Nicaragua.“ Auf 64 Seiten hat der Autor Andreas Gampert Dokumente zur Nicaragua-Politik der Bundesregierung zusammengetragen.

Die Broschüre kann für 6 DM bei der Edition Nahua, Postfach 101320, 5600 Wuppertal bezogen werden.

In der Reihe „BRD und 'Dritte Welt'“ ist das Heft „Nicaragua-Solidarität“ erschienen.

Es beinhaltet eine Analyse der Entwicklung, des Selbstverständnisses und der Politik der Nicaragua-Solidaritätsgruppen. Schwerpunkte sind die Diskussionen über das Verhältnis zur Friedensbewegung, zur Politik der Sandinistas sowie zum Miskito-Konflikt.

Das 48seitige Heft kann für 4 DM beim Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1 bezogen werden.



Ausstellung Frauen in Südafrika

Aus Anlaß des Jahres der südafrikanischen Frauen ist vom 3.-22.10.1984 in Köln im Völkermuseum eine Photoausstellung zu diesem Thema zu sehen. Die Ausstellung soll einige Aspekte aus dem Leben der schwarzen Frauen aufzeigen. Gleichzeitig werden Gemälde südafrikanischer Künstler und afrikanische Batiken ausgestellt. Die Gemälde und einige Makonde-Figuren werden zum Verkauf angeboten.

Im Anschluß an die Ausstellung in Köln werden die Photos, Batiken und Gemälde im Februar/März 1985 in München im Kunstverein und anschließend noch in Zürich, Basel, Bern und Genf zu sehen sein.

Buchtips zu Chile

Isabel Allende, eine Nichte des am 11.9.1973 ermordeten chilenischen Präsidenten Salvador Allende, hat in ihrem Exil in Venezuela den Roman „Das Geisterhaus“ geschrieben.

Sie erzählt darin die Geschichte einer Familie der chilenischen Oberschicht. Die Erzählung beginnt mit der heilen Welt Chiles zu Beginn des Jahrhunderts, führt dann über die Mitheraufbeschwörung der Militärdiktatur durch ein Familienmitglied zum Zerfall der Familie in der dritten Generation. In der vierten Generation wird die Erzählerin Alba von einem Familienmitglied gefoltert.

Sie, die als autobiographische Figur zu erkennen ist, versucht zu begreifen wie das Entsetzliche hatte geschehen können. Sie beginnt zu schreiben um „das Gedächtnis der Vergangenheit wiederzufinden und mein Entsetzen zu überleben“.

Isabel Allende, *Das Geisterhaus*, Suhrkamp, Frankfurt/M. 1984, 444 Seiten, 38 DM.

Ebenfalls mit dem Leben in Chile beschäftigt sich:

Pablo Yáñez Barrios, Antenor Flores, Lamuv-Verlag, Bornheim-Merten 1983, 208 Seiten, 14,80 DM.

Dieses Buch erzählt die Geschichte eines chilenischen Arbeiters, der in den Salpeterwüsten des Nordens aufwächst und später durch einen seiner Söhne mit den politischen Strömungen der späten 60er Jahre in Chile in Berührung kommt.

Obwohl selber nie politisch organisiert, werden er und seine Frau verhaftet, gefoltert und in Konzentrationslager gebracht. Nach seiner Freilassung gelingt ihm und seiner Familie die Ausreise in die Bundesrepublik.

Nicaragua-Bundestreffen

Vom 22.-24. Juni d.J. fand in Darmstadt ein Bundestreffen der Nicaragua-Solidaritätskomitees statt, an dem sich 150 Vertreter von 58 Gruppen beteiligten.

Das Treffen beschloß, die Kampagne „Arbeitsbrigaden für das befreite Nicaragua – Unterstützung des Befreiungskampfes in El Salvador“ fortzusetzen. In diesem Rahmen soll vor allem die Region um das Tal von Pantasma verstärkt unterstützt werden.

Auch sollen weiterhin Arbeitsbrigaden, „als momentan beste Möglichkeit der US-Aggression konkrete Solidarität entgegenzusetzen“ entsandt werden.

Die Verstärkung der Solidarität mit der salvadorianischen Befreiungsbewegung wurde vor allem deshalb als notwendig erachtet, weil es den USA mit der Wahl Duartes gelungen sei, die Verhältnisse zu ihren Gunsten zu verändern.

Das Bundestreffen rief zu einer massiven Beteiligung an der Mittelamerika-Demonstration am 3. November d.J. auf, die von der Aktionskonferenz der Friedensbewegung beschlossen worden war.

Außerdem wurde festgestellt, daß mittlerweile in mehr als 15 Orten Förderkreise für Städtepartnerschaften bestehen. Am 4. Juli d.J. beschloß der Stadtrat von Nürnberg eine Partnerschaft mit der im Süden Nicaraguas gelegenen Ortschaft San Carlos. Zu diesem Zweck sollen in diesem Jahr 20.000 DM und 1985 50.000 DM bewilligt werden.

Friedensaktionen im Herbst



Der Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung hat am 26. Juli d.J. den Herbst 1984 unter das Motto „Noch ist Zeit zur Umkehr – Stoppt den Rüstungswahnsinn“ gestellt. Gegen die geplanten Herbstmanöver der NATO, mit denen das AirLand-Battle-Konzept „geprobt“ werden soll und gegen die weitere Stationierung von Cruise Missiles und Pershing II werden zahlreiche lokale und überregionale Aktionen stattfinden. Schwerpunkte der Aktionen werden sein:

Am 29.9.1984: ein Menschennetz zwischen Militärstandorten im Fulda Gap, dem Hauptmanövergebiet, mit einer abschließenden Kundgebung in Fulda.

Am 20.10.1984: eine Menschenkette von Haselbach/Hunsrück, dem Stationierungsort der Cruise Missiles zum Zentrum der Arbeitslosigkeit Duisburg, um „die negativen Auswirkungen des Rüstungswettlaufs auf die Wirtschaft, die Arbeitsplätze und die soziale Sicherung“ deutlich zu machen. Ähnliche Großaktionen finden am selben Tag in Hamburg und Stuttgart statt.

Am 3.11.1984: eine bundesweite Demonstration „Frieden und Gerechtigkeit für Mittelamerika“ in Bonn gegen die US-Interventionspolitik in Nicaragua und gegen die Politik der Bundesregierung in dieser Region.

Kongreß zum Südlichen Afrika

Vom 12.-14. Oktober d.J. findet in Bonn/Köln eine Solidaritätskonferenz zum Südlichen Afrika statt. Die Initiative dazu geht auf das Internationale Komitee gegen Apartheid, Rassismus und Kolonialismus im Südlichen Afrika (ICSA) zurück.

Veranstalter der Konferenz ist ein Vorbereitungskomitee aus 19 Organisationen. Darunter befinden sich die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), das Antimperialistische Solidaritätskomitee (ASK), die Jusos und die Internationalismus-AG der Grünen. Die Konferenz wird vom Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) und der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) unterstützt.

Im Aufruf zur Konferenz, in dem die aktuelle Lage im Südlichen Afrika beschrieben wird, wird festgestellt, daß die Bundesrepublik „eine der stärksten Stützen des Apartheidsystems“ ist. Die Konferenz soll Gelegenheit bieten, „Solidarität mit dem Kampf der Befreiungsbewegungen zu üben“ und „Mittel und Wege zum Abbruch aller Verbindungen und jeder Unterstützung des Apartheidregimes seitens der Bundesregierung, von Institutionen und aus der Bevölkerung zu finden“.

Libanon



Blockade des Beirut Flughafen durch Mütter, die Auskunft über verschwundene Angehörige verlangen

Obwohl es auch im Juli/August d.J. zu gelegentlichen bewaffneten Zusammenstößen im Raum Beirut und im Nordlibanon kam, ging der Normalisierungsprozeß unter der Regierung der nationalen Einheit zügig weiter.

Entsprechend ihrem Sicherheitsplan vom 4.7.1984 wurden in der Hauptstadt entlang der Demarkationslinie („Grüne Linie“) die Aufräumarbeiten wie die Ablösung der vorwiegend moslemischen Linksmilizen (West-) und der Phalangistenmilizen (Ostbeirut) durch Armeekontingente von ca. 2.500 Mann abgeschlossen. Hinzu kommt die Wiedereröffnung des Beirut Flug- und Seehafens.

Am 8.8.1984 beschloß die Regierung Karame, die Kontrolle der Armee als nächstes auf das Schuf-Gebirge auszudehnen, das bis dahin von Linksmilizen beherrscht wurde.

Ministerpräsident Karame wurde Ende Juli d.J. beim Besuch in Damaskus von der Regierung Assad zugesichert, man werde die Ausdehnung der Armeekontrolle über Beirut hinaus, einschließlich dem syrisch dominierten Nordlibanon, unterstützen. Man vereinbarte, fortan die „Politik auf allen Gebieten zu koordinieren“ und gemeinsam auf den baldigen bedingungslosen Abzug der israelischen Besatzungstruppen aus dem Südlibanon hinzuwirken.

Die Schließung des israelischen Verbindungsbüros bei Beirut seitens der Beirut Regierung signalisiert ihr erhöhtes Engagement für die Befreiung des Südens.

Nahostkonflikt

Ende Juli d.J. unterbreitete die sowjetische Regierung einen 6-Punkte-Vorschlag für eine Verhandlungslösung des Nahostkonflikts. Er sieht die Einberufung einer internationalen Konferenz unter Schirmherrschaft der UNO vor. An ihr sollen sich Israel, die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO), alle arabischen Nachbarstaaten (Syrien, Libanon, Jordanien und Ägypten) sowie die USA und die UdSSR beteiligen.

Die Initiative zielt auf die Beendigung des Kriegszustandes zwischen Israel und den arabisch-palästinensischen Nachbarn auf der Grundlage eines Abkommens, das vorab folgendes beinhalten sollte: Abzug Israels von

allen besetzten arabischen Gebieten (Westbank, Gaza, Ostjerusalem, Golan, Südlibanon); Schaffung eines unabhängigen Palästinenserstaates in der Westbank und Gaza; und Sicherheitsgarantien für alle betroffenen Staaten durch den UN-Sicherheitsrat bzw. seine Ständigen Mitglieder. Die okkupierten palästinensischen Gebiete Westbank und Gaza könnten in einer mehrmonatigen Übergangszeit unter die Kontrolle der UNO gestellt werden.

Der sowjetische Vorschlag wurde von der PLO, den Regierungen Syriens, des Libanon und Jordaniens sowie von UN-Generalsekretär Perez de Cuellar begrüßt. Die Regierung Reagan hingegen erklärte ihre prinzipielle Ablehnung „einer internationalen Konferenz“. Die Regierung Shamir meinte zwar, die sowjetische Initiative sei „nicht ernst“ zu nehmen. Doch könne man seine Haltung noch einmal überdenken, falls die UdSSR die 1967 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zu Israel wieder aufnehme.

Hongkong

Nach 19 Verhandlungsrunden innerhalb der letzten 2 Jahre wurde zwischen Großbritannien und der Volksrepublik China Ende Juli d.J. Einigkeit über die Zukunft der britischen Kronkolonie Hongkong erzielt.

Bis 1997 soll das Gebiet unter britischer Verwaltung bleiben. Ab 1988 wird eine britisch-chinesische Arbeitsgruppe eingesetzt, die den Übergangsprozeß überwachen soll. Die VR China hat zugesichert, den Sonderstatus Hongkongs als kapitalistische Enklave bis zum Jahr 2047 zu garantieren.

China ist ab 1997 für die Außen- und Verteidigungspolitik zuständig und will dann Truppen stationieren. Die Legislative bleibt jedoch bei den Hongkonger Behörden. Der Freihandelscharakter und die Konvertibilität des Hongkong-Dollars sollen erhalten bleiben. Die Stadt behält den Status als unabhängiges Zollgebiet und verwaltet die finanziellen Angelegenheiten selbst.

China selbst war an der Erhaltung Hongkongs als Finanz- und Handelszentrum interessiert, um damit eigene Entwicklungsprogramme zu finanzieren.

Iran-BRD

Als erster Regierungsvertreter der Europäischen Gemeinschaft (EG) seit 1979 weilte Außenminister H.D. Genscher vom 20.-23. Juli d.J. zu einem offiziellen Besuch in Teheran. Als EG-Gesandter suchte er damit die von der iranischen Führung erstrebte Westöffnung, d.h. den Wiederaufbau vorab der wirtschaftlich-technischen Zusammenarbeit, zu bestärken.

Die bundesdeutsche Delegation war nicht von ungefähr mit Unternehmerrepräsentanten bestückt. Die BRD ist längst zum iranischen Handelspartner Nr. 1 aufgerückt: das Exportvolumen 1983 lag bei 7,716 Mrd DM, in den ersten 5 Monaten 1984 bei 3,2 Mrd DM. Außerdem will sich das bundesdeutsche Kapital einen Gutteil an den anstehenden iranischen Lieferaufträgen in Milliardenhöhe (Kraftwerke, Walzwerk, Hafenanlagen, Ölraffinerie- bzw. Bohrprojekte) sichern.

Da die Bonner Deckungsgrenze für Hermes-Bürgschaften im Iran-Geschäft auf 20 Mio DM begrenzt ist, will sich Genscher im Fall von großen Einzelprojekten für Sondergenehmigungen bis in Mrd-Höhe stark machen. Zum in Teheran vereinbarten Ausbau der bilateralen Beziehungen gehört auch die künftige Ausbildung iranischer Fachkräfte.

Hinsichtlich der von Genscher reklamierten Menschenrechtsverletzungen im Iran kam man überein, demnächst die unterschiedlichen Auffassungen über Menschenrechte und Todesstrafe von einem iranisch-bundesdeutschen Kolloquium diskutieren zu lassen. Außenminister Velayati sah dies schlicht als Problem der „Terrorismusbekämpfung“ an. Er forderte Bonn auf, den EG-Ländern, welche flüchtige iranische „Terroristen“ unterstützen bzw. ihnen Asyl gewährten, die tiefe Besorgnis Teherans zu übermitteln.

In Sachen Golfkrieg forderte Velayati die Westmächte auf, jede Art von Unterstützung des Irak aufzugeben, da an Friedensverhandlungen nur nach dem Sturz des Hussein-Regimes zu denken sei.



Bundesaußenminister Genscher im Gespräch mit dem iranischen Wirtschaftsminister Namast

Türkei

Eine Amnestie für die derzeit ca. 26.000 politischen Gefangenen in der Türkei schloß Staatspräsident General Kenan Evren Anfang August d.J. kategorisch aus. Die 1.256 Intellektuellen, darunter die bekanntesten Künstler, Schriftsteller und Wissenschaftler des Landes, die am 25. Mai 1984 mit der Erklärung „Beobachtungen und Forderungen bezüglich der demokratischen Ordnung in der Türkei“ sich an die Öffentlichkeit gewandt hatten, versah der General mit dem Stempel des Landesverrats: „Ausländische Feinde wollen die Festung von innen nehmen, sie wollen Ruhe und Stabilität, die wir wiederhergestellt haben, zerstören. Ich werde keine Bresche in die Verfassung schlagen lassen.“

Gegen 56 Unterzeichner der Intellektuellen-Erklärung, die sich auf das „Petitionsrecht“ (Bittschrift, Artikel 74 der gültigen Verfassung) berufen hatten, wurden mittlerweile Verfahren eröffnet.

Das „Verbrechen“ der Petitionsbefürworter besteht darin, daß sie das 1980 von den Militärs errichtete „politisch-rechtlich-administrative System und dessen Praxis“ als im Widerspruch zu den elementaren Menschenrechten und zur parlamentarischen Demokratie stehend bezeichneten. Sie forderten u.a. die Gewährleistung der Gedanken-, Presse- und Organisationsfreiheit, die Ausmerzung von „Mißhandlung und Folter“, den Stop der Todesurteile, eine umfassende Amnestie und die Revision der Verfassung der Militärs aus dem Jahr 1982.

Bolivien

Am 30. Juni d.J. scheiterte in der bolivianischen Hauptstadt La Paz ein Putschversuch gegen die Mitte-Links-Regierung. Bewaffnete Männer hatten den Staatspräsidenten Siles Suazo entführt. Sie mußten ihn jedoch nach 10 Stunden wieder auf freien Fuß setzen, nachdem die Armeeführung sich hinter die Regierung gestellt und der Gewerkschaftsbund COB 100.000 Menschen auf die Straße gebracht hatte.

Drahtzieher des Putschversuchs waren Anhänger des ehemaligen Diktators Hugo Banzer, Mitglieder paramilitärischer Gruppen, der Antidrogeneinheit der Polizei und der Kokainmafia.

Dem Putschversuch waren Aktionen der COB vorausgegangen, die sich gegen die vom Internationalen Währungsfonds diktierte Sparpolitik der Regierung richteten (siehe: AIB 6/1984, S. 46). Nach unbegrenzten Streiks einiger Gewerkschaften der COB war Ende Mai d.J. der Finanzminister Flavio Machicado zurückgetreten. Die Regierung erklärte, daß sie die Zins- und Tilgungszahlungen für die Schulden in Höhe von 3,6 Mrd Dollar bei ausländischen Privatbanken einstellen werde.

Da die Regierung aber immer noch nicht bereit war, ausreichende Lohnerhöhungen als Ausgleich für die Streichung von Subventionen für Güter des täglichen Bedarfs zu beschließen, kam es vom 5.-8.7.1984 zu einem erneuten Generalstreik. Daraufhin willigte die Regierung ein, die Löhne rückwirkend ab April 1984 um 130% zu erhöhen. Die Preise für einige Grundnahrungsmittel wurden eingefroren und die Löhne sollen in Zukunft regelmäßig an die Inflation angepaßt werden.

Nikaragua

Planmäßig begann am 1. August d.J. in Nicaragua der Wahlkampf für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zum 4.11.1984. Bis zum 25. Juli, dem letzten Tag zur Einreichung von Kandidaturen, hatten sich sieben Parteien registrieren lassen.

Dabei handelt es sich um die Sandinistische Front der Nationalen Befreiung (FSLN), die Sozialistische Partei Nikaraguas (PSN), die Kommunistische Partei Nikaraguas (PCdN), die Christlich-Soziale Volkspartei (PPSC), die Unabhängige Liberale Partei (PLI), die Marxistisch-Leninistische Bewegung der Volksaktion (MAP-ML) und die Konservative Demokratische Partei (PCD). Die FSLN hat Daniel Ortega als Präsidentschaftskandidaten und Sergio Ramirez als Vizepräsidentenkandidaten aufgestellt.

Die in der Demokratischen Koordination (CDN) zusammengeschlossenen Rechtsparteien (Sozialdemokratische, Christlich-Soziale und Liberale Konstitutionalistische Partei) hatten am 20. Juli d.J. Arturo Cruz als ihren Präsidentschaftskandidaten nominiert. A. Cruz, der am 23. Juli aus den USA zurückkehrte, war früher Mitglied der Regierungsjunta und später Botschafter in den USA.

Die Rechtsparteien stellten der Regierung als Bedingung für ihre Wahlbeteiligung, sie habe einen Dialog mit den „Contras“ aufzunehmen und den Ausnahmezustand zu beenden.

Alle anderen Parteien lehnten jedoch einen Dialog mit den „Contras“, deren Überfälle bisher 7.391 Menschen das Leben gekostet haben, ab. Am 19. Juli d.J. hatte Daniel Ortega vor über 300.000 Menschen aus Anlaß des 5. Jahrestages der Revolution eine Lockerung des Ausnahmezustandes bekanntgegeben.

Rede- und Versammlungsfreiheit wurden garantiert, das Streikverbot aufgehoben sowie die Pressezensur auf Sicherheitsfragen beschränkt.

Doch dies und die mehrmalige Verschiebung des Registrierungstermins für die Kandidaten bis zum 16. August d.J. konnten die Rechtsparteien nicht vom Boykott der Wahlen abhalten.

Trotz ihrer Nichtteilnahme trugen sich 1.503.738 Nikaraguaner vom 27.-30.7. 1984 in die Wahllisten ein. Dies sind 300.000 mehr als erwartet und 95% aller Wahlberechtigten.

Namibia

Am 25. Juli d.J. trafen sich auf den Kapverden erneut eine südafrikanische Delegation unter Leitung des Generaladministrators Namibias, Willie van Niekerk, und der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) unter Leitung von Sam Nujoma, um über einen Waffenstillstand für Namibia zu beraten.

Die Verhandlungen scheiterten, da sich Südafrika und die SWAPO wie bereits bei den vorhergehenden Verhandlungen in Lusaka vom 11.-13. Mai d.J. (siehe AIB 7-8/1984, S. 11-14) nicht einigen konnten.

Südafrika lehnt weiterhin eine Lösung im Sinne der UN-Resolution 435 von 1978 ab, die den Abzug der südafrikanischen Besatzungstruppen und freie Wahlen unter dem Schutz von UN-Friedenstruppen vorsieht.

Die südafrikanische Delegation hielt an der Position Pretorias und Washingtons fest, daß eine Realisierung der Resolution 435 (Wortlaut in: AIB 7-8/1984) erst im Falle des Abzugs der kubanischen Truppen aus Angola in Frage komme. Diese Verbindung der Anwesenheit kubanischer Truppen in Angola und der Unabhängigkeit Namibias weist die SWAPO zurück.

Die südafrikanische Regierung hatte der SWAPO am 7. Juli d.J. einen Vorschlag für einen Waffenstillstand unterbreitet, der als Kernstück eine Übergangsregierung beinhalten sollte, die durch die Mitglieder der Namibia-Kontaktgruppe der Westeuropäer und USA gebildet werden sollte.

Weltbevölkerung

In Mexiko-Stadt fand am 6.-13. August d.J. die 2. Internationale Bevölkerungskonferenz der UNO statt. Zentrales Thema war die Familienplanung zur Eindämmung der Bevölkerungsexplosion.

Zur Zeit wird die Erde von 4,8 Mrd Menschen bevölkert. Diese Zahl wird sich nach einer Untersuchung der Weltbank bis zum Jahr 2025 auf 8,3 Mrd fast verdoppeln, wenn nicht verstärkte Maßnahmen zur Familienplanung ergriffen werden. 7 Mrd Menschen werden dann in der Dritten Welt leben.

Momentan belaufen sich die Ausgaben für die Begrenzung des Bevölkerungswachstums auf jährlich 2 Mrd Dollar. Nach Ansicht der Weltbank müßte sich die Hilfe der industrialisierten Staaten von heute 500 Mio Dollar auf 2 Mrd im Jahr 2000 erhöhen, um bis zum Jahr 2025 das Bevölkerungswachstum zu stoppen.

Die Mehrheit der Delegierten der Konferenz vertrat die Auffassung, daß Armut und Überbevölkerung sich gegenseitig bedingen und deshalb sowohl soziale und wirtschaftliche Maßnahmen als auch Familienplanung notwendig sind.

Die US-Delegation erklärte jedoch, daß das Bevölkerungswachstum weder positiv noch negativ beurteilt werden könne, und daß das Problem sich durch eine schnelle wirtschaftliche Entwicklung beseitigen lasse. Diese könne erreicht werden, wenn „staatliche Eingriffe in die Wirtschaft“ aufhörten.

Außerdem erklärten sie, daß sie zukünftig nur noch Familienplanungsprogramme in Ländern mit Abtreibungsverbot unterstützen werden. Diese Position fand lediglich den Beifall des Vatikan-Vertreters.



D 7426 E
Postvertrieb
Zeitungsgebühr beza
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Ma

Für's AIB werben lohnt sich!

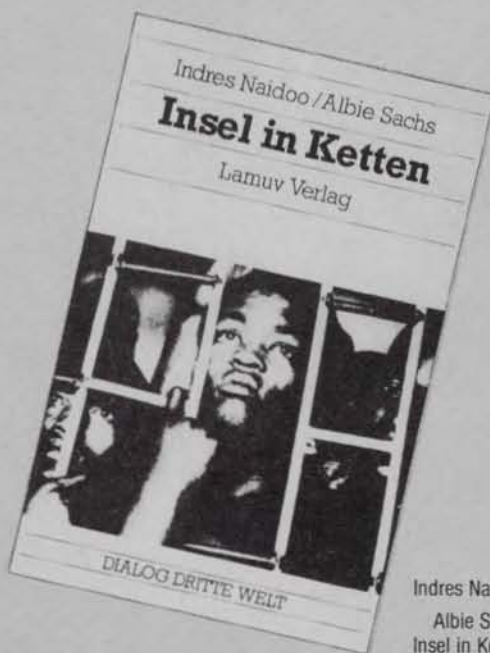
Warum Bücher kaufen, wenn sie als Geschenk ins Haus kommen?
Für AIB-Abonnenten halten wir jeweils aktuelle Buchtitel als Geschenk bereit. Bücher, die für Dritte-Welt-Interessierte unentbehrlich sind. Unser Angebot wird alle zwei bis drei Monate aktualisiert.

Jeder AIB-Leser kann in den Genuß unseres Buchgeschenks kommen, wenn er

- das AIB bereits selbst abonniert hat,
- einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, und
- der neue Abonnent das Jahresabo bezahlt bzw. uns auf der Bestellkarte (siehe Heftmitte) eine Abbuchungsvollmacht erteilt hat.



Fidel Castro
... wenn wir
überleben wollen
296 S., Weltkreis



Indres Naidoo/
Albie Sachs
Insel in Ketten
278 S., Lamuv

Weitere Buchprämien sind aus unserem Gesamtverzeichnis zu entnehmen. Gesamtverzeichnis anfordern bei:
AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg 1

Achtung:
Bestellkarte in der
Heftmitte benutzen!

Unser aktuelles Buchgeschenk